

GREVENER GESCHICHTSBLÄTTER

Nummer 8 – 2014/2015



Herausgegeben vom
Stadtarchiv Greven



Stadt Greven

hier geht was!
Greven
beständig lebendig

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Titelbilder: Varianten der Urkunde für die Gemeinde Greven-Dorf über die Verleihung des Rechtes, künftig die Bezeichnung "Stadt Greven" zu führen: Stadtarchiv Greven Urkundensammlung Nr. 1 (links) und Stadtarchiv Greven Urkundensammlung Nr. 11 (rechts).

Abbildungsnachweise sind Abbildungen jeweils beige gestellt. Wenn nicht anders bezeichnet, liegen die Rechte für die Abbildungen beim Stadtarchiv Greven.

© 2015 Stadt Greven

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk sowie einzelne Teile desselben sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages nicht zulässig.

Impressum

Stadt Greven
Stadtarchiv
Rathausstr. 6
48268 Greven
archiv@stadt-greven.de

ISBN: 978-3-928372-20-6

Inhaltsverzeichnis

Stefan Schröder und Angelika Haves
Vorwort 3

Klaus Brenken
Die Aufarbeitung lokaler NS-Geschichte am Beispiel Greven 4

Stefan Schröder
Die Stadtwerdung Grevens
Eine aktenkundliche Neubewertung zum korrekten Datum und zur gültigen Urkunde
bei der Stadtrechtsverleihung 24

Christoph Leclaire
Neue Erkenntnisse zu den verfolgten NS-ZwangsarbeiterInnen in Greven – Die Odyssee
des Antoni Bachanek 33

Vorwort

Auch die achte Ausgabe der Grevener Geschichtsblätter konnte wieder im vorgesehenen Zweijahresrhythmus fertiggestellt werden. Dafür ist den beiden Autoren Klaus Brenken und Christoph Leclaire herzlich zu danken.

Dabei ist der Beitrag von Klaus Brenken, eine Staatsexamensarbeit, schon vom Umfang und vom Inhalt ein „Schwergewicht“, die zeigt, dass auch die jüngste Geschichte spannende Einblicke liefern kann. Sie zeigt auch den Wert der im Stadtarchiv Greven verwahrten Zeitungüberlieferung insbesondere für Themen, die innerhalb der archivgesetzlichen Sperrfrist von 30 Jahren liegen und mit Verwaltungsakten daher noch nicht gleichermaßen zu bearbeiten wären. Wie kam es dazu, dass in Greven bereits in den 1980er Jahren recht früh und umfangreich zur Lokalgeschichte des Nationalsozialismus geforscht wurde? Es ergeben sich spannende Einblicke in eine noch nicht allzu ferne Vergangenheit.

Der zweite Aufsatz verdankt seine Entstehung dem Umstand, dass sich das Stadtarchiv immer wieder damit konfrontiert sieht, falsche Angaben zur Ortsgeschichte, die im Internet leicht und kostenfrei zu haben sind und in der Regel ungeprüft weitergetragen werden, zu korrigieren. Nicht jeder falschen Angabe kann dabei nachgegangen werden. Bei der für Greven zentralen Frage der Stadtwerdung aber musste es sein. Dass dabei ein weiterer Mythos entzaubert wurde, war ein unverhoffter Nebeneffekt. Lesen Sie selbst!

Der dritte Beitrag von Christoph Leclaire setzt die langjährigen Forschungen des Autors zur Zwangsarbeit in Greven im Zweiten Weltkrieg fort, die bereits in der letzten Ausgabe der Grevener Geschichtsblätter ausführlich vorgestellt wurden. Insbesondere seine detailreiche und verschiedenste Recherchemöglichkeiten nutzende Arbeitsweise bringt immer wieder Erstaunliches ans Licht. Insofern reichen diese Ergebnisse weit über den lokalen Rahmen

hinaus und zeigen auch anderen Forscherinnen und Forschern, welche Forschungswege gewinnbringend erkundet werden können.

Unser Autor Christoph Leclaire bittet die Leserschaft – wie schon in der letzten Ausgabe der Grevener Geschichtsblätter – um weiterführende Informationen, Fotos oder Dokumente zu seinen Zwangsarbeiterbiographien. Vielleicht finden sich im privaten, familiären Umfeld von Grevenerinnen und Grevenern doch noch wichtige Hinweise. Für die Kontaktaufnahme steht das Stadtarchiv Greven zur Verfügung. Der Autor kann auch über die Email leclaire@gmx.de kontaktiert werden.

Wie schon die Publikationen des Stadtarchivs in den letzten Jahren, wird auch diese Ausgabe der Grevener Geschichtsblätter im städtischen Internetportal veröffentlicht. Alle frei zugänglichen Veröffentlichungen des Stadtarchivs finden sich nun unter der Adresse www.greven.net/geschichte-downloads, darunter auch die vor kurzem veröffentlichte Liste der im Standesamt Greven registrierten Brautpaare der Jahre 1874 bis 1923, die von Dr. Christoph Kuhlmann zusammengestellt wurde. An welchem Aspekt der Grevener Geschichte Sie besonderen Anteil nehmen, wir wünschen Ihnen in jedem Fall eine lohnende Lektüre!

Greven, im November 2015

Stefan Schröder und Angelika Haves

Die Aufarbeitung lokaler NS-Geschichte
am Beispiel Greven

Von Klaus Brenken

Vorbemerkung: Dieser Aufsatz stellt eine 2010 gekürzte Fassung meiner Staatsexamensarbeit von 2009 dar.

Wenn man einen Ausflug in den nördlichen Teil der westfälischen Stadt Greven macht, entdeckt man an der Friedrich-Ebert-Straße eine kleine Kapelle. Diese ist von einem Vorplatz eingeschlossen und dient heute als Gedenkstätte für die Kriegsoffer des ansässigen Schützenvereins und des gesamten Nordviertels.¹ Auf vier Bronzetafeln, die in das begrenzte Mauerwerk eingelassen sind, stehen die Namen der Verstorbenen, Gefallenen und Vermissten sowie der Menschen, die bei den Bombenabwürfen über Greven Ende März 1945 ums Leben gekommen sind. Über den Tafeln sind weitere Hinweise angebracht: „1945-1950 / IHR FANDET HIER DEN OPFERTOD – IHR VOR DEM FEIND DEN HELDENTOD / 1939-1945“. Durch dieses Ehrenmal für Kriegsoffer, so hat es den Anschein, wird die Zeit des Zweiten Weltkrieges bis in das Jahr 1950 ausgedehnt, zumindest werden zwischen 1945 und 1950 weitere Opfer beklagt. Ohne einen Blick in die lokale Geschichte ist dies nicht nachzuvollziehen. In der Nachkriegszeit gab es in Greven ein Lager für Displaced Persons (DPs), welches in der Stadt selbst durch eine von den Alliierten verordnete Zwangsraumung des Nordviertels errichtet wurde.² Die fünf Jahre währende Anwesenheit von ehemaligen Zwangsarbeitern und Verfolgten des Nationalsozialismus scheint in einer bestimmten Art so prägend für die Bevölkerung Grevens gewesen zu sein, dass sie neben den tatsächlichen Kriegsjahren an der 1953 zum Ehrenmal für die Kriegsoffer erweiterten Kapelle ihren Niederschlag gefunden hat. Durch die Denkmalsetzung haben die verantwortlichen Grevenner eine Auswahl von bestimmten Aspekten der Vergangenheit vorgenommen, die eine monoperspektivische Interpretation der Vergangenheit aus der Gegenwart heraus bedeutet.³

Die Erinnerung an die eigenen Leiden des Krieges und der Nachkriegszeit sollte nicht nur durch die Denkmalsetzung in den 1950er Jahren zum Ausdruck kommen; sie spielte auch bei einer lokalpolitischen und innerkommunalen Auseinandersetzung 1985/1986 eine gewichtige Rolle, bei der es um den Umgang mit der eigenen Vergangenheit, speziell mit

der Rolle Grevens im Nationalsozialismus und mit der „Vergangenheitsbewältigung“ ging. Diese Debatte soll im Fokus der vorliegenden Studie stehen.

Bei dieser Auseinandersetzung sind insbesondere vier Fragenkomplexe von Interesse:

(1) Warum ist es ausgerechnet in den Jahren 1985/1986 zu einer Debatte gekommen? Was war der Auslöser für die Auseinandersetzung um die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit in Greven?

(2) Welche inhaltlichen Argumentationslinien wurden verfolgt? Welche Gruppen und Akteure trafen in dieser Auseinandersetzung aufeinander?

(3) Welche Folgen hatte die Auseinandersetzung für den Umgang mit der Vergangenheit vor Ort?

(4) Ist die Stadt Greven bei der Auseinandersetzung mit der lokalen Vergangenheit ein Sonderfall in Deutschland? Wie ist die Debatte in Greven in die „zweite Geschichte des Nationalsozialismus“⁴ in Deutschland einzuordnen?

Theoretische Vorüberlegungen

Den Zusammenhang zwischen kollektivem Gedächtnis und Raum stellte schon Sigmund Freud her, indem er die Wichtigkeit der Rekonstruktion des Vergangenen gegen das Vergessen betonte.⁵ Der französische Soziologe und Buchenwald-Häftling Maurice Halbwachs vertiefte diese Beziehung: Jedes kollektive Gedächtnis bewege sich innerhalb eines räumlichen Rahmens, denn der Raum sei die Konstante, der der Erinnerung eine Basis gebe.⁶ Ein kollektives Gedächtnis entstünde somit zwischen den Menschen und ihrem jeweiligen sozial-räumlichen Umfeld.⁷

In Deutschland gibt es heute eine Vielzahl von Gedenkprojekten im lokalen Raum: Gedenktafeln, Geschichtswerkstätten oder Schulprojekte. Vielfältige Möglichkeiten – emotional, expressiv, wissenschaftlich-kognitiv und politisch-moralisch – sind als Handlungsformen der ausdifferenzierten Erinnerungskultur erkennbar.⁸ Kollektive Gedächtnisformen lassen sich nach Assmann weiter differenzieren in das kommunikative Gedächtnis, welches dem individuellen Gedächtnis einen kommunikativen Part zuweist und somit zu einem „gelebten“ Gedächtnis von bis zu drei Generationen wird, und in das kulturelle Gedächtnis, welches medial fixiert ist und sich

1 Zur genaueren Geschichte der Kapelle vgl. Hans-Dieter Bez, Gedenkstätte an der Friedrich-Ebert-Straße hat eine über 300 Jahre alte Tradition, in: Westfälische Nachrichten, 6.9.1986.

2 Zur Geschichte der DPs in Greven und dem Münsterland vgl. Stefan Schröder, Displaced Persons im Landkreis und in der Stadt Münster 1945-1951, Münster 2005, besonders S. 235-337.

3 Weder die Denkmalsetzung noch die ästhetische Verarbeitung von Geschichte mit Denkmälern sind das Thema dieser Arbeit. Vgl. hierzu Jochen Spielmann, Entwürfe zur Sinngebung des Sinnlosen. Zu einer Theorie des Denkmals als Manifestation des ‚kulturellen

Gedächtnisses‘. Der Wettbewerb für ein Denkmal für Auschwitz, Berlin 1990; Charlotte Tacke, Denkmal im sozialen Raum, Göttingen 1995.

4 Vgl. Peter Reichel u.a. (Hrsg.), Der Nationalsozialismus – Die zweite Geschichte, Überwindung – Deutung – Erinnerung, München 2009.

5 Vgl. Sigmund Freud, Das Unbehagen in der Kultur und andere kulturtheoretische Schriften, Frankfurt/Main 1994, S. 124 f.

6 Vgl. Maurice Halbwachs, Das kollektive Gedächtnis, Frankfurt/Main 1985, S. 142.

7 Vgl. Reichel, Nationalsozialismus, S. 9.

8 Vgl. ebd.

in einer anderen zeitlichen Dimension als das kommunikative befindet.⁹ Für die Betrachtung der lokalen Aufarbeitung, vor allem anhand von Leserbriefen, ist das kommunikative Gedächtnis das entscheidende, denn hier sammelt sich die noch nicht kulturell manifestierte Erinnerung der lokalen Gemeinschaft.

Die Aufarbeitung der lokalen Vergangenheit begann mit einer „auffälligen zeitlichen Verzögerung“¹⁰. Erst in den letzten Jahren, so scheint es, ist die „Vergangenheitsbewältigung“ in der Provinz angekommen. Eine „Totalverweigerung“¹¹ der kritischen Beschäftigung mit den eigenen NS-Verbrechen hatte noch Bestand, als auf anderer Ebene schon das Schweigen gebrochen war. Knoch betont, dass Heimatgeschichte und kritische Aufarbeitung der NS-Vergangenheit lange Zeit gegeneinander abgegrenzt waren.¹² Das lokale Umfeld diente nach dem Krieg als Rückzugsmöglichkeit gegen eine unterstellte kollektive Schuld, in dem es möglich war, Traditionen und Mentalitäten zu bewahren. Es gab keine Differenzierung der NS-Verbrechen, sondern die Darstellung einer generellen Katastrophe, die von konkreten Orten abstrahiert wurde. Das nationalsozialistische System wurde als Zentralismus begriffen. Hinzu kam die Praxis der Entnazifizierung, die durch das Ausstellen eines „Persilscheins“ nicht nur die berufliche Existenz, sondern auch das Selbstbewusstsein wiederherstellte. Eine Generation von „Mitläufern“ entstand, die keine Frage nach der persönlichen Schuld stellte oder zuließ.

Ein weiterer Reflex war die Bildung von Opfergemeinschaften, in denen das eigene Leiden während des Nationalsozialismus herausgestellt wurde. Der Krieg war das Hoheitsgebiet lokaler Gedächtnisgemeinschaften; die erlittenen Verluste, Opfer und Kriegsfolgen wurden in entsprechender Weise beklagt, eine politische und psychologische Barriere entstand. Dieser Prozess zog sich über Jahrzehnte hin. Dies lässt sich auch am Beispiel von Zeitungsberichten über das Erinnern in Greven verdeutlichen.

In den direkten Nachkriegsjahren war das dortige Ortsbild geprägt von der Präsenz des DP-Lagers, welches als eine „Nachkriegsplage“¹³ und „Schreckenszeit für das Münsterland“¹⁴ gesehen wurde. In den 1960er Jahren erinnerte man sich zurück an das Kriegsende: „Erinnerungen an die Schreckenstage des März 1945: Es war wie ein ‚Fegfeuer auf Erden‘.“¹⁵ Neben dem Beklagen der eigenen Kriegsoffer wird die Ernährungslage in der Nachkriegszeit in das Zentrum der Erinnerung gerückt.¹⁶ Auch in einer offiziellen Gedenkminute im Zuge einer Ratssitzung zum 20. Jahrestag des Kriegsendes gedachte man der Kriegstoten und Vermissten aus Greven, besonders aber der Bürger, die „bei Überfällen zur Zeit des Ausländerlagers ihr Leben lassen [mussten].“¹⁷ Auch in den 1970er Jahren setzte sich diese Art des Erinnerns fort¹⁸ und dauerte bis in die Zeit des Untersuchungszeitraumes an.¹⁹

In vielen Städten gab es darüber hinaus ein Selbstverständnis, das die eigene Rolle im Nationalsozialismus herunterspielte. Als unvereinbar mit der nationalsozialistischen Ideologie wurde regionspezifisch zum Beispiel die Arbeitertradition, der liberale Geist, der Katholizismus oder Protestantismus betont. Besonders das Selbstbewusstsein der Kirchen als Widerstandsträger im Nationalsozialismus bot im lokalen Raum ein großes Identifikationspotential, das in dem seit 1952 begangenen Volkstrauertag unter einer einheitlichen Opferdarstellung zusammengefasst wurde.²⁰ Die Menschen fanden im Gedenken an die Gefallenen des Krieges zusammen, was als ein Versuch, die soziale Kontinuität zu wahren, gedeutet werden kann.²¹ Dies diente als „Abwehrmechanismus gegen eine schmerzhaft Auseinandersetzung mit dem ‚eigenen‘ Anteil am Nationalsozialismus.“²² Trotz der Wandlungen in der „Vergangenheitsbewältigung“ auf höherer Ebene gab es im lokalen Raum keine Durchbrüche, auch die Fragen der 68er-Generation waren umfassend beziehungsweise generell und richteten sich nicht an die lokalen Milieus.²³ Es scheint, dass je kleiner der Rahmen ist, desto größer die Schwierigkeiten der

9 Assmann spricht auch vom sozialen Gedächtnis, vgl. Aleida Assmann, *Der lange Schatten der Vergangenheit*, Bonn 2007, S. 31ff.

10 Bernhard Kukatzki, „Von vielen Gräueltaten hatte der einfache Mann keine Ahnung.“ *Vergangenheitsbewältigung in Ortschroniken zwischen Verschweigen und Bekennen*, in: Siegmund Schmidt u.a. (Hrsg.), *Amnesie, Amnestie oder Aufarbeitung? Zum Umgang mit autoritären Vergangenheiten und Menschenrechtsverletzungen*, Wiesbaden 2009, S. 53-66, hier S. 55.

11 Habbo Knoch, *Das mediale Gedächtnis der Heimat. Krieg und Verbrechen in den Erinnerungsräumen der Bundesrepublik*, in: ders. (Hrsg.), *Das Erbe der Provinz. Heimatkultur und Geschichtspolitik nach 1945*, Göttingen 2001, S. 275-300, hier S. 275.

12 Vgl. ebd., S. 276.

13 *Volks-Echo für Westfalen und Lippe*, 24.1.1948: „Eine Nachkriegsplage in der Bizone. Eine Reportage über die Verschlepptenlager“.

14 *Westfälische Rundschau*, 29.9.1949: „Oestliche Kultur in Reckenfeld“.

15 *Münstersche Zeitung*, 4.4.1963: „Vor 18 Jahren kam der Krieg über Greven“.

16 *Münstersche Zeitung*, 19.12.1962: „Weihnachten 1947: Es gab in den Geschäften nicht einmal Zucker für den Kuchen“.

17 *Westfälische Nachrichten*, 21.3.1965: „Gedenken“.

18 Vgl. Gert Schumann, *Als Oberfähnrich erfahren: Bomben, die das Stiftsdorf trafen, galten dem Kanal*, in: *Westfälische Nachrichten*, 12.2.1979.

19 Vgl. Heinz Böcker, *Es geschah am 31. März vor 40 Jahren... Am Karsamstag 1945 wurde Greven besetzt*, in: *Westfälische Nachrichten*, 3.3.1985.

20 Vgl. Knoch, *Das mediale Gedächtnis der Heimat*, S. 288f.

21 Vgl. Peter Reichel, *Zur Einführung*, in: ders. (Hrsg.), *Das Gedächtnis der Stadt. Hamburg im Umgang mit seiner nationalsozialistischen Vergangenheit*, Hamburg 1997, S. 7-28, hier S. 13.

22 Horst Matzerath, „Versteckte Vergangenheit“ – Konzept einer Ausstellung und einer Publikation, in: ders. (Hrsg.), *Versteckte Vergangenheit. Über den Umgang mit der NS-Zeit in Köln*, Köln 1994, S. 11-26, hier S. 12.

23 Vgl. Knoch, *Das mediale Gedächtnis der Heimat*, S. 299.

konkreten Auseinandersetzung sind. Matzerath zieht daraus folgende Schlussfolgerung:

„Wenn Ansehen und Reputation der eigenen Person oder der Familie im lokalen Gemeinwesen Einfluß, gesellschaftliche Anerkennung und geschäftlichen Erfolg begründen, dann kann – so zumindest die Befürchtung – der Makel einer Verwicklung in die NS-Zeit all das in Frage stellen, möglicherweise vom Konkurrenten, dem politischen Gegner oder dem mißgünstigen Nachbarn sogar massiv mißbraucht werden. Der Ausweg aus dieser Situation war es, dieses Thema auszuklammern oder das Thema generell zu behandeln. So mancher Superlativ der generellen Verurteilung des Nationalsozialismus dürfte Ausdruck der Abwehr vor der Behandlung der eigenen Vergangenheit sein.“²⁴

Das schwierige Thema wurde über Jahrzehnte ausgeklammert und auf diese Weise wurde dem „Ruhebedürfnis“²⁵ der lokalen Gemeinschaften weitgehend entsprochen. Noch in den 1990er Jahren gab es teils skandalöse, die NS-Verbrechen auslassende Darstellungen, heute sind Darstellungen des Nationalsozialismus unter Einbeziehung der damit lokal verbundenen Verbrechen von kommunalen Gemeinschaften – üblicherweise in der Form von Ortchroniken oder Heimatbüchern – überwiegend die Regel.²⁶

„Die Emotionen sitzen tief“ – Vergangenheitsdebatte in Greven

Die abendliche Veranstaltung, welche die Stadt Greven 1985 zum 40. Jahrestag des Kriegsendes durchführte und die als Auslöser einer intensiv geführten lokalen Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit betrachtet werden kann, steht in direktem Zusammenhang mit den lokalen wie gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen der zeitlichen Verhältnisse, die nicht frei von gegensätzlichen Strömungen und Spannungen waren.

Durch das konstruktive Misstrauensvotum gegen Helmut Schmidt 1982 kam es im Bund zur Bildung einer Regierung aus CDU/CSU und FDP unter Bundeskanzler Helmut Kohl. Dieser war es vor allem, der mit einem positiven Geschichtsbild der Bundesrepublik die Zeit des Nationalsozialismus zu überlagern versuchte und die Deutungshoheit in der Geschichtspolitik für sich beanspruchte. Der von ihm geprägte Satz über die „Gnade der späten Geburt“ impliziert eine Ablehnung der Kollektivschuld, die zum Kernstück der „geistig-moralischen Wende“²⁷ avancierte. Die Beteuerung, aus der Geschichte gelernt zu haben, und die symbolträchtige Inszenierung des 8. Mai 1985 sollten die Rückkehr in die „Normalität“ ermöglichen. Von Kritikern

wurde dies als eine „Entsorgung der Vergangenheit“²⁸ wahrgenommen und führte direkt und indirekt zu einer Reihe von gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen mit unterschiedlichen Akteuren auf verschiedenen Ebenen, die die Geschichtspolitik der ausgehenden 1980er Jahre bestimmten.

Zum anderen kam es in Deutschland Anfang der 1980er Jahre zum Erstarren der Friedensbewegung, ausgelöst durch den NATO-Doppelbeschluss, der durch die Regierung Helmut Schmidts unterstützt und durch die schwarz-gelbe Koalition umgesetzt wurde. Die Stationierung der Pershing II Raketen und Cruise Missiles in Deutschland stieß auf kraftvolle Ablehnung, die sich in „Ostermärschen und Kundgebungen, in Lichterketten, Petitionen und Friedensgottesdiensten“ ausdrückte.²⁹ Dieser Konflikt zog eine gesellschaftliche Polarisierung nach sich, in der sich „eine ökologisch-pazifistische Subkultur und ein bürgerlich-realpolitisches Lager“³⁰ gegenüberstanden. Tendenziell war der Pazifismus in städtischen Milieus anzutreffen, geprägt von Gewerkschaften, der evangelischen Kirche, Intellektuellenkreisen sowie Teilen der SPD und vor allem den Grünen. Auf der anderen Seite waren die Befürworter der Politik der Bundesregierung eher in kleinstädtisch traditionellen Milieus verankert, die von der CDU und FDP dominiert waren.

Dass diese Polarisierung auch für Greven im Jahr 1985 zutraf und in der folgenden Argumentation ein historischer Bezug zu den Folgen des Zweiten Weltkrieges hergestellt wurde, lässt sich am Beispiel eines Leserbriefes der Jungsozialisten (im Folgenden als Jusos bezeichnet) aus Greven vom 3. April 1985 verdeutlichen. Im Hinblick auf die Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki forderten sie einen Stopp des „Wettrüstens“ und ein Nein zur Stationierung von Atomraketen in Europa. Ferner konstatierten sie, dass „Raketengegner, von Kommunisten über Schriftsteller bis hin zu Pastoren [...] zunehmend kriminalisiert“³¹ und die Gegensätze in der Gesellschaft immer größer würden. Der damalige Pressereferent der CDU Greven, Herbert Wienströer, antwortete auf diesen Aufruf zum Ostermarsch ebenfalls mit einem Leserbrief, in dem er den Jusos eine falsche Darstellung der Ziele vorwarf und darauf hinwies, dass die Kriegsgefahr vom Osten ausgehe.³² Schlusspunkt dieser Episode war ein weiterer Leserbrief von Günther Doebel, Pressewart des SPD-Ortsvereins Greven, der den Aufruf der Jusos in Schutz nahm. Er unterstellte Wienströer ein reaktionäres Weltbild und warf ihm vor, viele Punkte

²⁴ Matzerath, „Versteckte Vergangenheit“, S. 15f.

²⁵ Kukatzki, „Von vielen Gräueltaten...“, S. 56.

²⁶ Vgl. ebd., S. 62f.

²⁷ Maren Röger, Geistig-Moralische Wende, in: Torben Fischer/Mathias N. Lorenz (Hrsg.), Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945, Bielefeld 2009, S. 226f.

²⁸ Jürgen Habermas, Die Entsorgung der Vergangenheit. Ein kulturpolitisches Pamphlet, in: DIE

ZEIT, 17.5.1985.

²⁹ Konrad H. Jarausch, Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945-1995, München 2004, S. 58.

³⁰ Ebd., S. 59.

³¹ Jusos Greven, Hiroshima mahnt Europa: Stoppt Rüstungswahnsinn (Leserbrief), in: Münstersche Zeitung, 3.4.1985.

³² Vgl. Herbert Wienströer, Nicht Pershings und Cruise Missiles, sondern SS-20-Raketen gefährden Frieden (Leserbrief), in: Münstersche Zeitung, 5.4.1985.

verkürzt und „in Unkenntnis der Fakten angesprochen“³³ zu haben. Insgesamt bewertete er die Kluft zwischen CDU und SPD in der Friedensfrage als unüberbrückbar und sah in einer weiteren Auseinandersetzung keinen Sinn.

In einer weiteren Stellungnahme, veröffentlicht von der Katholischen Jugend in Greven, wird die Friedensbewegung mit dem Zweiten Weltkrieg verknüpft. Sie deklarieren den 8. Mai 1945 als „Tag der Befreiung von der Schreckensherrschaft“³⁴ und als eine Anfrage an das aktuelle Friedensengagement. Viele hätten sich durch Schweigen schuldig gemacht oder „durch aktives Mittun das System unterstützt.“ Als aktuelle Problemfelder wurden die Aufrüstung, die Armut in der Welt und der Rechtsextremismus bei Jugendlichen genannt.

Gleichwohl wurde 1985 mit Spannung dem vierzigsten Jahrestag des Kriegsendes entgegen gesehen, da in diesem „sperrigen Gedenktag“ auch die deutsche Frage steckte, wie man mit der „deutschen Katastrophe“³⁵ umzugehen habe. Des Weiteren gab es Kontroversen um den Umgang mit diesem symbolträchtigen Datum, die auch im Ausland bedächtig registriert wurden.

Eine weitere spezifische Vorgeschichte in der Lokalpresse, nämlich die Auseinandersetzung über die Veröffentlichung von Auszügen aus dem Tagebuch einer anonymen Grevenerin, in denen die letzten Kriegstage und die Nachkriegszeit geschildert wurden, spiegelt die Vorbedingungen, Stimmungen und Reibungspunkte innerhalb der kommunalen Gemeinschaft wider. In der Osterausgabe der Münsterschen Zeitung vom 6. April 1985 erschien der erste Teil dieser Aufzeichnungen. In einem Vorwort weist der Editor darauf hin, dass das „Geschehen [...] aus der persönlichen Sicht dieser Frau dargestellt und gerade dadurch [...] all denen, die nach dieser Zeit geboren wurden, die besondere Möglichkeit gegeben [wird], diese Zeit nacherleben zu können.“³⁶ Die Aufzeichnungen würden das Denken und Fühlen sowie das daraus resultierende Verhalten der Grevenerin zeigen, welches eine inhaltliche Bestätigung dessen sei, was schon aus verschiedenen Veröffentlichungen in Buchform bekannt sei.³⁷ Inhaltlich werden in dem ersten Teil der Aufzeichnungen die letzten Kriegstage rund um das Osterfest 1945 in Greven bis zu der Besetzung durch Alliierte unter der Führung englischer Truppen aus einer lokalen Opferperspektive dargestellt. Dies lässt sich besonders an den verwendeten Begriffen deutlich machen. Durch die vielen Detonationen sei „die Hölle los gewesen“, nach der Besetzung „wimmelte es von Engländern

[...] denn die ersten drei Tage standen dem Feind für Plünderungen frei.“ Bis zur Kapitulation der deutschen Truppen vor Ort am 31. März 1945 habe es noch viele Tote gegeben. Der zweite Teil des Tagebuchs erschien eine Woche später und schilderte die Zeit nach Ende der Kampfhandlungen. Im Blickpunkt steht besonders die Räumung des Nordviertels, in das nun „schlagartig die Flut der Fremdvölker“ einzog: „[...] alles wurde zerstört, verschmutzt, verdreckt, gutes Geschirr für Unrat gebraucht [...] Möbel zu Brennholz zerschlagen [...] Türen, Trepengeländer, Fußböden, Speicherbelag, Stallungen, alles wurde abmontiert und zerkleinert.“³⁸ In den besetzten Häusern des Nordviertels „hausten“ nun „die Kerle“. Gleichzeitig wird die – aus der Sicht der Zeitzeugin – relativ gute Versorgung der Displaced Person geschildert und deren angebliche Kriminalität und Plünderungslust beklagt: „Die Russen und Polen waren ja auch alle neu eingekleidet worden. Denn bei ihrer Ankunft ging es sofort über sämtliche Konfektions- und Schuhgeschäfte her. Was die Engländer nicht genommen hatten, besorgten diese jetzt; und was sie nicht bekommen konnten, nahmen sie aus den Privatwohnungen.“ Im dritten Teil der Tagebuch-Serie wird das „Wüten“ der DP's der eigenen Not in der Nachkriegszeit gegenüber gestellt, die durch das Emshochwasser 1946 einen Höhepunkt erreichte: „Man fürchtet immer für die Ernte. Es hängt eben für die Ernährung gar zu viel davon ab. Die Lebensmittel, die es auf Karten zu kaufen gibt, sind unzureichend. Der Hunger fordert seine Opfer.“³⁹

Als Erwiderung auf diese monoperspektivische Darstellung des Krieges und der Nachkriegszeit als eine Leidenszeit für die Bevölkerung Grevens veröffentlichte die Münstersche Zeitung am 8. Mai 1985 einen Leserbrief des evangelischen Pfarrers und Aktivisten der Friedensbewegung vor Ort, Walther Klie und seiner Frau, die sich gegen die „aus Selbstmitleid, situationsfernen ‚Ordnungsvorstellungen‘, vor allem aber aus Fremdenhaß und Ostvölkerverachtung zusammengebrachte Art dieser Aufzeichnungen“⁴⁰ wendeten. Sie bemängelten eine unzureichende Kommentierung der Tagebuchauszüge und äußerten den Verdacht, dass „die Verfasser bzw. diejenigen, die sie zum Abdruck ermunterten, diese zweifellos schrecklichen Dinge auch heute noch ähnlich sehen wie beim Untergang des ‚tausendjährigen Reiches‘.“ Die „Zerstörungswut“ der Displaced Persons stellten sie in den Zusammenhang mit der Schreckensherrschaft und den Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands, ohne jedoch das Leiden der Grevener Zwangsevakuierten in

33 Günther Doebel, Rüstung tötet auch ohne Krieg täglich Tausende (Leserbrief), in: Münstersche Zeitung, 13.4.1985.

34 Vgl. Westfälische Nachrichten, 7.5.1985: „Viele haben sich schuldig gemacht – Eine Stellungnahme der Katholischen Jugend“.

35 Gunter Hofmann, Der sperrige Gedenktag, in: DIE ZEIT, 18.1.1985.

36 Münstersche Zeitung, 6.4.1985: „...glaubte ich, letzte Stunde habe geschlagen!“

37 Der Editor Hans-Dieter Bez spielt hier u.a. auf den zweiten Band der Stadtgeschichte von Prinz an, vgl.

Joseph Prinz, Greven an der Ems. Die Geschichte der Stadt und des Amtes Greven, Bd. 2, 2. überarb. und erw. Aufl. Greven 1977, besonders S. 249-275.

38 Münstersche Zeitung, 13.4.1985: „Alles wurde zerstört, verschmutzt, verdreckt...“.

39 Münstersche Zeitung, 27.4.1985: „Nach dem Hochwasser 1946 weitere Schwierigkeiten: Kälte, Dürre und Schwarzmarkt...“.

40 Ingeburg und Walther Klie, Sie ernteten den Sturm, den andere zuvor gesät hatten (Leserbrief), in: Münstersche Zeitung, 8.5.1985.

Frage zu stellen: „Sie ernteten den Sturm, den andere Deutsche in Jahren zuvor gesät hatten!“ Hans-Dieter Bez antwortete auf die Vorwürfe ebenfalls mit einem Leserbrief zwei Tage später. Die Kritik hinsichtlich der unzureichenden Kommentierung der Tagebuch-Aufzeichnungen nahm er an, verwies aber auf die dem vierzigsten Jahrestag des Kriegsendes geschuldete mediale Thematisierung des Zweiten Weltkriegs beziehungsweise des Nationalsozialismus sowie dessen Folgen. Die Bevölkerung sei ausreichend „informiert und sensibilisiert.“⁴¹ Da es hinsichtlich der Beurteilung der NS-Verbrechen und der Beurteilung der Folgen für die deutsche Bevölkerung bis dato keinen „Dissens“ mehr gäbe, stelle das Tagebuch nur eine „weitere Facette“ der Zeit mit einem klaren Bezug zu Greven dar und bediene sich der damals üblichen Sprache. Bezüglich ihres Denkens und Verhaltens sei die Verfasserin „ein Kind ihrer Zeit.“ Auf der persönlichen Ebene wies er die unterstellten Motive zurück und warf dem Ehepaar Klie vor, nicht die gleichen Maßstäbe anzusetzen, die sie durch ihre aktive Rolle in der Friedensbewegung einforderten.

Neben der Tagebuch-Reihe gab es noch weitere Zeitungsartikel, die sich im Erinnerungsjahr 1985 mit dem Kriegsende in Greven befassten. Am 30. März schilderte der schon erwähnte Artikel von Heinz Böcker in den Westfälischen Nachrichten die letzten Kriegswochen: Sprengkommandos hätten Teile der Emsbrücken zerstört, Briten und Kanadier wären in Greven einmarschiert, die letzten Kampfhandlungen seien ausgetragen sowie das Nordviertel geräumt und das DP-Lager errichtet worden.⁴² Die Darstellung ist differenzierter als in den Artikeln der 1960er Jahre, die Betonung liegt dennoch auf den Grevener Kriegsoffern und dem Leid, welches durch die Besatzer und die DPs über Greven „gekommen“ sei. Sprachlich distinguert sich die Schilderung nicht außerordentlich von denen aus den Jahrzehnten zuvor: Die Displaced Persons hätten in den Häusern „gehaust“ und zögen in „Banden marodierend und plündernd“ durch den Ort. Eine weitere Beschreibung erschien am 4. April in der Münsterschen Zeitung⁴³: Die „Hyänen des Schlachtfeldes [...] fielen noch in der gleichen Nacht über die vollgestopften Zimmer her, um fast alles zu stehlen.“ Dann sei die Ankunft eines „Völkergemisches ohnegleichen“ erfolgt und die „größte Katastrophe des Dorfes Greven“ eingetreten. Die DP-Lager brächten „unendliches Leid über Greven und Reckenfeld“, es habe das „absolute Chaos“ geherrscht. Als die einzige dokumentierte Reaktion neben der schon erwähnten Auseinandersetzung über die Tagebuch-Aufzeichnungen auf diese einseitigen Berichte

41 Hans-Dieter Bez, Ihre Sprache atmet nicht den Friedensgeist, den Sie vorgeben (Leserbrief), in: Münstersche Zeitung, 10.5.1985.

42 Vgl. Heinz Böcker, Es geschah am 31. März vor 40 Jahren... Am Karsamstag 1945 wurde Greven besetzt, in: Westfälische Nachrichten, 3.3.1985.

43 Vgl. Arnold Fromme, Heute vor 40 Jahren begann das Leid des Nordviertels: Häuser waren in zwei Stunden zu räumen..., in: Münstersche Zeitung, 4.4.1985.

44 Vgl. Armin Schöne, Georg Howe und Franz-Josef

Leser schreiben Hier können unsere Leser zu lokalen Fragen ihre Ansichten äußern und Anregungen geben oder die Lokalredaktion kritisieren. Wir bitten um Verständnis, daß sich die Redaktion Kürzungen vorbehalten muß.

„Das Leid der Grevener begann nicht am 8. Mai '45 sondern mit dem Faschismus“

Greven. Der 8. Mai, der 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, löste in der BRD die unterschiedlichsten Diskussionen aus. Erschreckend hieran sind, unserer Meinung nach, die Versuche von konservativen und rechten Politikern, diesen Tag wieder als Tag einer Niederlage unseres Volkes in die Köpfe der Menschen zu bringen. Auch in Greven soll den Menschen diese Version nahegebracht werden. Dabei bedient man sich der negativen Erfahrung einiger Grevener Bürger, die den Zwangsverschleppten und ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen nach dem 8. Mai '45 Wohnraum zur Verfügung stellen mußten. Dabei wird völlig außer acht gelassen, daß diesen Menschen durch den Faschismus unermessliches Leid zugefügt wurde. Stimmes Zeugnis geben hiervon noch heute die an versteckter Stelle auf dem Grevener Friedhof gelegenen Einzel- und Massengräber Zwangsverschleppter und Kriegsgefangener.

Das Leid der Grevener begann also nicht nach dem 8. Mai '45, sondern ursächlich mit dem Faschismus. Für uns stellt sich die Frage: Warum werden den Menschen historische Tatsachen verzerrt dargestellt? Bereuen diese Politiker, daß sie damals auf der falschen Seite standen?

Unserer Meinung nach soll hierdurch den Menschen die faschistische Gewaltherrschaft von '33-'45 als reiner Betriebsunfall verkauft werden, wodurch sich auch die bestehenden europäischen Grenzen in Frage stellen lassen. Wenn das das Ziel dieser Politiker ist, versteht man unserer Meinung nach auch die Hochrüstungspolitik der letzten Jahre.

Weite Kreise der Bevölkerung, so auch die Gewerkschaften, kämpfen für ein Zusammenleben in friedlicher Koexistenz, wozu es keiner Waffen bedarf. Der Grundstock zu friedlicher Koexistenz wurde aber erst durch die Befreiung vom Faschismus gelegt.

Laßt uns den 8. Mai als Tag der Befreiung vom Faschismus feiern!

Armin Schöne
Rathausstraße
Georg Howe
Liebigstraße 3
Franz-Josef Howe
Schlage 25.

Auftakt zum öffentlichen Meinungs austausch über den Nationalsozialismus in Greven: Der Leserbrief aus der Münsterschen Zeitung vom 26. April 1985.

kann ein Leserbrief vom 26. April gewertet werden.⁴⁴ Die Autoren warfen den konservativen und rechten Politikern vor, den 8. Mai als Tag der Niederlage etablieren zu wollen und sich dabei der negativen Erfahrungen der Grevener Bürger durch das DP-Lager zu bedienen.⁴⁵ Das Leid der Displaced Persons sei vollkommen außer Acht gelassen und die faschistische Gewaltherrschaft als „reiner Betriebsunfall“ verkauft worden. Sie schlossen mit der Aufforderung, den 8. Mai als „Tag der Befreiung vom Faschismus“ zu feiern.

Streit um den 8. Mai

Der 8. Mai 1985 war *das* erinnerungskulturelle Ereignis der 1980er Jahre und bereits im größeren Vorfeld – bundesweit wie international – ein vielfach rezipiertes Thema in Politik und Medien. Die Bevölkerung war entsprechend sensibilisiert; deutschlandweit gab es Gedenkveranstaltungen, darunter die zentrale Gedenkstunde im Bundestag in Bonn. Auch der damalige Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Herbert Schnoor (SPD), forderte per Erlass flächendeckende Veranstaltungen zum Jahrestag, vor allem in Schulen.⁴⁶ In Greven stellten der Stadtjugendring und die Stadtverwaltung ein Programm zusammen, das neben einer Kriegsgräberpflege durch Jugendliche und der anschließenden Vorführung des Films „Die Brücke“ den abendlichen Vortrag „8. Mai 1945 – ein denkwürdiger Tag“ von dem aus Greven stammenden Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum,

Howe, Das Leid der Grevener begann nicht am 8. Mai '45 sondern mit dem Faschismus (Leserbrief), in: Münstersche Zeitung, 26.4.1985.

45 Dies ist ein indirekter Verweis auf ein kommunikatives Gedächtnis, welches vor allem durch das gemeinsam erlebte Leid als Primär- oder Sekundärerfahrung geprägt sei, vgl. Aleida Assmann, Der lange Schatten der Vergangenheit, Bonn 2007.

46 Vgl. Westfälische Nachrichten, 2.4.1985: „Jugend will Kriegsgräber pflegen“.

Dr. Albin Gladen, in der Aula des Gymnasium Augustianum mit anschließendem Schweigemarsch zur Christuskirche vorsah.⁴⁷

Bei der von Gladen gehaltenen Rede kam es zu einem Eklat. Mitten im Vortrag verließen der Ortsvorsitzende der SPD, Roland Post, Wolfgang Hoppe und Ulrike Keim von der Ratsfraktion der Grünen sowie Leo Gallien, Ehrenvorsitzender der SPD Grevener, unter lautstarkem Protest den Saal.⁴⁸ Die Brisanz, die in diesem Vortrag steckte, lässt sich daran festmachen, dass er sich in seiner Vortragsweise und Schwerpunktsetzung stark von der am Vormittag des gleichen Tages gehaltenen Rede des Bundespräsidenten unterschied.

Der Bundespräsident hielt bei der offiziellen Gedenkstunde im Plenarsaal des Deutschen Bundestages in Bonn eine im In- und Ausland viel beachtete und als wichtig erachtete Rede zur Bewertung des 8. Mai 1945. In der Rede versuchte von Weizsäcker mit Geschichtslegenden aufzuräumen und eine Differenzierung vorzunehmen, die dem Gedenken an die unterschiedlichen Opfergruppen gerecht wurde. Er verdeutlichte, dass jedes Land diesen Tag ganz unterschiedlich wahrnehme; für die Deutschen sei es „ein Tag der Befreiung [...] von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“⁴⁹ gewesen. Gleichzeitig sei es auch ein Tag der Erinnerung, der „große Anforderungen an unsere Wahrhaftigkeit“⁵⁰ stelle. Eine kollektive Schuld könne es seiner Ansicht nach nicht geben, aber jeder müsse die Verantwortung für die Vergangenheit annehmen. Die Folgen des 8. Mai führte er untrennbar auf die 1933 begonnene Diktatur der Nationalsozialisten zurück. Mit einem ausdrücklichen Appell zur Friedensliebe schloss er seinen Vortrag. Die unmittelbaren Reaktionen auf diese Rede waren zunächst geteilt. Zustimmung wurde von einer „historischen Rede“ gesprochen, in der „alles Notwendige gesagt [wurde] – und darüber hinaus noch einiges mehr, mit der Kraft der geistigen Disziplin und der einfühlsamen Humanität.“⁵¹ Ablehnende Äußerungen betrafen vor allem die Passagen zur Entspannungspolitik mit Osteuropa und der kollektiven Verantwortung für die Geschichte.⁵² Auch bei den Kommentatoren der großen Tageszeitungen im Ausland erreichte die Rede ein starkes und überwiegend positives Echo.⁵³

Anders stellte sich die Situation in Grevener dar: Der Berichterstattung der Westfälischen Nachrichten

zufolge gab Gladen keinen Anlass zu „Feiertagsstimmung“⁵⁴, betonte die vielfältige Sichtweise auf den 8. Mai 1945 und forderte eine nüchterne, wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der entsprechenden abwägenden und forschenden Distanz zur Emotionalität. Da viele Opfer auch auf deutscher Seite zu beklagen waren, sei die Mehrheit der Deutschen von einem verbrecherischen Regime befreit worden. Auch auf das DP-Lager kam er in seiner Rede zu sprechen: Die Obdachlosigkeit der fremden Menschen hätte die Obdachlosigkeit von 3760 Grevener Bürgern durch Zwangsräumung erzwungen: „Ein Bandenterror mit Mord und Totschlag begleitete zugleich für mehrere Jahre das Leben der Grevener im Dorf und in den Bauernschaften.“ Die Alliierten seien nicht als Befreier, sondern als „Sieger und Eroberer“ nach Deutschland gekommen und mit der bedingungslosen Kapitulation hätten sie ihr Kriegsziel der Casablanca-Konferenz erreicht, dem eine „zwei Jahre dauernde Agonie des nationalsozialistischen Deutschlands“ vorausgegangen sei. An dieser Stelle verließen die vier genannten Zuhörer die Aula, nachdem es zuvor schon zu mehreren Zwischenrufen gekommen sei. Gladen führte den Vortrag jedoch fort: Eine sachgemäße Vergangenheitsbewältigung aus eigenem Antrieb sei noch heute „ein großes Defizit in der politischen Kultur des deutschen Volkes. [...] Wiedergutmachung und Versöhnung [...] müssen vorrangig in den Herzen und Köpfen der betroffenen Menschen gelöst werden.“

Die Beurteilung des Vortrags fiel entsprechend unterschiedlich aus. Ein Zuhörer wurde mit folgendem Statement zitiert: „Ich konnte das nichtssagende Zeug nicht mehr ertragen.“⁵⁵ In den Zeitungsberichten werden weitere Beurteilungen vor allem an den Äußerungen der verschiedenen Parteipolitiker festgemacht. Leo Gallien (SPD) sprach nach der Veranstaltung davon, dass er das Gefühl hatte, es wäre „eine Trauerfeier für einen verlorenen Krieg“⁵⁶ gewesen. Gladen hätte nur die Auswirkungen dargestellt und die Ursachen verschwiegen.⁵⁷ Sein Parteikollege Günter Basten sah allerdings keine Notwendigkeit für etwaige Konsequenzen. Der CDU-Fraktionssprecher Kurt Reidegeld konnte die Aufregung nicht verstehen und betonte, dass nicht immer die „Vergangenheitsbewältigung im Vordergrund stehen“⁵⁸ müsse und hier andere Akzente gesetzt werden seien.

47 Vgl. Westfälische Nachrichten, 8.5.1985: „Vortrag und Film: Jahrestag – Gedenken an Kriegsende“.

48 Vgl. Westfälische Nachrichten, 10.5.1985: „In schlichter Gedenkstunde an das Kriegsende erinnert“; diese vier Zuhörer werden explizit namentlich in der Zeitung erwähnt, ob noch weitere den Saal verlassen haben, ist aus den vorliegenden Zeitungsberichten nicht ersichtlich.

49 Richard von Weizsäcker, Der 8. Mai 1945 – 40 Jahre danach, in: ders., Von Deutschland aus. Reden des Bundespräsidenten, Berlin 1985, S. 11-35, hier S. 15.

50 Ebd., S. 15.

51 Süddeutsche Zeitung, 9.5.1985: „Mut zur Wahrheit“.

52 Vgl. Wilfried Hertz-Eichenrode, Verschleierung

der Gegenwart, in: Die Welt, 9.5.1985.

53 Vgl. The New York Times, 9.5.1985: „Therefore We Remember“; Frank Johnson, We knew Jews' fate, admits Weizsäcker, in: The Times, London, 9.5.1985.

54 Westfälische Nachrichten, 10.5.1985: „In schlichter Gedenkstunde an das Kriegsende erinnert“; aufgrund der Veranstaltungszeit am Abend erfolgte eine Berichterstattung in den beiden Lokalzeitungen erst zwei Tage später.

55 Ebd.

56 Münstersche Zeitung, 10.5.1985: „Wir dürfen den 8. Mai niemals ausblenden“.

57 Vgl. Münstersche Zeitung, 11.5.1985: „Eklat beim Vortrag – Vier zogen aus – Nachspiel im Rat?“.

58 Ebd.



Bericht über die Grevener Gedenkstunde am 8. Mai 1985 (Westfälische Nachrichten, 10.5.1985).

Am 11. Mai stellte die Ratsfraktion der Grünen einen Dringlichkeitsantrag wegen der Gedenkstunde, den Ratsherr Ernst Reiling folgendermaßen begründete: „Daß die nationalsozialistischen Verbrechen an einem solchen Tag ausgespart bleiben, ist unfassbar.“⁵⁹ In dem Antrag konstatierten die Grünen, dass Gladen dem Sinn des Tages, nämlich „der Opfer des Faschismus zu gedenken“,⁶⁰ widersprochen und ihn in eine „Trauerfeier“ für einen verlorenen Krieg umgedeutet hätte. Eine Kennzeichnung der letzten Kriegsjahre als „Agonie“ sei eine „Verhöhnung der Opfer“, das Leiden der Displaced Persons sei verschwiegen worden und stattdessen nur von einem „Bandenkrieg“ die Rede gewesen. Anstelle von Befreiung hätte Gladen von Niederlage gesprochen und somit „nicht nur die Würde der Opfer des Faschismus angegriffen, sondern auch die Würde des Rates der Stadt Greven, die zu dieser Veranstaltung eingeladen hatte.“ Abschließend wurde eine Distanzierung aller Fraktionen, des Bürgermeisters und der Verwaltung von dem Vortrag sowie eine Feststellung, dass eine ähnliche Rede wie die von Weizsäcker eher dem Anlass entsprochen hätte, gefordert.

Eine Kommentatorin der Westfälischen Nachrichten zeigte sich überrascht, dass 40 Jahre nach Kriegsende die Emotionen immer noch so hochkochen würden. Das Verlassen des Saales sei eine demokratische Meinungsäußerung und sollte nicht für den „Parteien-Hickhack“⁶¹ missbraucht werden. Nach Ansicht der Autorin sei das Halten einer solchen Rede keine leichte Aufgabe: Wo mehr Gefühl nötig gewesen wäre, hätte zu sehr die akademische Sicht im Vordergrund gestanden. Der Darstellung des „Bandenterrors“ nach der Zwangsräumung hätte

der „Terror der Nazis vorausgeschickt werden müssen.“ Auch Begriffe wie „Agonie“ seien „unglücklich“ gewählt gewesen.

Eine weitere Verfolgung des Themas in der Lokalpresse fand nach dem 11. Mai 1985 nicht statt. Dem Antrag der Grünen wurde nicht entsprochen, diese ließen das Thema allerdings nicht auf sich beruhen. Im Juni veröffentlichte Wolfgang Hoppe in der parteieigenen Zeitschrift „Grünes Greven“ einen Rückblick auf die geschichtspolitischen Ereignisse der letzten Monate. Die Art und Weise, wie mit der NS-Vergangenheit umgegangen wurde, sei „beklemmend“⁶² gewesen, gerade im Hinblick auf die Rede von Weizsäcker zum 8. Mai 1945. Da die Begründungen der anderen Parteien zur Ablehnung einer Distanzierung von der Rede Gladens „erschreckend“ gewesen wären, seien die Grünen zu der Entscheidung gekommen, dass eine Stelle eingerichtet werden müsse, „um die Grevener Geschichte von 1933 bis 1945 zu erforschen und öffentlich darzustellen.“⁶³

Der Antrag zur Aufarbeitung

In der Ratssitzung vom 25. September 1985 erfolgte eine offizielle Antragsstellung der Fraktion der Grünen zur Erstellung einer Ausstellung und Dokumentation über den Nationalsozialismus in Greven.⁶⁴ In dem Antrag forderte Hoppe eine historisch-relevante Aufarbeitung unter dem deutlichen Aspekt der „Vergangenheitsbewältigung“. Die Begründung des Antrags basierte hauptsächlich auf zwei Argumenten. Erstens wurde Bezug auf die nach Ansicht der Grünen „mangelnde Erforschung und Aufarbeitung der Geschichte der Stadt Greven“⁶⁵ genommen. Aufgabe einer Kommune sei es, dass „die lokale Geschichte als konkret faßbarer Teil der Geschichte erforscht und festgehalten“ würde. Dies bezogen die Antragsteller nicht alleine auf die Zeit des Nationalsozialismus, sondern auf die Stadtgeschichte allgemein. Zweitens machten sie deutlich, dass gerade die NS-Geschichte auch im lokalen Rahmen „durchleuchtet und verarbeitet“ werden müsse, damit man verstehe, wie es möglich gewesen war, eine solche Gewaltherrschaft zu errichten und örtlich zu sichern, um 40 Jahre danach daraus zu lernen. Auf Greven bezogen stelle sich konkret die Frage, wie die Machtübernahme und die daraus resultierende Gleichschaltung beziehungsweise Auflösung der Parteien und Vereine erfolgt war, da bei freien Wahlen die Nationalsozialisten nur eine kleine Minderheit darstellten. Inhaltlich sollten folgende Punkte für Greven erforscht werden:⁶⁶ Weltwirtschaftskrise, politische und gesellschaftliche Verhältnisse vor 1933, Machtüber-

59 Ebd.

60 Westfälische Nachrichten, 11.5.1985: „Würde der Opfer und des Rates angegriffen“.

61 Christiane Fendt, Emotionen sitzen tief (Kommentar), in: Westfälische Nachrichten, 10.5.1985.

62 Wolfgang Hoppe, Die Unfähigkeit, der Opfer des Faschismus zu gedenken, in: Grünes Greven, Ausgabe Juni 1985.

63 Ebd.

64 Münstersche Zeitung, 21.9.1985: „Antragsflut im Rat zur Grundschule Reckenfeld“. Der Antrag wurde im Wortlaut in beiden Lokalzeitungen veröffentlicht, vgl. Münstersche Zeitung, 19.9.1985: „Ausstellung und Dokumentation“; Westfälische Nachrichten, 19.9.1985: „Ausstellung über den Nationalsozialismus“.

65 Münstersche Zeitung, 19.9.1985: „Ausstellung und Dokumentation“.

66 Vgl. Münstersche Zeitung, 19.9.1985: „Themen-

nahme und Gleichschaltung, Alltag im Nationalsozialismus, wirtschaftliche Entwicklung im Nationalsozialismus, Verfolgte und Zwangsarbeiter, der Zweite Weltkrieg sowie das Kriegsende und die Nachkriegszeit. Der Antrag wurde zur Beratung in die Fraktionen gegeben und die Entscheidung auf die Hauptausschusssitzung im Januar 1986 vertagt.

Bereits in den hier dargestellten Geschehnissen rund um den 8. Mai 1985 in Greven kristallisieren sich deutlich die verschiedenen lokalen Problemfelder und Konfliktebenen heraus. Es zeichnet sich darüber hinaus eine Spannung ab, die auf eine Polarisierung in der inhaltlichen Auseinandersetzung wie auch bei den handelnden Akteuren hindeutet. Die vielfachen Darstellungen der Grevener Bürger als Opfer, festgemacht am Zweiten Weltkrieg und den damit verbundenen Folgen für Greven, stehen der Betrachtung der Deutschen als Täter diametral gegenüber. Die einseitige Wahrnehmung der eigenen Rolle im Nationalsozialismus sowie die Auffassung der Displaced Persons als Fremdkörper und kriminelle Elemente in der eigenen Heimat erreichten den Höhepunkt durch den Vortrag in der Veranstaltung vom 8. Mai. Durch den offiziellen Charakter der Gedenkveranstaltung und dem daraus resultierenden „Distanzierungs-Antrag“ der Grünen hat sich der Konflikt politisch aufgeladen und auf die Ebene der Ratsfraktionen übertragen. Parteipolitiker wurden nun zu handelnden Akteuren in dieser geschichtspolitischen Debatte, die, medienwirksam ausgelöst durch die Skandalisierung der Rede Gladens, sich zu Beginn des folgenden Jahres öffentlich fortsetzen und verschärfen sollte. Dies alles steht in Beziehung zu der vergangenheitspolitischen Zäsur, die die Rede von Wezsäckers für die Erinnerungslandschaft der Bundesrepublik bedeutete.

„Leserbriefschlacht“ – die öffentliche Auseinandersetzung

In Greven kam es zu der in der Lokalpresse ausgetragenen Auseinandersetzung um die Aufarbeitung der eigenen NS-Geschichte nicht mit der Antragstellung im September 1985, sondern erst ab Ende Januar 1986 – also nach der Entscheidung des Hauptausschusses, eine Dokumentation und Ausstellung zu erstellen. Die Diskussion tarierte also strenggenommen einen schon gefällten Beschluss, der eine große Mehrheit erhalten hatte, auch wenn die Entscheidung des Rates noch ausstand.

Die öffentliche Auseinandersetzung um den Umgang mit der eigenen NS-Vergangenheit Anfang 1986 lässt sich in zwei Phasen unterteilen, die an zwei Ereignissen festzumachen sind. Die erste Phase schließt sich an die Zustimmung des Hauptausschusses zur Beschlussempfehlung der Verwaltungsvorlage⁶⁷ am 22. Januar 1986 zum Antrag von Wolfgang Hoppe (Grüne) vom 16. September 1985 an und hat

eine Dauer von zwei Wochen. In diesen Zeitraum fallen etliche veröffentlichte Leserbriefe, die sich ablehnend oder zustimmend zu der Entscheidung äußern. Ausgelöst durch eine Veranstaltung der Grevener Senioren-Union⁶⁸ am 20. Februar 1986 beginnt die zweite Phase, die neben Leserbriefen und Zeitungsartikeln aus den beiden Lokalzeitungen auch durch überregionales Interesse an der Auseinandersetzung gekennzeichnet ist.

Im weiteren Blickpunkt dieser Arbeit sollen im Folgenden neben den Problemfeldern und Argumenten auf der inhaltlichen Ebene sowie der verschiedenen handelnden Akteure auch die beiden phasenbeschreibenden Ereignisse stehen. Um zu verstehen, was die Kernelemente der Diskussion in Greven waren, ist es von entscheidender Bedeutung, welche Modalitäten die vom Hauptausschuss beschlossene Verwaltungsvorlage für die Aufarbeitung der Vergangenheit vorsah. Diese Studie bezieht sich auf verschiedene Ebenen und versucht, die Problemfelder und Argumente in einer inhaltlichen Analyse herauszuarbeiten, damit die Strategien der Befürworter und Gegner nachvollziehbar werden. Auf der AkteursEbene wird versucht, Differenzierungen vorzunehmen, um die handelnden Gruppen voneinander abgrenzen zu können.

Die Grundlage für eine Entscheidungsfindung im Hauptausschuss am 22. Januar war die Verwaltungsvorlage vom 15. Januar,⁶⁹ die auf dem Antrag der Grünen beruhte. Unter Punkt zwei der Vorlage wurde zunächst auf die verschiedenen Bemühungen hingewiesen, die schon zur „historischen Bewältigung der NS-Zeit in Greven“ erfolgt seien. So sei der Nationalsozialismus in Greven in der von Joseph Prinz verfassten Stadtgeschichte⁷⁰ in den Blick genommen worden und zwar „wegen der großen zeitlichen Nähe in behutsamer Form.“ In Zusammenarbeit mit Albin Gladen sollte 1987 eine zweite Auflage erscheinen, die „die nationalsozialistische Zeit in weit stärkerem Maße als in den ersten beiden Bänden behandelt.“⁷¹ Auch in einer Reihe zur Geschichte des Kreises Steinfurt käme der Nationalsozialismus in Greven zur Sprache. In Planung sei des Weiteren ein Sammelwerk zur Geschichte der Stadt Greven gewesen, dessen erster Teil zum Thema „Nationalsozialismus – Krieg – Nachkriegszeit“ erscheinen solle. Zu einer Veröffentlichung sei es aufgrund verschiedener Probleme jedoch noch nicht gekommen. Darüber hinaus wurden Vorschläge für eine Umsetzung des Antrags gemacht. Für die Quellsichtung und Materialsammlung sollte eine „geeignete ABM-Kraft für die Dauer eines Jahres gewonnen werden.“⁷² Als Qualifikation wurde ein abgeschlossenes Geschichtsstudium vorgeschlagen. Als Ergebnis der Arbeit sollte eine schriftliche Veröffentlichung stehen, deren Form allerdings abhängig von dem zu erforschenden Material sei. Der Historiker sollte sich für die Recherche an „Einzelpersonen

schwerpunkte einer Ausstellung“.

⁶⁷ Vgl. Stadt Greven, Drucksache Nr. 860015 (StaG ZWA 20319).

⁶⁸ Die Senioren-Union ist eine Vereinigung der CDU.

⁶⁹ Vgl. Stadt Greven, Drucksache 860015 (StaG

ZWA 20319).

⁷⁰ Vgl. Prinz, Greven an der Ems, Bd. 2.

⁷¹ Stadt Greven, Drucksache 860015 (StaG ZWA 20319).

⁷² Ebd. (ABM: Arbeitsbeschaffungsmaßnahme).

wie an Vereine, Verbände, Kirchen oder dergleichen⁷³ wenden, ein Arbeitskreis, wie von den Grünen vorgeschlagen, würde jedoch nicht eingerichtet werden. Zu dem Antrag der Grünen wurde folgender Beschlussvorschlag vorgeschlagen:

„Die Verwaltung wird beauftragt, beim Arbeitsamt eine ABM-Maßnahme für die Zeitdauer eines Jahres zur historischen Aufarbeitung der nationalsozialistischen Zeit in Greven zu beantragen. Für diese Aufgabe sollte eine geeignete Persönlichkeit gefunden werden. Diese Kraft soll eine Dokumentation über die nationalsozialistische Zeit in Greven erstellen und eine Ausstellung unter dem Thema ‚Nationalsozialismus in Greven‘ vorbereiten. Für die fachwissenschaftliche Betreuung soll eine geeignete Persönlichkeit gefunden werden.“⁷⁴

Bei der Besprechung im Hauptausschuss am 22. Januar 1986 wurde der Antrag von Vertretern aller Fraktionen begrüßt.⁷⁵ Eine persönliche Gegenrede kam von Helmut Becker-Wildenroth (CDU), der das Thema Nationalsozialismus als ausreichend behandelt betrachtete und die Befürchtung hatte, dass ein Tribunal errichtet werden solle: „Die Dokumente aus der Zeit des Nationalsozialismus solle man in den Familien belassen“ und eine Untersuchung wissenschaftlichen Institutionen überlassen. Kurt Reidegeld (CDU) fügte hinzu, dass eine Beschäftigung mit dem Thema sehr behutsam erfolgen müsse. Lebende Betroffene oder Nachfahren dürften nicht in Misskredit gezogen werden. Über die erneute Anregung Hoppes zur Bildung eines Arbeitskreises wurde ablehnend beschieden, da die Frage der Verantwortlichkeit für die Dokumentation auf diese Weise nicht geklärt sei. Der Beschlussvorlage der Verwaltung wurde am Ende des Tagesordnungspunktes ohne inhaltliche Änderung bei zwölf Fürstimmen, der Gegenstimme Becker-Wildenroths und keiner Enthaltung zugestimmt.

In der Berichterstattung der Lokalzeitungen erklärten die jeweiligen Fraktionen noch einmal ihre Positionen.⁷⁶ Während die SPD und die FDP ihre generelle Zustimmung betonten, wies die CDU-Fraktion erneut darauf hin, dass trotz erheblicher Bedenken die Mehrheit der Fraktion den Antrag unterstütze, sofern eine Aufarbeitung behutsam passiere und Personen nicht diskreditiert würden. Auch Becker-Wildenroth wiederholte seinen schon im Hauptausschuss vertretenen Standpunkt und fügte hinzu: „Das ist nicht Porzellan, das zerschlagen wird, das sind Gewissen und Menschen.“⁷⁷ Die Grünen äußerten sich grundsätzlich positiv über den Beschluss der Verwaltungsvorlage, zeigten sich aber enttäuscht, dass die Bildung eines Arbeitskreises für

nicht notwendig erachtet worden war, da nach ihrer Auffassung „eine wirkliche Beschäftigung mit der Geschichte nicht nur darin bestehen kann, daß fertige Untersuchungen von Fachleuten erstellt und dem staunenden Publikum zum Konsum vorgesetzt werden.“⁷⁸ Sie strebten daher einen Arbeitskreis auf privater Basis an.

Die erste Phase der Auseinandersetzung

In der Folge erschienen in dieser ersten Phase der Auseinandersetzung neun den Beschluss betreffende Leserbriefe, wobei sich fünf davon gegen eine Dokumentation und Ausstellung über den Nationalsozialismus in Greven aussprachen und vier dafür. Die auf der inhaltlichen Ebene vorgebrachten Begründungen gegen die vom Hauptausschuss vorgesehene Aufarbeitung sind vielfältig, lassen sich allerdings in fünf hauptsächliche Argumentationslinien gliedern:

- (1) In Greven war der Nationalsozialismus kaum verankert und spielte keine entscheidende Rolle im alltäglichen Leben;
- (2) die Dokumentation dient der pauschalen Anklage der älteren Generation;
- (3) eine Aufarbeitung gehört in den privaten Bereich der Familie;
- (4) die eigene Opferrolle im Nationalsozialismus und in der Folgezeit überwiegt;
- (5) eine Aufarbeitung hat schon stattgefunden.

Die Befürworter einer Dokumentation gingen in ihren Leserbriefen zum größten Teil auf diese fünf Argumentationslinien ein und versuchten mit Gegenargumenten diese zu entkräften und die Wichtigkeit einer solchen Aufarbeitung zu betonen.

Das erste Hauptargument, dass der Nationalsozialismus in Greven nur marginal aufgetreten sei, findet man in allen Leserbriefen, die sich gegen die geplante Aufarbeitung wenden. Es wurde vermutet, dass die Grünen aus politischen Gründen „den faschistischen Kaffeesatz einmal mehr aufzubrühen“⁷⁹ versuchten, obwohl Greven „für den Nationalsozialismus [...] ohne die allergeringste Bedeutung war.“ Vielmehr habe es nur „wenige Übergriffe aus den Reihen der ‚Nazi-Oberen‘ gegeben, im Gegensatz zu vielen anderen Orten in Deutschland.“⁸⁰ Dort könne man auch die „besseren Dokumentationen“⁸¹ erstellen. Wenn überhaupt, so die Argumentation, habe es in Greven „nur Mitläufer des damaligen Regimes“⁸² gegeben, die als „unbedeutende Parteimitglieder [...] durch die Entnazifizierung durch die Alliierten als Unbedenklichkeitserklärung den sogenannten ‚Persilschein‘ erhalten haben.“⁸³ Diese

73 Ebd.

74 Ebd.

75 Vgl. Stadt Greven, Protokoll der Hauptausschusssitzung vom 22.1.1986 (StaG C 13810).

76 Vgl. Westfälische Nachrichten, 24.1.1986: „Aus Fehlern der Vorfahren lernen“.

77 Ebd.

78 Wolfgang Hoppe, Nationalsozialismus in Greven, in: Grünes Greven, Ausgabe Februar 1986.

79 Bernd M. Mader, Antrag zurückweisen und Mitarbeit verweigern... (Leserbrief), in: Westfälische Nach-

richten, 28.1.1986.

80 Josef Krehe, Weitere Desavouierung der älteren Generation (Leserbrief), in: Westfälische Nachrichten, 27.1.1986.

81 Erich Wolbert, Gericht halten kann nur, wer es selbst erlebte (Leserbrief), in: Westfälische Nachrichten, 30.1.1986.

82 Leo Gallien, Kein Verständnis für den Antrag der Grünen (Leserbrief), in: Westfälische Nachrichten, 30.1.1986.

83 Bernd M. Mader, Antrag zurückweisen und Mit-

seien nun als „ehrenwerte Bürger in Greven bekannt.“⁸⁴ Die Nichtexistenz von „echten Nazis“ wurde mit der Mentalität der Menschen in Greven begründet: „In der damaligen Gemeinde Greven lebten solide Menschen nach ihrer echt westfälischen Art“,⁸⁵ die „in christlicher Verantwortung das Mögliche getan“ hätten.

Dieser Argumentation wurde entgegnet, falls sich durch die geplante Untersuchung bewahrheiten sollte, dass der „Nationalsozialismus in Greven tatsächlich derart verpönt war“,⁸⁶ dies nur der Stadt „zur Ehre“ gereichen könne. Wenn aber schon vorher behauptet würde, dass der Nationalsozialismus in Greven keine Bedeutung hatte, würde versucht werden, die Ergebnisse der Untersuchung vorwegzunehmen. Dass dem aber nicht so gewesen sei, ließe sich aus Gesprächen mit Familienmitgliedern und älteren Grevenern schließen.⁸⁷

Der Reflex einer Stadt, die eigene Rolle im Nationalsozialismus herunterzuspielen, wurde bereits dargestellt. Dieser Abwehrmechanismus schien auch in Greven eine Rolle gespielt zu haben, da zu dieser Zeit eine Diskrepanz zwischen dem offiziellen Wissen und dem individuellen Wissen, welches durch den kollektiven Schweigeprozess unter Verschluss bleibt, aus heutiger Sicht deutlich hervortrat.⁸⁸ Die „Mitläufer“ wurden durch die Alliierten entnazifiziert und dies war, so Norbert Frei, für die soziale Integration in der Anfangszeit der Bundesrepublik unvermeidlich.⁸⁹ Diese Form der „Entschuldung“ für etwaiges Fehlverhalten wurde als eine Art „Reinwaschen“ gesehen, das dem Ruf nach einem Schlussstrich Auftrieb gab. Für die Marginalisierung des Nationalsozialismus wird in den Leserbriefen auch auf einen anderen weltanschaulichen Orientierungspunkt verwiesen, der mit dem Nationalsozialismus in Widerspruch steht und als Quelle von „Sinnkonstruktionen, Zukunftsentwürfe[n] und Werte[n]“⁹⁰ dient. Für den westfälischen Raum spielte als „Ge-

genwelt“ „ein schlagkräftiger politischer Katholizismus“⁹¹ eine gewichtige Rolle, der sich, neben der religiösen Prägung der Werte und Normen, auf seine Rolle als Widerstandsträger im Nationalsozialismus berief. Genährt wurde dies vor allem durch das Wirken des ehemaligen Bischofs von Münster, Clemens August Graf von Galen, der sich mit seinem öffentlichen Auftreten und seinen Predigten gegen bestimmte Aspekte des Nationalsozialismus wandte.⁹² Erscheinungsformen dieses identitätsstiftenden Angebots sind auch in Greven sichtbar.⁹³ Das Bild von einer Abwesenheit der NS-Verbrechen im eigenen lokalen Raum wird auch durch die monoperspektivische Darstellung der NS-Zeit in der schon zitierten Stadtgeschichte von Joseph Prinz bestätigt. Dieses 1950 und 1976/1977 in erweiterter Neuauflage zweibändig erschienene Werk wurde dem aus Emden stammenden Historiker bereits in den 1930er Jahren in Auftrag gegeben und widmet der Zeit des Nationalsozialismus sechsundzwanzig Seiten, auf denen betont wird, dass 1933 der „weitaus größere Teil der Bevölkerung [...] voller Sorge und Argwohn der braunen Zukunft“⁹⁴ entgegen blickte. Des Weiteren wird beschrieben, dass die NS-Strukturen und die nationalsozialistische Ideologie sich in der Bevölkerung nicht hätten verwurzeln können und es zwischen der Kirche und den NS-Organisationen zu einem „Kirchenkampf“⁹⁵ gekommen sei. Das Kapitel „Das Tausendjährige Reich“ erstreckt sich über das Kriegsende hinaus in die Zeit des DP-Lagers in Greven und schließt u.a. mit dem Hinweis auf das 1953 eingeweihte Kriegsofopferdenkmal im Nordviertel.

Die Befürchtung, die Aufarbeitung diene nur dem Zweck, die Kriegsgeneration anzuprangern, beschreibt die zweite große Argumentationslinie. Es wird ein Tribunal erwartet, das zum alleinigen Zweck eine „Desavouierung der älteren Generation“⁹⁶ habe und lediglich eine „weitere Diskriminie-

arbeit verweigern... (Leserbrief), in: Westfälische Nachrichten, 28.1.1986.

84 Leo Gallien, Kein Verständnis für den Antrag der Grünen (Leserbrief), in: Westfälische Nachrichten, 30.1.1986.

85 Josef Krehe, Weitere Desavouierung der älteren Generation (Leserbrief), in: Westfälische Nachrichten, 27.1.1986.

86 R. Thewes, Die junge Generation kann aus der Dokumentation großen Nutzen ziehen (Leserbrief), in: Westfälische Nachrichten, 29.1.1986.

87 Olaf Brasse, Der Verdrängungsprozeß hat gut funktioniert... (Leserbrief), in: Westfälische Nachrichten, 29.1.1986.

88 Durch die hier diskutierte wissenschaftliche Untersuchung wurde nachgewiesen, dass der Nationalsozialismus in Greven nicht so marginal war, wie er von den Gegnern der Untersuchung dargestellt wurde, vgl. Detlef Dreßler/Hans Galen/Christoph Spieker, Greven 1918-1950. Republik, NS-Diktatur und ihre Folgen, 2 Bde, 2. überarb. u. erw. Aufl. Greven 1994, besonders Bd. 2, 1939-1950, S. 189 (die 1. Aufl. erschien 1991, zitiert wird hier und im Folgenden aus der 2. Aufl.). Das Aufbrechen des offiziellen Schweigens erfolgte öffentlich zum ersten Mal durch einen Zeitungsartikel, vgl. Josef Hufelschulte, Nazis in Greven: Bürgerprotest gegen ‚delikate‘ Ausstel-

lung, in: Westfälische Rundschau, 26.2.1986.

89 Vgl. Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1999, S. 15f. Die These, dass die Mehrheit der Deutschen keine Kenntnis von den NS-Verbrechen hatte, ist heute nicht mehr haltbar, vgl. Peter Longerich, „Davon haben wir nichts gewusst!“ Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933-1945, München 2006.

90 Birgit Schwelling, Demokratisierung durch Aufarbeitung? Die Bundesrepublik und die nationalsozialistische Vergangenheit, in: Siegmund Schmidt u.a. (Hrsg.) Amnesie, Amnestie oder Aufarbeitung? Zum Umgang mit autoritären Vergangenheiten und Menschenrechtsverletzungen, Wiesbaden 2009, S. 37-52, hier S. 47.

91 Hans Galen, Einführung, in: Dreßler/Galen/Spieker, Greven 1918-1950, Bd. 1, S. 13-15, hier S. 14.

92 Hervorzuheben sind insbesondere seine Predigten gegen das Euthanasie-Programm der Nationalsozialisten 1941; zur Rolle von Galens im Nationalsozialismus vgl. Hubert Wolf (Hrsg.), Clemens August von Galen. Ein Kirchenfürst im Nationalsozialismus, Darmstadt 2007.

93 1953 wurde das weiter oben erwähnte Denkmal für die Kriegsofopfer eingeweiht.

94 Prinz, Greven an der Ems, Bd. 2, S. 249.

95 Ebd., S. 261.

96 Josef Krehe, Weitere Desavouierung der älteren

rung hinlänglich bekannten Pauschalverurteilungen⁹⁷ hinzufüge. Der hinzugezogene Historiker würde als „Großinquisitor“ auftreten und für Greven eine „Generalabrechnung“⁹⁸ vornehmen, die als Profilierung derer diene, die in einer „Wohlstandsgesellschaft“ aufgewachsen seien.⁹⁹ Diese richte sich aber nicht nur gegen „ein paar wenige Fanatiker“,¹⁰⁰ sondern auch gegen deren Nachkommen, die auf diese Art und Weise „eventuell auftretenden Peinlichkeiten“¹⁰¹ ausgesetzt wären. Schreiben und richten könne über diese Zeit allerdings nur, „wer sie selbst erlebt hat“ und den „nationalsozialistischen Drill ertragen“¹⁰² musste. So sei schon 1974 bei der Diskussion der Stadtgeschichte von Prinz im Hauptausschuss „zum Schutz [der] Bürger ein Weg gefunden [worden], der der politischen Situation einigermaßen gerecht“¹⁰³ geworden sei. Ein junger Wissenschaftler würde „die Vorgänge, die nur aus der damaligen Zeit heraus zu verstehen sind, kaum richtig interpretieren können.“¹⁰⁴

Dem Votum aller Fraktionen den Vorwurf der Pauschalverurteilung entgegenzustellen und somit „die guten Absichten der Ratsherrenmehrheit [...] in den Schmutz“¹⁰⁵ zu ziehen, wurde auf der Gegenseite als „beleidigend“ angesehen. Dass man sich gleich als „Angeklagter vor dem Richter“ sehe, sei der Beweis für ein „schlechtes Gewissen und die Erkenntnis der Mitverantwortung“¹⁰⁶ gewesen. Keiner der der Dokumentation zustimmenden Leserbriefschreiber sah den Vorwurf der Diskriminierung der älteren Generation als tragfähig, da eine wissenschaftliche Aufarbeitung versuchen müsse, die „damals handelnden Personen in ihren jeweiligen Entscheidungssituationen darzustellen, um erkennen zu lassen, wie stark die Zwänge waren.“¹⁰⁷ Auf diese Art und Weise würden die jeweiligen Handlungsspielräume deutlich, die für eine Beurteilung, ob man sich dem Zugriff des Staates hätte entziehen können, maßgeblich waren. Der Auffassung, dass man sich aus der Gegenwart kein Urteil erlauben dürfe, wenn man nicht selbst dabei gewesen sei,

wurde eine klare Absage erteilt, denn dies wäre das Aus für die Geschichtswissenschaft gewesen.¹⁰⁸ Dieses Argument deutet darauf hin, dass bei der Auseinandersetzung im Leserbriefteil der Lokalpresse verschiedene Generationen beteiligt waren, die sich in ihrem grundsätzlichen Ziel unterschieden und dies zu einer generationellen Polarisierung der Akteure führte. Hierauf soll im Folgenden näher eingegangen werden.

Die dritte Begründungsebene ist dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen geschuldet. Wie auch schon Becker-Wildenroth in der Hauptausschusssitzung forderte, sollten „Eltern [...] ihre Kinder gründlich über die wahren Vorgänge in der damaligen Zeit aufklären“,¹⁰⁹ wodurch die Aufarbeitung der Vergangenheit auf das private Umfeld der Familie verlagert würde. Vor dem Hintergrund der These von Matzerath¹¹⁰ – je kleiner der Rahmen, desto größer die Schwierigkeiten der konkreten Auseinandersetzung – ist diese Haltung eine nachvollziehbare Reaktion auf die sich abzeichnende Erforschung des Nationalsozialismus in Greven. Die Gefahr, dass „Mitbürger durchleuchtet und ausspioniert“¹¹¹ werden könnten, junge Grevener „plötzlich einen Vater oder Großvater [haben], der als böser Nazi erscheint“¹¹² oder „Peinlichkeiten“ ausgesetzt werden, sollte vermieden werden.

Eine Aufklärungsarbeit in der Familie wurde auch von der Gegenseite für grundsätzlich richtig erachtet. Diesem Ansatz wurde allerdings Widerspruch vorgeworfen, da anscheinend „nicht vor der eigenen Haustür gekehrt werden soll.“¹¹³ Nur durch eine nüchterne wissenschaftliche Untersuchung sei eine sorgfältige Aufarbeitung garantiert, von der die Jugend profitiere, da sie bei diesem lokalgeschichtlichen Ansatz Geschichtsbildung durch einen klaren Bezug zur eigenen Heimat erfahren und sich somit eine eigene „Meinung anhand von Ereignissen in der eigenen Stadt bilden“¹¹⁴ könne.

Generation (Leserbrief), in: Westfälische Nachrichten, 27.1.1986.

97 Ebd.

98 Bernd M. Mader, Antrag zurückweisen und Mitarbeit verweigern... (Leserbrief), in: Westfälische Nachrichten, 28.1.1986.

99 Josef Krehe, Weitere Desavouierung der älteren Generation (Leserbrief), in: Westfälische Nachrichten, 27.1.1986.

100 Leo Gallien, Kein Verständnis für den Antrag der Grünen (Leserbrief), in: Westfälische Nachrichten, 30.1.1986.

101 Ebd.

102 Erich Wolbert, Gericht halten kann nur, wer es selbst erlebte (Leserbrief), in: Westfälische Nachrichten, 30.1.1986.

103 Leo Gallien, Kein Verständnis für den Antrag der Grünen (Leserbrief), in: Westfälische Nachrichten, 30.1.1986.

104 Heiner Sprakel, Die Vereine wurden von den Nazis gleichgeschaltet (Leserbrief), in: Westfälische Nachrichten, 6.2.1986.

105 R. Thewes, Die junge Generation kann aus der Dokumentation großen Nutzen ziehen (Leserbrief), in: Westfälische Nachrichten, 29.1.1986.

106 Olaf Brasse, Der Verdrängungsprozeß hat gut funktioniert... (Leserbrief), in: Westfälische Nachrichten, 29.1.1986.

107 Theo Tillmann, Geschichte kann man nicht verdrängen, man muß sich ihr stellen (Leserbrief), in: Münstersche Zeitung, 30.1.1986.

108 Vgl. ebd.

109 Josef Krehe, Weitere Desavouierung der älteren Generation (Leserbrief), in: Westfälische Nachrichten, 27.1.1986.

110 Vgl. Matzerath, „Versteckte Vergangenheit“, S. 15f.

111 Bernd M. Mader, Antrag zurückweisen und Mitarbeit verweigern... (Leserbrief), in: Westfälische Nachrichten, 28.1.1986.

112 Heiner Sprakel, Die Vereine wurden von den Nazis gleichgeschaltet (Leserbrief), in: Westfälische Nachrichten, 6.2.1986.

113 Godehard Borgert, Persönliche Erfahrungen an Jüngere weitergeben (Leserbrief), in: Münstersche Zeitung, 30.1.1986.

114 R. Thewes, Die junge Generation kann aus der Dokumentation großen Nutzen ziehen (Leserbrief), in: Westfälische Nachrichten, 29.1.1986.

Auffällig ist, dass in den meisten Leserbriefen, in denen auf die persönliche Rolle im Nationalsozialismus hingewiesen wird, jegliches Sympathisieren mit diesem von sich gewiesen wird. So wird als viertes Argument eher die eigene Opferrolle in den Vordergrund gestellt, die sich zum einen auf Kriegsgefangenschaft bezieht¹¹⁵ und zum anderen als Folge der nationalsozialistischen Strukturen gesehen wird. Durch die Gleichschaltung und die damit verbundene Überführung des gesamten Grevener Vereinslebens in nationalsozialistische Organisationen hätten sich „verdiente und uneigennütige Vereinsfunktionäre [nach dem Krieg] plötzlich als ‚belastete‘ Nazis“ wiedergefunden und seien von der britischen Militärregierung „ohne jedes Gehalt vom Dienst suspendiert“¹¹⁶ worden. Da der Reitsportverein zu einer SS-Reiterstaffel umfunktioniert worden war, seien einige Funktionäre monatelang in einem Lager „sehr schlecht behandelt [worden] und halbverhungert und teilweise krank nach Hause“¹¹⁷ gekommen.

Der Behauptung der Zwangszugehörigkeit zur NSDAP und NS-Gruppierungen wurde entgegnet, dass darin „wohl eher ein Argument für Kollektivschuld, zumindest aber für kollektive Verantwortung zu sehen“¹¹⁸ sei. Eine solche Argumentation würde sich der These anschließen, dass Hitler der Alleinschuldige gewesen sei und die Deutschen von nichts gewusst hätten. Ein Leserbriefschreiber zitierte an dieser Stelle die Rede des Bundespräsidenten vom 8. Mai 1985, in der von Weizsäcker deutlich machte, dass nicht jeder eine persönliche Schuld trage, jedoch aber Verantwortung dafür, dass vor der Vergangenheit nicht die Augen verschlossen würden.¹¹⁹

Das fünfte Argument weist darauf hin, dass eine Aufarbeitung der Geschichte schon in ausreichender Form geschehen sei. Als Referenz wurde die Stadtgeschichte von Prinz herangezogen, auf die auch schon in der Verwaltungsvorlage Bezug genommen worden war. So seien bereits „bei der Erstellung des II. Bandes ‚Grevener an der Ems‘ von Joseph Prinz schon 1974 im Hauptausschuß leidenschaftlich kritische Diskussionen geführt [worden], die dazu beitrugen, daß die Seiten 249 bis 275 dieses Buches ‚Das Tausendjährige Reich‘ mit aufgenommen wurden.“¹²⁰ Trotz des Wissens um die Unvollständigkeit reiche dieser zweite Band völlig aus, „um die damalige politische Situation aufzuzeigen.“ Auf dieses Hauptargument wird von der Gegenseite nicht spe-

zifisch eingegangen. Auf die eher einseitige Darstellung des Nationalsozialismus und die Ausblendung der Täterrolle in der Darstellung durch Joseph Prinz wurde in diesem Kapitel bereits hingewiesen.

Es ist zu betonen, dass keiner der Leserbriefschreiber generell die NS-Verbrechen verharmloste oder verschwieg; sie wurden vielmehr aus Grevener heraus auf eine höhere Ebene verlagert.

Für die Betrachtung der Akteursebene ist von entscheidender Bedeutung, welche Personen ein Interesse an der Aufarbeitung hatten. Diese Frage ist plausibel, da Fragen an die Geschichte interessengeleitet sind. Interessen sind subjektiv, individuell oder kollektiv zuschreibbar. Ihr Gewicht richtet sich nach der Bedeutung, die ihnen im sich wandelnden Geflecht der politischen Interessenvielfalt zugemessen wird.¹²¹ Für Grevener lässt sich allerdings eher die Frage stellen, welche Personen kein Interesse an einer Aufarbeitung hatten.

Die Akteure in dieser ersten Phase der Auseinandersetzung lassen sich in zwei Lager einteilen: diejenigen, die der lokalen Auseinandersetzung mit der NS-Zeit zustimmten und diejenigen, die sie ablehnten. Eine feinere Differenzierung ist jedoch möglich: Zum einen handelt es sich hier um zwei unterschiedliche generationelle Gruppen, die im Folgenden als die ältere und jüngere Generation bezeichnet werden sollen. Die ältere Generation hat den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg mit seinen Folgen selbst erlebt und kann auf Primärerinnerungen zurückgreifen, während die jüngere Generation in der Bundesrepublik aufgewachsen ist und Sekundärerinnerungen beziehungsweise andere Medien zur Information¹²² nutzen muss. Diese Eigenschaften schreiben sich die Leserbriefverfasser entweder selbst zu – vor allem die der jüngeren Generation – oder sie machen ihre Generationszugehörigkeit indirekt kenntlich, zum Beispiel durch den Rückbezug auf ihre eigene Kriegserfahrung. In einigen Fällen wird die jeweils andere Generation auch direkt angesprochen¹²³ und die Zugehörigkeit zu dieser Gruppe als Disqualifikation gewertet¹²⁴. Die Polarisierung dieser Gruppen drückt sich besonders in dem Vorwurf aus, dass die Dokumentation eine „Generalabrechnung“ mit der älteren Generation Grevener werden solle.

Zum anderen finden sich besonders in den Wortmeldungen der älteren Generation viele Animositäten gegenüber den politisch links gerichteten

115 Vgl. Leo Gallien, Kein Verständnis für den Antrag der Grünen (Leserbrief), in: Westfälische Nachrichten, 30.1.1986; oder auch Josef Krehe, Weitere Desavouierung der älteren Generation (Leserbrief), in: Westfälische Nachrichten, 27.1.1986.

116 Heiner Sprakel, Die Vereine wurden von den Nazis gleichgeschaltet (Leserbrief), in: Westfälische Nachrichten, 6.2.1986.

117 Ebd.

118 Olaf Brasse, Der Verdrängungsprozeß hat gut funktioniert... (Leserbrief), in: Westfälische Nachrichten, 29.1.1986.

119 Vgl. ebd.

120 Leo Gallien, Kein Verständnis für den Antrag der Grünen (Leserbrief), in: Westfälische Nachrichten, 30.1.1986.

121 Vgl. Arnold Sywottek, Das wissenschaftliche „Stadtgedächtnis“. Forschungen über die Zeit nationalsozialistischer Herrschaft in Hamburg zwischen Tabus und Aufarbeitungserwartungen, in: Peter Reichel (Hrsg.), Das Gedächtnis der Stadt. Hamburg im Umgang mit seiner nationalsozialistischen Vergangenheit, Hamburg 1997, S. 218-235, hier S. 219.

122 Informationen können zum Beispiel aus Darstellungen in Buchform, Film und Fernsehen bezogen werden.

123 Josef Krehe, Weitere Desavouierung der älteren Generation (Leserbrief), in: Westfälische Nachrichten, 27.1.1986: „[...] in einer Wohlstandsgesellschaft aufgewachsen [...]“.

124 Ebd.: „[...] nichts von den Nöten und Leiden der Vorkriegsgeneration weiß [...]“.

Grünen und der SPD. Die Dokumentation entstamme „natürlich [...] der grün-rot-bunten Ecke“ und diese wolle „den faschistischen Kaffeesatz einmal mehr aufbrühen.“¹²⁵ Auch verstehe es eine „sterbende Partei“ wie die Grünen, den „Normalbürger in eine Ecke zu drängen, aus der es [...] kein Entkommen gibt.“ Darüber hinaus wird polemisch von einem potentiellen „Absolventen von den Universitäten Berlin, Bremen oder Marburg“ gesprochen, der sich zum „Großinquisitor“ aufschwinge. Gegen eine parteipolitische Polarisierung spricht allerdings, dass dem Antrag der Grünen bis auf eine Stimme die komplette CDU-Fraktion zugestimmt hat, auch wenn sie ihre Bedenken mehrfach geäußert hat. Dieses wird ebenfalls in den Leserbriefen thematisiert: Den Ratsherren wird von Vertretern der älteren Generation vorgeworfen, „wider besseren Wissens“¹²⁶ und aus mangelnder Courage mit „geballter Faust in der Hosentasche“¹²⁷ zugestimmt zu haben. Hinzu kommt, dass der Leserbriefschreiber Krehe zu dem Zeitpunkt Vorsitzender der Senioren-Union Grevener war und somit auch als Parteipolitiker wahrgenommen wurde. Dies sind jedoch nur einzelne Indizien, da über die parteipolitische Zuordnung der anderen Leserbriefschreiber nur gemutmaßt werden kann. Eine zunehmende Politisierung zeigt sich jedoch in der zweiten Phase, da dort die handelnden Protagonisten erstens ein politisches Amt bekleiden und diese Phase zweitens im Umfeld einer Parteiveranstaltung anzusiedeln ist.

Die zweite Phase der Auseinandersetzung

In der zweiten Phase der Auseinandersetzung Ende Februar 1986 wurden keine neuen Argumente in die Debatte eingebracht, vielmehr zeichnete sie sich durch eine Skandalisierung aus. Am Nachmittag des 19. Februar 1986 lud die Senioren-Union zu einer Veranstaltung in das Kolpinghaus in Grevener ein, bei der die vom Hauptausschuss am 22. Januar getroffene Entscheidung im Mittelpunkt stand, eine Dokumentation und Ausstellung zum Thema „Nationalsozialismus in Grevener“ zu erstellen. Dass diese Veranstaltung zu einem Eklat führte, der die Aufmerksamkeit der überregionalen Presse auf Grevener lenkte, ist die Folge eines Leserbriefs von Ernst Reiling, der ebenso wie die Artikel über die Veranstaltung zwei Tage später, am 21. Februar, in beiden Lokalzeitungen veröffentlicht wurde. In der Folge wurden weitere Leserbriefe veröffentlicht, die neben der Berichterstattung über das Treffen der Senioren-Union hier im Fokus stehen sollen. Die lokale Aus-

einandersetzung und die zum Teil überregionale Berichterstattung sind jedoch getrennt voneinander zu betrachten.

An dem Gedankenaustausch der Senioren-Union nahmen neben dem Vorsitzenden Krehe rund 40 Mitglieder und interessierte Bürgerinnen und Bürger teil, unter ihnen die Ratsmitglieder Reidegeld (CDU), Becker-Wildenroth (CDU), der als einziger Ratsherr gegen den Antrag gestimmt hatte, und Reiling (Grüne) sowie Pressevertreter der beiden Lokalzeitungen, die auch ausführlich über diese Veranstaltung berichteten.¹²⁸ Zunächst kam es zwischen den anwesenden Senioren zu einer Debatte über persönliche Erlebnisse aus der Zeit des Nationalsozialismus, die trotz der damit verbundenen „starken Intensität mit respektablem Bemühen um Sachlichkeit und Achtung auch vor der anderen Meinung geführt“¹²⁹ wurde. Im Folgenden wurde der Antrag der Grünen kontrovers diskutiert. Die Berichterstattung veranschaulichte noch einmal einige der Argumente, die schon in der ersten Phase der Auseinandersetzung deutlich geworden sind: Reidegeld verteidigte den Beschluss des Hauptausschusses, wobei er sich „weitgehend auf die Vorlage der Verwaltung zu diesem Punkt“¹³⁰ stützte. Krehe forderte, das vorgesehene Geld besser für die Jugend einzusetzen, da es schon Dokumentationen gegeben hätte, die ausreichend wären. Becker-Wildenroth unterstützte diese Meinung und fügte hinzu, dass es keine „Sippenhaft“¹³¹ geben dürfe, während einer der Anwesenden dafür plädierte, zu „[b]erichten ohne Gericht zu halten“ um nachfolgende Generationen zu informieren, zu warnen und mittels eigenen Wissens und persönlicher Erfahrung zu lehren.¹³² Als Konsequenz solle „durch Wissen und Bewusstheit einer Wiederholung ähnlicher Katastrophen“ entgegengewirkt werden. Reiling merkte an, dass dies der Sinn des Antrages der Grünen gewesen sei, nämlich auf der Basis einer Untersuchung einen Austausch zwischen den Generationen über die Zeit des Nationalsozialismus möglich zu machen. Die Mehrheit der Teilnehmer habe jedoch Bedenken gegen eine Dokumentation gehabt, weswegen Reidegeld das Thema noch einmal in der CDU-Fraktion zur Sprache bringen wolle.

In einem zwei Tage nach der Veranstaltung veröffentlichten Leserbrief resümierte Reiling die Veranstaltung der Senioren-Union und stellte seine und die von der Gegenseite vorgebrachten Argumente wiederum dar. Die Diskussionsbeiträge der älteren Teilnehmer hätten ihn in der Absicht bestärkt, dass solche Erfahrungen an jüngere Menschen weitergegeben werden müssten: „Wir wollen aus der Geschichte lernen.“¹³³ Als „bösaartig und skandalös“

125 Bernd M. Mader, Antrag zurückweisen und Mitarbeit verweigern... (Leserbrief), in: Westfälische Nachrichten, 28.1.1986.

126 Josef Krehe, Weitere Desavouierung der älteren Generation (Leserbrief), in: Westfälische Nachrichten, 27.1.1986.

127 Bernd M. Mader, Antrag zurückweisen und Mitarbeit verweigern... (Leserbrief), in: Westfälische Nachrichten, 28.1.1986.

128 Vgl. Münstersche Zeitung, 21.2.1986: „Das Schweigen ist der Wahrheit größter Feind“; Westfälische

Nachrichten, 21.2.1986: „Keine Nazi-Dokumentation“.

129 Münstersche Zeitung, 21.2.1986: „Das Schweigen ist der Wahrheit größter Feind“.

130 Westfälische Nachrichten, 21.2.1986: „Keine Nazi-Dokumentation“.

131 Ebd.

132 Münstersche Zeitung, 21.2.1986: „Das Schweigen ist der Wahrheit größter Feind“.

133 Ernst Reiling, Schlimmer als die Gaskammer? (Leserbrief), in: Münstersche Zeitung, 21.2.1986.

empfand er jedoch folgende Aussage von Krehe, die er in seinem Leserbrief zitierte: „In Rußland war es für Millionen Gefangener schlimmer, als die Gaskammer, die das Leiden schneller beendete!“

Die Auswirkungen der in dem Leserbrief publik gemachten Aussage von Krehe waren enorm: Noch am gleichen Tag trat dieser vom Amt des ersten Vorsitzenden der Senioren-Union zurück. Gegenüber den Westfälischen Nachrichten bestätigte er, folgende Aussage gemacht zu haben:

„Man sollte über das Geschehen jener Zeit das Leichtentuch decken, aber die Toten nicht vergessen; auch nicht die 35 000 Menschen, die bei Bombenangriffen in Dresden verbrannten, und nicht die über drei Millionen Kriegsgefangenen, die in Rußland einen qualvollen Tod erlitten. Da war das Sterben in den Gaskammern schneller.“¹³⁴

Auch erläuterte er den Grund für seinen Rücktritt:

„Diese Ausführungen nehme ich mit Bedauern zurück, da es nicht meine Absicht war, jemanden zu verletzen. Als Zeichen, daß es mir mit diesem Bedauern ernst ist, habe ich mein Amt als Vorsitzender der Senioren-Union niedergelegt.“¹³⁵

Die CDU-Ortsunion Greven veröffentlichte am selben Tag ebenfalls eine Stellungnahme zu dem Vorfall in der Münsterschen Zeitung:

„Die CDU-Senioren, eine eigenverantwortliche Gliederung des CDU-Ortsvereins Greven, haben am 19. Februar 1986 im Kolpinghaus in einer öffentlichen Veranstaltung intensiv über die Frage diskutiert, ob es notwendig sei, daß die Stadt Greven beabsichtige, eine Dokumentation über den Nationalsozialismus in Greven zu erstellen. Dabei ist, wie aus Pressemeldungen zu entnehmen ist, vom 1. Vorsitzenden u.a. ausgeführt worden: ‚In Rußland war es für Millionen Gefangener schlimmer als die Gaskammer, die das Leiden schneller beendete.‘ Der CDU-Ortsverein Greven bedauert diese Äußerung, die auf die unsäglichen Leiden in den Konzentrationslagern des Dritten Reiches hinweisen [sic] und distanziert sich von ihr.“¹³⁶

Der CDU-Vorstand ergänzte im Artikel derselben Ausgabe:

„Herr Josef Krehe, erster Vorsitzender der CDU-Senioren in Greven, nimmt seine Äußerung: ‚In Rußland war das Sterben für Millionen Gefangener schlimmer, als die Gaskammer, die das Leiden schneller beendete‘, mit Bedauern zurück. Er hat seinen Vorsitz der CDU-Senioren niedergelegt.“¹³⁷

Drei Tage später erschien ein sich darauf beziehender Leserbrief¹³⁸ der darauf verwies, dass die Resonanz auf die Veranstaltung in den beiden Lokal-

zeitungen zunächst „positiv“¹³⁹ gewesen und es allein durch den Leserbrief Reilings zu den Konsequenzen gekommen sei. Die Autorin macht darauf aufmerksam, dass Reiling „großzügig“ begrüßt und ihm die Gelegenheit gegeben worden sei, zur Position der Grünen Stellung zu nehmen. Reiling selbst habe in der Veranstaltung das „folgschwere Wort“ nicht kommentiert. Krehe sei für seinen Einsatz in der Gemeinde, in der CDU und für die Senioren-Union bekannt und man hätte zunächst die „Senioren-Gemeinschaft fragen müssen, ob ihr Vorsitzender sein Amt niederlegen darf“. Bedauerlich sei auch, dass aufgrund dieser Äußerung nun alle „Anstrengungen der Seniorengemeinschaft, ein neues Überdenken des Rates über die Dokumentation zu bewirken, [...] gescheitert sein sollen.“ Reiling antwortete am 25. Februar mit einem weiteren Leserbrief, in dem er den Vorwurf annahm, nicht sofort auf die Äußerung Krehes reagiert zu haben, die von jüdischen Mitbürgern sogar als „persönliche Bedrohung“¹⁴⁰ wahrgenommen worden sei. Gleichzeitig schildert er die Umstände, wie er in die Veranstaltung gelangt sei, anders als zuvor dargestellt:

„Die Veranstaltung der CDU-Senioren-Vereinigung war offenbar eine Inszenierung des Herrn Becker-Wildenroth und des Herrn Krehe, um den anwesenden Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Reidegeld, politisch unter Druck zu setzen. Aus durchsichtigen Gründen wollte mich daher Herr Becker-Wildenroth von dieser öffentlich angekündigten Versammlung ausschließen lassen. Nur wegen meiner Ankündigung, diesen Ausschluß publik zu machen, konnte ich bleiben.“¹⁴¹

Die Äußerungen Krehes wurden von weiteren Befürwortern der Dokumentation als Bestätigung dafür gesehen, dass „eine sorgfältige Dokumentation über den Nationalsozialismus notwendiger denn je“¹⁴² sei.

Auf der Akteursebene ist wiederum eine generationelle Polarisierung zu erkennen, die sich hier in mehreren Punkten ausdrückt. Den Rahmen der Diskussion bildete eine Veranstaltung der Senioren-Union, die sich selbst als „einen Querschnitt der älteren Grevener“¹⁴³ wahrnahm. Die große Mehrheit der anwesenden Senioren lehnte eine Dokumentation aus verschiedenen Gründen ab, war aber für Gespräche mit der jüngeren Generation im privaten Umfeld offen. Gleichzeitig forderten sie als Repräsentanten der älteren Generation die Vertreter der CDU im Rat auf, den Beschluss rückgängig zu machen.

134 Westfälische Nachrichten, 22.2.1986: „Josef Krehe ist zurückgetreten – CDU-Vorstand distanzierte sich“.

135 Ebd.

136 Münstersche Zeitung, 22.2.1986: „CDU bedauert Äußerung Krehes“.

137 Ebd.

138 Dieser Leserbrief war im Übrigen der einzige im Untersuchungszeitraum, der von einer Frau geschrieben wurde.

139 Eva Koch, Alle Anstrengungen nun durch ein

einziges, unbedachtes Wort gescheitert? (Leserbrief), in: Münstersche Zeitung, 25.2.1986.

140 Ernst Reiling, CDU-Ratsherr Becker-Wildenroth wollte mich von der Versammlung ausschließen (Leserbrief), in: Münstersche Zeitung, 28.2.1986.

141 Ebd.

142 Ulrich Reske, Notwendiger denn je, in: Münstersche Zeitung, 25.2.1986.

143 Eva Koch, Alle Anstrengungen nun durch ein einziges, unbedachtes Wort gescheitert? (Leserbrief), in: Münstersche Zeitung, 25.2.1986.

Mit der Skandalisierung der Auseinandersetzung scheint es auch eine Politisierung der öffentlichen Debatte in den Leserbriefen gegeben zu haben. Die handelnden Akteure waren Mitglieder der CDU auf der einen und Mitglieder der Grünen auf der anderen Seite. Die parteipolitische Polarisierung muss aber in den Zusammenhang der gesellschaftlichen Umstände der Zeit gesetzt werden. Die junge Partei der Grünen, hauptsächlich entstanden aus Ökologie- und Friedensbewegungen, löste vor allem in konservativen Milieus Ressentiments und Berührungsängste aus. Hinsichtlich der Aufarbeitung prägte in dieser Zeit Helmut Kohls Geschichtsverständnis die Union, in dem die Annahme der „Gnade der späten Geburt“ einer Schlussstrich-Mentalität Vorschub gewährte: Dieser Annahme folgend hätte die ältere Generation in Greven Angst um die Deutungshoheit der Geschichte des Nationalsozialismus gehabt, die bisher durch das Herausstellen der Opferrolle und Verschweigen der Täterperspektive gekennzeichnet war. Die oben ausgeführten Indizien deuten jedoch darauf hin, dass es sich im Falle Grevens mehr um einen generationellen Konflikt als einen politischen handelte.

Nachdem schon auf den Regionalseiten der Westfälischen Nachrichten¹⁴⁴ und Münsterschen Zeitung¹⁴⁵ über den Vorfall berichtet worden war, erschien am 26. Februar ein polemischer Artikel des aus Greven stammenden Journalisten Josef Hufelschulte in der Westfälischen Rundschau, in dem er den bisherigen „Leserbrief-Kampf“ zusammenfasste und für eine Dokumentation Stellung bezog.¹⁴⁶ Hufelschulte fügte der Diskussion allerdings einen neuen Aspekt hinzu, indem er von mehreren Fällen nationalsozialistischen Terrors in Greven berichtete, die sonst nur von älteren Grevenern „hinter vorgehaltener Hand erzählt“ würden. Individuelles Wissen, das bisher einem kollektiven Schweigen unterlag, wurde auf diese Art und Weise zum ersten Mal offiziell an die Oberfläche gebracht. Die überregionale Berichterstattung über diesen Eklat wurde auch in den Zusammenhang mit ähnlichen Vorfällen in anderen Städten gestellt,¹⁴⁷ woraus man schließen kann, dass es aufgrund des Medien-Echos eine besondere Sensibilisierung hinsichtlich des Umgangs mit dem Nationalsozialismus und seiner Dokumentation gegeben hat.

Dass es in der zweiten Phase der Auseinandersetzung nicht annähernd so viele Leserbriefe wie in der ersten Phase gegeben hat, mag zum einen damit zusammenhängen, dass es keinen Austausch neuer Argumente für und wider die Dokumentation gegeben hat. Zum anderen ist zu vermuten, dass durch die Aussage von Krehe und die Aufmerksamkeit, die dadurch auf die Debatte gelenkt wurde, keine „unbelastete“ Diskussion über das Thema mehr möglich war.

Folgen der Auseinandersetzung

Die offensichtlichste Folge der fast einjährigen lokalen Debatte über den Nationalsozialismus in Greven war auch der vorgeschobene Streitpunkt der Auseinandersetzung: die zweibändige Studie „Greven 1918-1950. Republik. NS-Diktatur und ihre Folgen“. Noch im Laufe des Jahres 1986 wurden die organisatorischen Voraussetzungen für die Erstellung auf den Weg gebracht und Hans Galen, damaliger Museumsdirektor des Stadtmuseums Münster, als wissenschaftlich verantwortlicher Berater und Herausgeber gewonnen.¹⁴⁸ Dieser war als ehemaliger CDU-Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Greven funktional in der Partei installiert, genoss somit das Vertrauen der Ratsmehrheit und dürfte auch vielen Grevenern bekannt gewesen sein. Die Historiker Detlef Dreßler und Christoph Spieker erstellten als Autoren in dreijähriger Arbeit das 890 Seiten umfassende und mit über 200 Fotos reich bebilderte Werk über den Nationalsozialismus in Greven, das den zeitlichen



Der aus Greven stammende Journalist Josef Hufelschulte berichtete in der Westfälischen Rundschau vom 26. Februar 1986 über die Debatte und machte darin einige Tabus öffentlich.

144 Vgl. Westfälische Nachrichten, 22.2.1986: „Amt niedergelegt“.

145 Vgl. Münstersche Zeitung, 22.2.1986: „Rußland und die Gaskammer“.

146 Vgl. Josef Hufelschulte, Nazis in Greven: Bürgerprotest gegen ‚delikate‘ Ausstellung, in: Westfälische Rundschau, 26.2.1986.

147 In Korschebroich hatte der Bürgermeister Graf von Spee (CDU) gesagt, um den Etat auszugleichen,

müsse man „schon einige reiche Juden erschlagen“ (Gunter Hofmann, Sehnsucht nach Normalität, in: DIE ZEIT, 28.2.1986). Der CDU-Vorsitzende von Werl, Ludwig Siegert, hatte diese Aussage mit dem „tatsächlichen relativen Reichtum der deutschen Juden“ (die tageszeitung, 27.2.1986: „Wie in Korschebroich“) zu relativieren versucht.

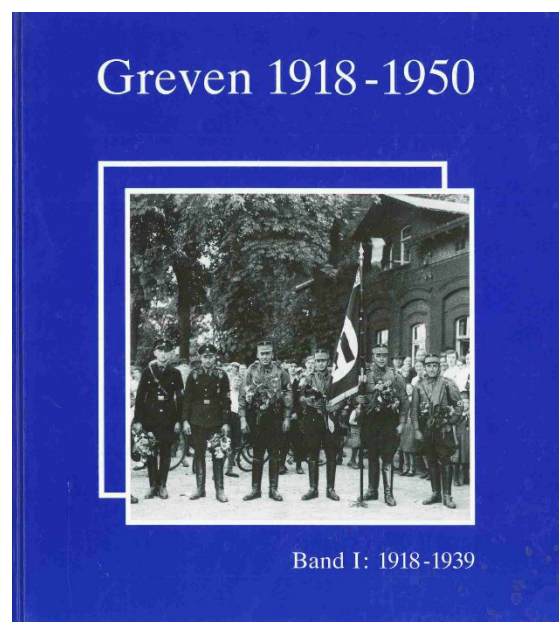
148 Vgl. Stadt Greven, Protokoll der Ratssitzung vom 13.11.1986 (StG C 13776).

Rahmen der Untersuchung jedoch erweiterte, um Ursachen und Folgen miteinzubeziehen.¹⁴⁹ Methodisch stützten sie sich nicht nur auf schriftliche Quellen, sondern leiteten auf wissenschaftlicher Ebene auch den Prozess ein, welcher in der vorhergehenden Debatte für den privaten Bereich gefordert worden war: Sie führten über 50 Gespräche mit Zeitzeugen,¹⁵⁰ die eine breite Palette an subjektiver Erinnerung darstellen und als Erweiterung des historischen Quellenmaterials von Bedeutung waren. Die aktive Teilnahme der älteren Generation an der Erstellung hatte den Effekt, dass den Historikern Vertrauen entgegengebracht wurde und man relativ offen über die persönlichen Erinnerungen an den Nationalsozialismus sprach.¹⁵¹ Dieses Vertrauen der Zeitzeugen wurde dahingehend bestätigt und bestärkt, dass, basierend auf den vom Rat getroffenen Vorgaben, eine Personalisierung vermieden worden ist. Die „Namen der aktiv und passiv Beteiligten, d.h. die der Täter, Mitläufer und auch der Opfer [sind] in der Regel anonymisiert“¹⁵² und durch Pseudonyme ersetzt worden. Ausgenommen wurden nur die Namen von schon bekannten Nationalsozialisten wie den des langjährigen Ortsgruppenleiters oder den des langjährigen Amtsbürgermeisters. Eine Liste zur Ermittlung der tatsächlichen Namen wurde als Verschluss-sache beim Stadtdirektor hinterlegt. Der Herausgeber begründete diese Maßnahme mit der „notwendigen Rücksicht auf die Nachkommen der damals Handelnden, die nicht verantwortlich sind für das, was seinerzeit die Väter taten“,¹⁵³ besonders nach den zahlreich geäußerten Bedenken vieler Bürger sowie Kommunalpolitiker.¹⁵⁴ Eine weitere Grundlage für das Weglassen der Klarnamen sah er darin, dass der Nationalsozialismus in die Reihe der „säkularisierten chiliastischen Bewegungen bzw. säkularisierten Heilslehren oder Ersatzreligionen“¹⁵⁵ einzuordnen sei. Durch den „Fehler der Personalisierung“¹⁵⁶ würden Sündenböcke gesucht werden. Entsprechend würde die übrige damalige Generation „entsühnt“ und die Einsicht darauf versperrt, dass „analoge politische Ersatzreligionen immer wieder auftauchen werden, wenn auch sicher in andersfarbigem Gewand.“¹⁵⁷ Dieser These folgend schlug der Herausgeber im Nachwort den Bogen vom Nationalsozialismus zum Kommunismus:

„Inzwischen, d.h. beginnend mit den Unruhen von 1968 in Frankreich, war etwas geschehen, was man bis dahin für unmöglich gehalten hatte. Viele, besonders junge Deutsche hatten sich wieder einer politischen

*Heilslehre zugewandt, diesmal der marxistischen Utopie. [...] Sie wollten politisch glauben, sahen in Marx ihren Propheten und z.B. in Rot-China das gelobte Land, in dem Mao-Tse-Tung als neuer Moses sein Volk führte. Die deutsche Politik wurde von den gläubigen Adepten mit der Meßlatte des Marxismus gemessen, und weil diese natürlich jenen Maßen nicht entsprach, beschimpft und bekämpft.“*¹⁵⁸

Diese „Relativierung und Aufrechnung“ wurde unter anderem in einer Rezension kritisiert,¹⁵⁹ da man sich so um die Einsichten bringe, die erst eine solche Arbeit möglich mache. Sie war auch der Grund für eine persönliche Stellungnahme des Co-Autors Christoph Spieker bei der Präsentation der zweiten Auflage im Sommer 1994: Eine Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Stalinismus mit den Utopien der 1968er Jahre sei wissenschaftlich nicht haltbar.¹⁶⁰ Galen erwiderte: „Die Folge des welthistorischen Umbruchs im Herbst 1989 hat den Blick für das geschärft, was vor 1933 geschehen ist. Darauf wollte ich aufmerksam machen.“¹⁶¹



Umschlagbild des ersten Bandes der ersten Auflage von 1991.

Das Auslassen der Klarnamen in der Studie ist geschichtswissenschaftlich fragwürdig und zu kritisieren, doch hatte dies den Vorteil, dass in Greven dadurch viele Menschen überhaupt erst zur Aufar-

¹⁴⁹ Vgl. Münstersche Zeitung, 8.1.1991: „Historiker forschten in Grevens Geschichte – 1918-50. Republik – NS-Zeit und ihre Folgen“.

¹⁵⁰ Vgl. Galen, Einführung, in: Dreßler/Galen/Spieker, Greven 1918-1950, Bd. 1, S. 13-15, hier S. 15.

¹⁵¹ Vgl. Münstersche Zeitung, 9.1.1991: „Nationalsozialismus: Grevener Zeitzeugen mahnen eindringlich“.

¹⁵² Galen, Einführung, in: Dreßler/Galen/Spieker, Greven 1918-1950, Bd. 1, S. 13-15, hier S. 15.

¹⁵³ Ebd.

¹⁵⁴ Vgl. Westfälische Nachrichten, 8.1.1991: „Zeitzeugen: Wissenschaftler nutzten schwindende Quelle“.

¹⁵⁵ Galen, Einführung, in: Dreßler/Galen/Spieker,

Greven 1918-1950, Bd. 1, S. 13-15, hier S. 13.

¹⁵⁶ Ebd.

¹⁵⁷ Ebd.

¹⁵⁸ Hans Galen, Schlußbetrachtung, in: Dreßler/Galen/Spieker, Greven 1918-1950, Bd. 2, S. 253-254, hier S. 254.

¹⁵⁹ Vgl. Roland Müller, Lokalgeschichte in Deutschland – eine Mühe, die sich lohnt?, in: Die Alte Stadt, 4 (1993), S. 385-394, hier S. 389.

¹⁶⁰ Vgl. Westfälische Nachrichten, 26.8.1994: „Kritik am Schlußwort“.

¹⁶¹ Ebd.

beitung beziehungsweise zur Mitarbeit an dieser bereit gewesen waren. Um soziale Strukturen nicht zu gefährden, ist ein sensibler Umgang mit Daten im lokalen Raum notwendig. Das Nachwort birgt jedoch tatsächlich Potential dafür, in alte Konfrontations-schemen zurückzufallen und somit der geleisteten Aufarbeitung abträglich zu sein.

Die erste Auflage von 2000 Exemplaren der Studie war innerhalb von nur sechs Wochen vergriffen und wurde „intensives Gesprächsthema in vielen Grevener Familien.“¹⁶² Auf dieser problemorientierten Grundlage wurde seitens des Stadtarchivs eine Reihe von Vorträgen und Schülerseminaren veranstaltet, die einen Austausch auf der Sachebene ermöglichten. Statt einer Skandalisierung wurde durch diese Form der Aufarbeitung eine breite Akzeptanz für die Forschungsergebnisse in der Bevölkerung geschaffen, die auch bei der Veröffentlichung der zweiten Auflage bestätigt wurde.¹⁶³

Der Aufarbeitungsprozesses zur Erstellung von „Greven 1918-1950“ lieferte auch einen Beitrag zur Neukonzeption des Stadtarchivs, die zeitgleich mit dem Beginn der Recherchen erstellt wurde. Nach den Arbeiten zur ersten Auflage, die 1991 erschien, wurde das Stadtarchiv 1989 personell aufgestockt und der Co-Autor Christoph Spieker weiterer festangestellter Stadtarchivar. Zuvor war diese Funktion allein durch die Verwaltungsbeamtin Angelika Haves mit halber Stelle ausgefüllt worden. Heute ist das Stadtarchiv ein eigenständiger Akteur der aktiven Erinnerungsarbeit in Greven.

Eine andere Form der Erinnerungskultur ist die Neubenennung von Straßen. Auf der Grundlage der lokalen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der sachbezogenen Aufarbeitung war es in Greven möglich, durch die Namensgebung einiger Straßen einen Bezug zur eigenen Vergangenheit herzustellen. Durch diese Art der Personalisierung wurden Namen in das Blickfeld gerückt, die bisher nicht Teil der Grevener Geschichtsschreibung waren. Beispiele hierfür sind die „Pauline-Bührove-Straße“ und die „Anna-Delcour-Straße“, benannt nach zwei Grevener Hebammen, die verfolgten Menschen jüdischen Glaubens aktiv geholfen haben.¹⁶⁴ Auf der Opferseite sind der „Walter-Weyl-Weg“, Namensgeber ist ein jüdischer Kaufmann, der in Greven verfolgt wurde,¹⁶⁵ oder der „Eli-Marcus-Weg“ im Grevener Ortsteil Reckenfeld, benannt nach einem münsterländischen Heimatdichter jüdischer Herkunft,¹⁶⁶ zu nennen.

Nach der Debatte 1985/1986 waren nicht alle Fragen zur „Vergangenheitsbewältigung“ geklärt und es gab noch weitere Auseinandersetzungen in der erinnerungskulturellen Landschaft Grevens, in denen es um den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit ging. Ein Beispiel ist das Kriegerdenkmal am Kirchberg der St.-Martinus-Kirche im Zentrum von Greven. In das aus den 1920er Jahren stammende Denkmal ist folgendes Zitat aus der Offenbarung des Johannes eingemeißelt: „Eine größere Liebe hat niemand als diese, daß er sein Leben für seine Freunde hingibt. Joh 15-13.“¹⁶⁷ Die Fraktion der Grünen stellte im Juni 1986 im Rat den Antrag, bei der bevorstehenden Restaurierung des Denkmals eine zusätzliche Tafel anzubringen, auf der auf die Ereignisse des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges hingewiesen und zum Frieden gemahnt werden solle.¹⁶⁸ Die CDU-Fraktion lehnte dies ab mit der Begründung, dass die ursprüngliche Form des Denkmals erhalten bleiben solle, da es den Geist der damaligen Zeit dokumentiere. Auch in dieser Frage kam es zu einem regen Meinungsaustausch. Doch anders als bei der Diskussion über die Erforschung der NS-Zeit kam es im Hauptausschuss Anfang Oktober 1986 zu keinem Beschluss¹⁶⁹ und in der eine Woche später stattfindenden Ratssitzung wurde der Antrag der Grünen schließlich abgelehnt.¹⁷⁰ Das Thema wurde vier Jahre später durch einen Bürgerantrag der Grevener Antifa erneut aufgegriffen, der eine Tafel mit der Aufschrift „Nie wieder Krieg – 8. Mai 1990 Rat der Stadt Greven“ vorsah. Die Mehrheit der Mitglieder des Hauptausschusses entschied sich wiederum gegen die Anbringung einer Tafel, nur der Vertreter der Grünen stimmte dafür.¹⁷¹ Ein weiteres Mal kam es 2008 zur Diskussion über eine Gedenktafel am Kriegerdenkmal. Im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt wurde beschlossen, eine reine Informationstafel ohne normativen Inhalt mit folgendem Wortlaut anzubringen: „Ehrenmal zum Gedenken der Toten und Gefallenen des I. Weltkriegs 1914-1918. Gestiftet von Bürgern der Stadt Greven. Errichtet nach den Entwürfen des Düsseldorfer Bildhauers Alfred Pehle, eingeweiht am 23. Juni 1922.“¹⁷² Die Tafeln des Kriegerdenkmals von 1953 wurden bei einer Renovierung 1991 unverändert gelassen.¹⁷³

Ob die intensive Auseinandersetzung über die Dokumentation eine generelle Veränderung des Umgangs mit dem Nationalsozialismus in der Bevölkerung ausgelöst hat, lässt sich nur schwer mit schrift-

162 Westfälische Nachrichten, 26.8.1994: „Fallbeispiel für das Münsterland“.

163 Vgl. Münstersche Zeitung, 26.8.1994: „Die überarbeitete Ausgabe von „Greven 1918-1950“ liegt vor“.

164 Vgl. Christoph Spieker, Antisemitismus, in: Dreßler/Galen/Spieker, Greven 1918-1950, Bd. 1, S. 400-418.

165 Vgl. ebd.

166 Vgl. Martin Schneider (Hrsg.), Ich weet en Land. Ein jüdischer Mundartdichter Westfalens: ausgewählte Texte und ein Lebensbild, Münster 2003.

167 Vgl. Hans-Dieter Bez, Wenn Totengedenken politisch wird, in: Westfälische Nachrichten, 8.11.2008.

168 Vgl. Münstersche Zeitung, 21.6.1986: „CDU-

Fraktion ist gegen die Anbringung einer Zusatz-Tafel“.

169 Vgl. Stadt Greven, Protokoll der Hauptausschusssitzung vom 8.10.1986 (StaG C 13810).

170 Vgl. Stadt Greven, Protokoll der Ratssitzung vom 15.10.1986 (StaG C 13776).

171 Vgl. Münstersche Zeitung, 16.3.1990: „Zusatztafel wurde erneut abgelehnt“.

172 Stadt Greven, Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 4.12.2008 (im Internet: Ratsinformationssystem der Stadt Greven, <https://ris.stadt-greven.de/startseite> (aufgerufen am 20.8.2015)).

173 Vgl. Münstersche Zeitung, 7.5.1991: „Ehrenmal Zeichen von Bürger- und echtem Nachbarschaftsgeist“.

lichen Quellen belegen. Einige Fundstücke lassen jedoch darauf schließen, dass neue Wege beschritten wurden, die jedoch nicht ausschließlich auf die Debatte von 1985/1986 zurückgeführt werden können. Vielmehr sind hierfür mehrere Ursachen zu nennen, wie etwa die demographische Entwicklung, der Wandel der „Vergangenheitsbewältigung“ und die bundesweit zunehmende Bereitschaft zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus.

Gleichwohl lassen sich Anhaltspunkte für einen Bewusstseinswandel in Greven finden: Im August 1987 stattete eine aus Lettland stammende ehemalige Bewohnerin des DP-Lagers zusammen mit ihrer dort geborenen Tochter Greven einen Besuch ab. Der Bürgermeister empfing nicht nur die Besucherinnen, sondern stellte der Tochter nachträglich noch eine Geburtsurkunde aus. Die mittlerweile 71jährige Lettin äußerte sich auch zu der Zwangsäumung des Nordviertels: „Ich weiß, daß dies auch für die Menschen, die ihre Häuser räumen mussten, eine schwere Zeit war.“¹⁷⁴ Dieses Ereignis zeigt, dass auf der Seite der Displaced Persons, aber auch auf der Seite der Grevener Bevölkerung, ein Umdenken und eine Annäherung eingesetzt hatten. Das monoperspektivische Bild über das DP-Lager, das noch bis in die 1980er Jahre in zahlreichen Artikeln gezeichnet wurde, war aufgebrochen. Auch wurde die Nachkriegszeit in der Dokumentation – die besser als Studie charakterisiert ist – über den Nationalsozialismus in Greven aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet.¹⁷⁵ Ein Beispiel für diese Entwicklung ist der Umgang mit der Ausstellung „Zwangsarbeit in Münster und Umgebung 1939-1945“, die 2004 auch in Greven gezeigt wurde. Zusätzlich zur regulären Ausstellung gab es zwei Zusatztafeln zum DP-Lager in Greven, zu denen es keine so emotionsgeladene und kontroverse Debatte in den Lokalzeitungen wie noch knapp zwanzig Jahre zuvor gab.¹⁷⁶

Was bleibt?

„Niemand ist ein Nazi. Niemand ist je einer gewesen. Es hat vielleicht ein paar Nazis im nächsten Dorf gegeben, und es stimmt schon, diese Stadt da, zwanzig Kilometer entfernt, war eine regelrechte Brutstätte des Nationalsozialismus. Um die Wahrheit zu sagen, ganz im Vertrauen, es hat hier eine Menge Kommunisten gegeben. Wir waren schon immer als Rote verschrien. Oh, die Juden? Tja, es gab eigentlich in dieser Gegend nicht viele Juden. [...] Wir haben nichts gegen Juden; wir sind immer gut mit ihnen ausgekommen. [...] Die Nazis sind Schweinehunde. [...] Nein, ich war nie in der Wehrmacht. Ich habe auf dem Land gearbeitet. Ich habe in einer Fabrik gearbeitet. Der Junge war auch nicht in der Wehrmacht; er war krank. Wir haben von dieser

Regierung die Nase voll gehabt. Ach, wie wir gelitten haben. Die Bomben. Wir haben wochenlang im Keller gelebt. [...] Wir haben nichts Unrechtes getan; wir sind keine Nazis. Man müßte es vertonen. Dann könnten die Deutschen diesen Refrain singen, und er wäre noch besser. Sie reden alle so. Man fragt sich, wie die verabscheute Naziregierung, der niemand Gefolgschaft leistete, es fertigbrachte, diesen Krieg fünfeinhalb Jahre lang durchzuhalten. Nach allem, was sie so von sich geben, hieß kein Mann, keine Frau und kein Kind in Deutschland den Krieg auch nur einen Augenblick gut. [...] Ein ganzes Volk, das sich vor der Verantwortung drückt, ist kein erbaulicher Anblick.“¹⁷⁷

Diese erbitterten und fassungslosen Beobachtungen, die die Amerikanerin Martha Gellhorn schon im April 1945 in ihrem Tagebuch notierte, beschreiben literarisch die Art und Weise, wie in den Nachkriegsjahren und den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik versucht wurde, die eigene Vergangenheit beiseite zu schieben und eine Konfrontation zu vermeiden. Stattdessen wurde die eigene Opferrolle in das Blickfeld der Retrospektive gerückt. Erst Ende der 1960er Jahre brach das Schweigen allmählich auf und im Laufe der weiteren Jahrzehnte kam es auf verschiedenen Ebenen zu einer Reihe von vergangenheitspolitischen Aufarbeitungsprozessen von unterschiedlichen Akteuren. Ein Bereich scheint davon anfänglich jedoch ausgenommen gewesen zu sein: die lokale Ebene. Dieser Bereich diente nach dem Zweiten Weltkrieg als Rückzugsgebiet, in dem es keine Konkretisierung der NS-Verbrechen gab. Diese wurden auf eine generelle Ebene transferiert und somit von der eigenen Heimat abgesondert. Ein Stück „Normalität“ sollte hergestellt werden. Dem Hoheitsgebiet lokaler Gedächtnisgemeinschaften dienten die eigenen Leiden des Krieges als Grundlage für die Geschichte der eigenen Opferrolle, der Aufarbeitung der Vergangenheit wurde sich lange Zeit verweigert. Erst mit einer großen zeitlichen Verzögerung erreichte die „Vergangenheitsbewältigung“ auch die Provinz.

In Greven ist die „Vergangenheitsbewältigung“ Mitte der 1980er Jahre angekommen. Durch die Gedenkfeiern zum 40. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 1985 zeigte sich, dass der bisherige Zugriff auf die eigene Geschichte im Nationalsozialismus in einem Spannungsverhältnis zu dem Wunsch stand, die Zeit neu zu untersuchen und zu bewerten. In diesem Konfliktfeld trafen zwei generationelle Gruppen aufeinander, die um die Deutungshoheit in der Interpretation von Geschichte stritten.

Die ältere Generation war des Themas überdrüssig und sprach sich dafür aus, einen „Schluss-

174 Vgl. Westfälische Nachrichten, 7.8.1987: „Nach 40 Jahren ein Wiedersehen in Greven“.

175 Vgl. Christoph Spieker, Displaced Persons – Menschen aus aller Welt, in: Dreßler/Galen/Spieker, Greven 1918-1950, Bd. 2, S. 212-252.

176 Dies ging aus einem Gespräch mit einem der

Ausstellungsmacher und heutigem Stadtarchivar in Greven, Dr. Stefan Schröder, hervor.

177 Martha Gellhorn, Rheinland, April 1945, in: Hans Magnus Enzensberger, Europa in Ruinen. Augenzeugenberichte aus den Jahren 1944-1948, Frankfurt/Main 1990, S. 87-97, hier S. 87f.

strich“ zu ziehen. Dieses „Plädoyer für die Privatisierung der Erinnerung“,¹⁷⁸ in dem die Emotionen vieler Bürger öffentlich artikuliert wurden, war die Abwehr von persönlichen Schuldzuweisungen in einem Raum, in dem die Opfer nicht sichtbar waren beziehungsweise ihre Geschichte umgedeutet wurde. Es war nicht die generelle Ablehnung der Thematisierung von NS-Verbrechen und Holocaust – vielmehr wurde darauf verwiesen, dass es aktuellere und dringendere Probleme gäbe, als dass man 40 Jahre nach Kriegsende die Geschichte noch einmal aufrollen müsse.¹⁷⁹ Weil man sich individuell frei fühlte von Problemen mit der Vergangenheit, sei man auch frei davon gewesen, an historischen Maßstäben gemessen zu werden. Nach dieser Logik sei es völlig legitim gewesen, einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen.¹⁸⁰ Flankiert wird diese Auffassung von dem Geschichtsverständnis Helmut Kohls, der mit der „Gnade der späten Geburt“ genau dieses Bild zeichnete. Die jüngere Generation forderte die ältere Generation zum Gespräch auf und wollte die Stadt mit ihrer eigenen Geschichte konfrontieren, um ihren Anspruch auf „Wahrheit“ geltend zu machen. Nur durch die Aufarbeitung könne man lernen und die Demokratie für die Zukunft stärken, so das Credo.

An den Folgen der geschichtspolitischen Debatte im konkreten Fall Greven ist ersichtlich, dass eine intensiv geführte Auseinandersetzung in einer Stadt nicht unbedingt dazu führt, dass der Umgang mit dem Nationalsozialismus „leicht“ oder „normal“ wird. Jedoch kann das Aufdecken und Erforschen der eigenen Geschichte und der eigenen Rolle helfen, offen mit diesem umzugehen und in einen Dialog zu kommen, der zu einer Perspektiverweiterung führt. Dadurch kann es zu einer Neubewertung der eigenen Rolle kommen, die sich realistischen Dimensionen annähert. In Greven wurde die monoperspektivische Darstellungsform des Nationalsozialismus und der Nachkriegszeit aufgebrochen. Ein Bewusstseinswandel konnte eingeleitet werden und es wurde dafür gesorgt, dass ein offenerer und differenzierterer Umgang mit dem Nationalsozialismus möglich wurde. Dieser Prozess musste allerdings angestoßen werden, so wie es die Debatte in Greven in den Jahren 1985/1986 getan hat. Eine Auseinandersetzung und Diskussion über die Vergangenheit und den „richtigen“ Umgang mit dieser gehören schon in den Bereich der Aufarbeitung hinein, deswegen umschreiben nicht nur die Folgen, sondern der gesamte Prozess die Aufarbeitung der lokalen NS-Geschichte in Greven.

Es wurde dargelegt, dass der räumlich begrenzte Zugriff auf die „Vergangenheitsbewältigung“ durchaus gerechtfertigt ist. Durch das Betrachten von Strukturen durch ein lokales Brennglas wird der Blick spezifisch auf die Details gelenkt, die bei einer allgemeinen Betrachtung nicht sichtbar werden würden. Das abstrakte Thema „Vergangenheitsbewältigung“ gewinnt so mehr Facetten, die sich in Relation setzen lassen zu anderen Regionen. An einem lokal verorteten Beispiel lässt sich zeigen, „dass der Nationalsozialismus ein konkretes Geschehen war, dass die Decke der Zivilisation sehr dünn ist und dass sich darunter Barbarei verbirgt. [...] Die Geschichtsarbeit zum Nationalsozialismus vor Ort wird auch in Zukunft wichtig bleiben, weil die ‚Volksgemeinschaft‘ das Gegenbild zu einer Menschen- und Bürgerrechte respektierenden Gesellschaft ist.“¹⁸¹ Somit betrifft eine Auseinandersetzung mit der lokalen NS-Vergangenheit die Menschen unmittelbar – kognitiv und affektiv.¹⁸²

Bei verschiedenen lokalen Räumen ist es von den spezifischen Voraussetzungen und Ausprägungen abhängig, ob und wie eine Aufarbeitung der Vergangenheit stattfindet. Große Unterschiede gibt es selbst dann, wenn die sozialen und politischen Strukturen sich gleichen: Während es in Greven eine große öffentliche Debatte mit einem handfesten Skandal gab, wurde zur gleichen Zeit im zehn Kilometer entfernten Saerbeck eine Ausstellung zur lokalen Geschichte des Nationalsozialismus gezeigt, ohne dass es zu einer vergleichbaren Auseinandersetzung kam.¹⁸³

Es kommt jedoch nicht nur auf das *ob*, sondern auch auf das *wie* der Aufarbeitung an. Die Qualität ist von entscheidender Bedeutung. Die Stadt Greven hat sich nach einer intensiven Debatte dafür entschieden, eine wissenschaftliche Aufarbeitung durchzuführen, die gleichzeitig versuchte, der hohen Emotionalität des Themas im Ort gerecht zu werden und deshalb anonymisiert wurde. Dies ist, wie bereits erwähnt, wissenschaftlich höchst fragwürdig, bot allerdings die Möglichkeit, Vertrauen in der Bevölkerung aufzubauen, um möglichst viele Gruppen und Einzelpersonen für die Teilnahme an dem Aufarbeitungsprozess zu gewinnen. Die synthetisierende Erinnerungspolitik, die auf übergeordneter Ebene von von Weizsäcker geprägt wurde, ist im Kleinen auch in Greven praktiziert worden.

Heute ist die multiperspektivische Darstellung des Nationalsozialismus in Stadtchroniken und Stadtgeschichten die Regel, doch vieles ist auf der lokalen Ebene unabgeschlossen und noch nicht aufgearbeitet. Nicht jede Gemeinde hat sich bisher dazu

178 Wolfgang Benz, Vorwort, in: ders. (Hrsg.), Wann ziehen wir endlich den Schlussstrich? Von der Notwendigkeit öffentlicher Erinnerung in Deutschland, Polen und Tschechien, Berlin 2004, S. 7-8, hier S. 7.

179 Dass diese ‚Schlussstrich-Mentalität‘ auch heute noch aktuell ist, zeigt die Walser-Bubis-Debatte von 1998, vgl. Frank Schirrmacher (Hrsg.), Die Walser-Bubis-Debatte. Eine Dokumentation, Frankfurt/Main 1999.

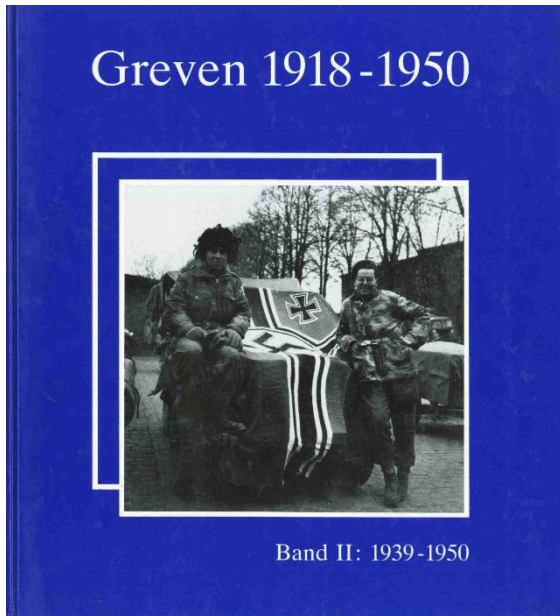
180 Vgl. Gunter Hofmann, Sehnsucht nach Normalität, in: DIE ZEIT, 28.2.1986.

181 Ingrid Schupetta, Geschichte der NS-Zeit vor Ort. Konferenz anlässlich des 100. Geburtstages von Aurel Billstein, in: Gedenkstättenrundbrief 106 (2002), S. 32-34, hier S. 34.

182 Vgl. Kukatzki, „Von vielen Gräueltaten...“, S. 56.

183 Vgl. Münstersche Zeitung, 11.5.1985: „Der 8. Mai war Tag der Befreiung – Ratsherren besuchten Schülerausstellung zum 40. Jahrestag des Kriegsendes“.

durchgerungen, diese wichtigen Prozesse der „Vergangenheitsbewältigung“ anzustoßen und zu verfolgen. Dabei ist heute durch andere gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen eine solche Problematisierung wie noch in den 1980er Jahren nicht mehr zu erwarten.



Umschlagbild des zweiten Bandes der ersten Auflage von 1991.

Kritisch ist zu bemerken, dass Leserbriefe nicht einen repräsentativen Querschnitt aller Bürgern darstellen, sondern meist nur von besonders aktiven und politisch interessierten Zeitungslern geschrieben werden. Dass es in den Lokalzeitungen Auseinandersetzungen um den „richtigen“ Umgang mit der Vergangenheit gegeben hat, ist noch lange kein Indiz dafür, dass auch eine Debatte in breiten Bevölkerungsteilen stattfand. Die Gespräche auf der „Straße“ lassen sich nicht retrospektiv einfangen und auswerten. Die Berichterstattung in der Zeitung repräsentiert also nicht grundsätzlich die öffentliche Meinung.

Ähnliches gilt für das Problemfeld der Politisierung der Debatte. Trotz einiger Anzeichen für parteipolitische Grabenkämpfe hinsichtlich der Beurteilung und des Umgangs mit der NS-Vergangenheit lässt sich auf der Basis von Zeitungsartikeln und Leserbriefen keine grundsätzliche parteipolitische Polarisierung festmachen, vielmehr bleiben viele Fragen unbeantwortet: Warum kam es erst nach dem Beschluss im Rat zu einer öffentlichen Auseinandersetzung? Wurde vorher nicht mit der Zustimmung des CDU-dominierten Hauptausschusses gerechnet? Wäre in der CDU noch einmal über den Antrag gesprochen worden, wenn es nicht zu der Aussage von Josef Krehe auf der Veranstaltung der Senioren-Union gekommen wäre? Hatte die überregionale Beachtung Einfluss auf den endgültigen Beschluss des Rates über die Dokumentation? Möchte man mit der

Untersuchung in diesen informellen Bereich vorstoßen, wäre das Instrumentarium der Zeitzeugenbefragung unumgänglich. Aufgrund der gegebenen Umstände ist ein solches umfangreiches Vorgehen im Rahmen der diesem Aufsatz zu Grunde liegenden Staatsarbeit nicht möglich gewesen, wäre jedoch im Rahmen weiterer wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit diesem Thema sicherlich gewinnbringend.

Kukatzki zieht in seiner Betrachtung der „Vergangenheitsbewältigung“ in Ortschroniken eine nüchterne Bilanz und stellt fest, dass, nachdem das Thema jahrzehntelang ausgeklammert wurde, auch heute die Darstellungen oft qualitativ bescheiden und von ihrer Wertung her fragwürdig sind.¹⁸⁴ Jede Zeit und jede Gesellschaft macht sich ihr eigenes Bild von der Vergangenheit. Die Deutung dieser spiegelt dabei oft das vorherrschende Meinungsklima wider. Greven hat in einer Zeit, in der viele vergleichbare Kommunen sich der Aufarbeitung der lokalen NS-Geschichte verweigerten, eine schwierige, aber wichtige Diskussion geführt, als deren Ergebnis die Zulassung einer gründlichen Aufarbeitung entstand, die einen Bewusstseinswandel der Bevölkerung im Umgang mit dem Thema zu Folge hatte. Dies ist eine zukunftsweisende Leistung, auf die man aufbauen kann und die zukünftigen Generationen ermöglicht, anhand des Postulats eine eigene Beurteilung der Vergangenheit vorzunehmen.

¹⁸⁴ Kukatzki, „Von vielen Gräueltaten...“, S. 64.

Die Stadtwerdung Grevens
Eine aktenkundliche Neubewertung
zum korrekten Datum und zur gültigen Urkunde
bei der Stadtrechtsverleihung

Von Stefan Schröder

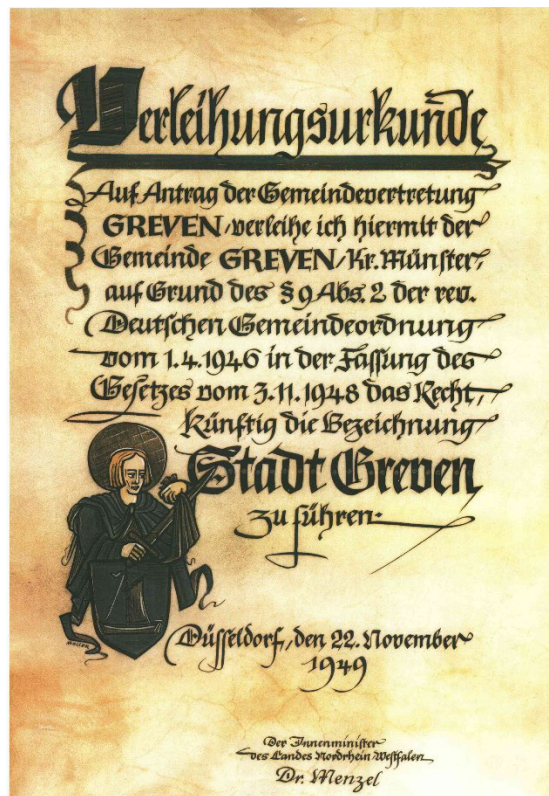
Zum korrekten Datum

Schriftdokumenten wird in der Regel eine hohe Beweiskraft zugesprochen. Das trifft auch auf die seit Jahrzehnten immer wieder abgedruckte sog. Grevenener „Stadtrechtsurkunde“ als einem Schlüsseldokument der Stadtgeschichte zu. Ihr Text lautet:

„Verleihungsurkunde
Auf Antrag der Gemeindevertretung
GREVEN / verleihe ich hiermit der
Gemeinde GREVEN/Kr.[eis] Münster,
auf Grund des § 9 Abs. 2 der rev.[idierten]
Deutschen Gemeindeordnung
vom 1.4.1946 in der Fassung des
Gesetzes vom 3.11.1948 das Recht,
künftig die Bezeichnung Stadt Greven
zu führen.
Düsseldorf, den 22. November
1949
Der Innenminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Dr. Menzel¹“

Es ist nicht verwunderlich, dass ohne Berücksichtigung des Kontextes 1949 als das Jahr der Stadtwerdung Grevens erscheint, wenn nur diese Urkunde zur Kenntnis genommen wird. So heißt es in der freien online-Enzyklopädie Wikipedia: „Am 22. November 1949 erhielt die Gemeinde Greven-Dorf das Stadtrecht.“² Ist das wirklich so? Dies gilt es zu prüfen, denn es widerspricht dem in Greven üblicherweise mit dem 22. Januar 1950 angesetzten Datum der Stadtwerdung, als in einer öffentlichen Feierstunde die Urkunde über die Verleihung des Stadtrechts an die Stadt Greven vom münsterischen Regierungspräsidenten Franz Hackethal (1891-1966) dem Grevenener Bürgermeister Anton Minnebusch (1894-1959) überreicht worden ist.³ Auch Prof. Dr. Joseph Prinz (1906-2000), Autor der Grevenener Stadtgeschichte und 1971 pensionierter Leiter des Staatsarchivs Münster, urteilte 1977 in der zweiten Auflage seines Standardwerks zur Ortsgeschichte, mit der Aushändigung der Urkunde am 22. Januar 1950 sei diese rechtskräftig geworden.⁴ Schon in den einschlägigen Akten der Grevenener Verwaltung wird

immer wieder die Wichtigkeit der Stadtwerdungsfeier und diese damit als das entscheidende Datum für die Gültigkeit der Stadtrechte betont.⁵ Und so wurde es seitdem auch in der Presse immer wieder, üblicherweise zu runden Jubiläen dieses Datums, in Zeitungsartikeln wiederholt.⁶



Die Verleihungsurkunde galt bislang als die Urkunde, mit der die Stadtrechte verliehen wurden (StaG, Urkundensammlung Nr. 1).

Dies und auch die von Joseph Prinz vertretene Ansicht, die Überreichung der Urkunde sei das Entscheidende, rührt vermutlich aus Vorstellungen des mittelalterlichen Urkundenwesens. Damals waren Urkunden teilweise nachträglich angefertigte Beweisurkunden vorheriger Rechtsgeschäfte, üblicherweise aber setzte die Urkunde selbst das in ihr beschriebene Recht und ihre Aushändigung an den Empfänger gehörte zwingend zur Rechtshandlung dazu.⁷ Vom beurkundeten mittelalterlichen Rechtsgeschäft zeugen häufig nur einzelne Dokumente: Die Ausfertigung der Urkunde selbst, ein Urkundenkonzept oder eine Urkundenabschrift.⁸ Ganz anders ist es bei neuzeitlichen Urkunden. Denn die Neuzeit gilt

1 Stadtarchiv Greven (StaG), Urkundensammlung Nr. 1, Lagerort: Tresor der Stadtkasse, gerollte Pergamenturkunde im Format 29,7 x 49,8 cm in farbiger Papphülle.

2 <https://de.wikipedia.org/wiki/Greven#Neuzeit>, Version: 22.8.2015, 01:54 Uhr (abgerufen am 25.8.2015). Dort wird Bezug genommen auf Stephanie Reekers, Die Gebietsentwicklung der Kreise und Gemeinden Westfalens 1817–1967, Münster 1977, S. 237.

3 StaG, B 3056 und B 3057 (Stadtrechte für die Gemeinde Greven-Dorf Bd. I und II).

4 Vgl. Joseph Prinz, Greven an der Ems, 2. überarb.

und erw. Aufl., Bd. 2, Greven 1977, S. 286.

5 StaG, B 3056 und B 3057.

6 Vgl. etwa Münstersche Zeitung (MZ) und Westfälische Nachrichten(WN)/Grevenener Anzeiger in den entsprechenden Januarausgaben der Jahre 1960, 1990 und 2000.

7 Vgl. Thomas Vogtherr, Urkundenlehre, Hannover 2008, S. 39 (mit Bezug auf Kaiser- bzw. Königsurkunden).

8 Vgl. Josef Hartmann, Urkunden, in: Friedrich Beck/Eckart Henning (Hrsg.), Die archivalischen Quellen. Eine Einführung in ihre Benutzung, Weimar 1994, S. 21-

als das Aktenzeitalter und – wie es der Archivar Heinrich Otto Meisner ausgedrückt hat – „der Weg zur Urkunde ist mit Aktenstücken gepflastert.“⁹ „Im Unterschied zu den meisten mittelalterlichen Urkunden sind bei neuzeitlichen Urkunden im Regelfall auch die vorbereitenden Schriftstücke erhalten [...]“¹⁰ Es gilt also, nicht nur die einzelne Urkunde, hier die Grevener Stadtrechtsurkunde, zu betrachten, sondern auch ihre Entstehung aus dem Aktenzusammenhang zu berücksichtigen. Dabei ist, anders als im Mittelalter, auch zu bemerken, dass für die Neuzeit außerdem gilt, dass der urkundliche Wille des Herrschers bekanntgemacht werden musste, um Gültigkeit zu erlangen.¹¹ Diese Funktion erfüllen heute, auch noch nach Abschaffung der monarchischen Staatsform, immer noch die Amtsblätter der verschiedenen Verwaltungsinstanzen. So meldete das Amtsblatt der Regierung in Münster in Stück 4 vom 28. Januar 1950: „Der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen hat mit Urkunde vom 22. November 1949 auf Antrag der Gemeindevertretung Greven der Gemeinde Greven, Kreis Münster, auf Grund des § 9 Abs. 2 der rev. Deutschen Gemeindeordnung vom 1.4.1946 in der Fassung des Gesetzes vom 3.11.1948 das Recht verliehen, künftig die Bezeichnung „Stadt Greven“ zu führen. Münster, den 25. Januar 1950. Kommunaldezernat K 31-06 Der Regierungspräsident.“¹²

Es besteht daher kein Zweifel, dass die Grevener Stadtrechtsverleihung ihre Gültigkeit aus dem offiziellen Verwaltungsgeschäftsgang zog, und damit in den Januar 1950 fällt, da erst dann, ob durch die öffentliche Aushändigung oder die Veröffentlichung im Amtsblatt, die Öffentlichkeit in erforderlichem Maß hergestellt war. Die Datierung auf der Verleihungsurkunde besagt allein jedenfalls nicht genügend aus, um daraus das Inkrafttreten abzuleiten. Der oben zitierte Eintrag aus der online-Enzyklopädie Wikipedia ist also eindeutig falsch!

Der Aktenzusammenhang

Um den Ablauf des Verwaltungsgangs vollständig zu überblicken, reicht es ebenfalls nicht, nur die im Stadtarchiv Greven vorhandenen Akten zur Stadtwertung heranzuziehen. Diesen ist nämlich zu entnehmen, dass der Antrag der Gemeinde Greven-Dorf auf Verleihung der Bezeichnung „Stadt“ vom 8. Oktober 1949 über die Kreisverwaltung Münster an den

Regierungspräsidenten Münster und von dort an das Innenministerium in Düsseldorf geleitet wurde.¹³ Somit müssten die Akten des Innenministeriums des Landes NRW Aufschluss über die Bearbeitung des Antrags und seinen positiven Bescheid geben. Das Landesarchiv NRW Abteilung Rheinland in Duisburg verwahrt die archivwürdigen Akten der Obersten Landesorgane NRW, darunter auch des Innenministeriums als Oberster Landesbehörde. Dessen Abteilung III war seit Gründung 1946 die Kommunalaufsicht.¹⁴ Im Archivbestand NW 329 findet sich in Akte Nr. 501 unter anderem der Vorgang zum Antrag der Gemeinde Greven an die Landesregierung auf Verleihung der Bezeichnung „Stadt“.¹⁵ Dieser Vorgang wird im Folgenden herangezogen. Im Gegensatz zu den Akten im Stadtarchiv Greven umfasst er nur wenige Blätter.¹⁶ Darin folgt auf den von Amtsbürgermeister und Bürgermeister der Gemeinde Greven, Anton Minnebusch, und Amtsdirektor Dr. Leo Drost (1896-1975) unterzeichneten sechsseitigen Antrag der Gemeinde Greven und (teilweise entnommenen) Anlagen¹⁷ eine den Antrag befürwortende Berichterstattung des Regierungspräsidenten Münster an den Innenminister des Landes NRW vom 20. Oktober 1949, ein Terminvorschlag (17. November 1949) des Regierungspräsidenten zur Besichtigung Grevens an den Innenminister vom 24. Oktober 1949, die Terminzusage durch Ministerialrat Dr. Mittelstaedt (Abteilung III A des Innenministeriums) am 11. November 1949 und der Entwurf für die Urkundenreinschrift, auf den im Folgenden näher eingegangen werden soll. Der Ablauf der Besichtigung Grevens am 17. November 1949 ist durch einen Aktenvermerk des Grevener Amtsdirektors Dr. Drost detailliert beschrieben, und findet sich so nur in den Grevener Akten.¹⁸ Für die Entscheidungsfindung im Innenministerium des Landes NRW war sie nicht so ausführlich nötig.

Aktenkundlich ist das Konzept, bzw. moderner: der Entwurf, von zentraler Wichtigkeit für das Verwaltungshandeln, denn man kann bei sorgfältiger Behördentätigkeit „den ganzen Werdegang des Schriftstücks aus dem Konzept ablesen.“ Trägt der Entwurf die Unterschriften oder Namenszeichen (Paraphen) der zuständigen Beamten, wurde Zustim-

50, hier S. 35-39.

9 Heinrich Otto Meisner, *Urkunden- und Aktenlehre der Neuzeit*, 2., durchges. Aufl. Leipzig 1952, S. 18; vgl. Vogtherr, *Urkundenlehre*, S. 109.

10 Vogtherr, *Urkundenlehre*, S. 112.

11 Vgl. Meisner, *Urkunden- und Aktenlehre der Neuzeit*, S. 119ff.; Michael Hochedlinger, *Aktenkunde. Urkunden- und Aktenlehre der Neuzeit*, Wien/München 2009, S. 181ff.

12 Amtsblatt der Regierung in Münster 1950, S. 22.

13 StaG, B 3056, Bl. 67.

14 Vgl. Landesarchiv NRW Abteilung Rheinland (LAV R), Beständeübersicht, Tektonikgruppe 5.2.3. Innenministerium, Behördengeschichte, http://www.archive.nrw.de/LAV_NRW/jsp/bestand.jsp?archivNr=185&tektId=5887&expandId=5887 (Aufruf am

23.9.2015); Horst Romeyk, *Kleine Verwaltungsgeschichte Nordrhein-Westfalens*, Siegburg 1988, S. 63.

15 Aktentitel und -signatur können für den Bestand NW 329 derzeit (Stand September 2015) noch nicht über das Archivportal NRW <http://www.archive.nrw.de> recherchiert werden. Eine Anfrage an das Landesarchiv NRW brachte hier nach wenigen Tagen die nötige Hilfeleistung.

16 LAV R, NW 329 Nr. 501, Bl. 1, 8-20.

17 Es handelt sich um einen Übersichtsplan der Gemeinde Greven im Maßstab 1:10000, gezeichnet 22.9.1949, und ein entnommenes überformatiges Archivalie, bei dem es sich sehr wahrscheinlich um das dem Antrag beigelegte Fotoalbum mit 65 Aufnahmen aus Greven handelt, siehe StaG, B 3056, Bl. 67.

18 StaG, B 3056, Bl. 72.

mung signalisiert, dass die Reinschrift eines Schriftstückes, in diesem Fall die Urkunde, hergestellt werden konnte.¹⁹

Innenminister NRW, Konzept für die Urkundenreinschrift, 22.11.1949 (Landesarchiv NRW Abteilung Rheinland, NW 329, Nr. 501, Bl. 20, Vorderseite).

NW 329 / 501 / 020

Entwurf.

Der Innenminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
III A 3819/49

Düsseldorf, den 22. Nov. 1949.

1.) Die am 17.11.d.J. vorgenommene Besichtigung ergab, dass die Gemeinde Greven in Bezug auf Struktur, Siedlungsform, Gebietsumfang, Einwohnerzahl und andere die soziale und kulturelle Eigenart der örtlichen Gemeinschaft bestimmende Merkmale tatsächlich städtisches Gepräge hat. Die Voraussetzungen für die Verleihung der Bezeichnung "Stadt" sind demnach gegeben.

2.) Es ist folgende Urkunde zu fertigen: +++ +++

U r k u n d e

Auf Antrag der Gemeindevertretung Greven verleihe ich hiermit der Gemeinde Greven, Kr. Münster, auf Grund des § 9 Abs. 2 der rev. Deutschen Gemeindeordnung vom 14.1.1946 in der Fassung des Gesetzes vom 3.11.1948 das Recht, künftig die Bezeichnung

" S t a d t G r e v e n "

zu führen.

Im Namen der Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Innenminister:
+++ +++

Düsseldorf, den 22. Nov. 1949.

3.) An den
Herrn Regierungspräsidenten
in Münster
Betrifft: Antrag der Gemeinde Greven auf Verleihung der Bezeichnung "Stadt".
Bezug: Bericht vom 20.10.49 K Nr. 25 - 09.

Anbei übersende ich die Urkunde über die Verleihung der Bezeichnung "Stadt" für die Gemeinde Greven mit der Bitte um weitere Veranlassung. Ich bitte, die Verleihung im Regierungsamtsblatt bekanntzumachen. Das Statistische Landesamt sowie das Staatsarchiv in Münster sind von hier aus verständigt.

+++ +++

4.)

19 Vgl. Meisner, Urkunden- und Aktenlehre der

Neuzeit, S. 60ff., Zitat S. 65.

- 4.) Abschrift der Urkunde fertigen und darunter setzen:
a. An das Statistische Landesamt, Düsseldorf
b. Staatsarchiv in Münster

Abschrift übersende ich mit der Bitte um Kenntnisnahme.

5.) z.d.A.

10
103/Spec

(Dr. Menzel)

Menzel
12.27.11
24/11
22/11

Innenminister NRW, Konzept für die Urkundenreinschrift, 22.11.1949 (Landesarchiv NRW Abteilung Rheinland, NW 329, Nr. 501, Bl. 20, Rückseite).

Die archivwissenschaftliche Beschäftigung mit der Aktenkunde ist bislang kaum über das Jahr 1918 hinausgegangen. Eine Aktenkunde für das 20. und 21. Jahrhundert ist derzeit in Vorbereitung.²⁰ Insofern entspricht möglicherweise nicht jedes Detail des Konzepts vom 22. November 1949 aus dem Düsseldorf Innenministerium den behördlichen Gepflogenheiten der monarchischen Zeit, wie sie in den aktenkundlichen Standardwerken beschrieben werden. Dennoch lassen sich daraus wichtige Hinweise für die Verleihung der Stadtrechte an die Gemeinde Greven ableiten.

Auf Vorder- und Rückseite des Entwurfs sind zunächst, mit Nummerierungen von 1.) bis 5.), die Arbeitsschritte in der Abteilung III A des Innenministeriums²¹, datiert mit 22. November 1949, per Schreibmaschine eingetragen worden.²² Unter 1.) findet sich das Ergebnis der Ortsbesichtigung in Greven, deren positiver Verlauf die Voraussetzung für die Rechtsverleihung der Bezeichnung „Stadt“ war. Ein Vergleich mit weiteren Stadtrechtsverleihungen aus jener Zeit zeigt, dass dieses Ergebnis regelmäßig in kurzer formelhafter Weise notiert wurde.²³ Aus dem positiven Ergebnis von 1.) folgte unter 2.) die Anweisung, dass die entsprechende Urkunde zu fertigen sei. Der Text der Urkunde selbst ist mit einer anderen Schreibmaschine geschrieben, mithin in einem späteren Arbeitsschritt von einem anderen Bearbeiter eingefügt worden. Unter 3.) wurde als nötiger Arbeitsschritt ein Antwortschreiben an den Regierungspräsidenten in Münster vorgesehen, das ebenfalls mit anderer – möglicherweise einer dritten – Schreibmaschine später eingefügt wurde. Rückseitig wurde unter 4.) die Erstellung zweier Abschriften der Urkunde für das Statistische Landesamt und für das zuständige Staatsarchiv in Münster zur Kenntnisnahme verfügt, bevor der Vorgang mit 5.) z.d.A. – zu den Akten – geschrieben werden konnte, dadurch also aus dem aktuellen Geschäftsgang an die Registratur abgegeben wurde.

Im nächsten Arbeitsschritt muss der Urkundentext unter 2.) hinzugefügt worden sein, vermutlich auch schon der Text der Anweisung bei 3.). Denn die Paraphe von Innenminister Dr. Menzel auf der Rückseite des Entwurfs (mit rotem Stift) muss vom gleichen Tag, dem 22. November 1949, stammen, was

durch das Fehlen von Tages- und Monatsangabe hinter seiner Paraphe zum Ausdruck kommt. Zum Text der Anweisung 3.) an den Regierungspräsidenten in Münster ist von Interesse, dass die Verleihung im Regierungsamtsblatt bekanntzumachen war, ein Vorgehen, wie es bei Stadtrechtsverleihungen grundsätzlich üblich war.²⁴ Dagegen ist die Übergabe der Urkunde für das Innenministerium in der Regel nicht von Interesse gewesen, der Regierungspräsident wurde üblicherweise „um weitere Veranlassung“ gebeten, im Klartext: das ihm vorgesetzte Innenministerium wies ihn an, dem üblichen Vorgehen zu folgen. Wie das aussehen konnte, war offenbar im Detail für das Innenministerium nicht relevant, solange die Urkunde ihren Empfänger erreichte. Im Fall Grevens überreichte der Regierungspräsident die Urkunde während der Feierstunde in Greven am 22. Januar 1950 an Bürgermeister Minnebusch.²⁵ Das sagt zumindest für die juristische Seite des Verfahrens, was schon oben angeklungen ist: Die Amtsblattveröffentlichung war entscheidend für die Gültigkeit der Stadtrechtsverleihung. Dass in der Grevener Öffentlichkeit durch die Festveranstaltung am 22. Januar 1950, durch die entsprechende Pressebegleitung mit dem Fokus auf diesem Datum, und durch die regelmäßige Wiederholung dieses Faktums der Eindruck verfestigt ist, dass die Stadtwertung zeitlich daran geknüpft ist, ändert daran nichts. Insofern muss die Stadtwertung aus juristischer Sicht mit dem Veröffentlichungsdatum des entsprechenden Amtsblattes, dem 28. Januar 1950, gleichzusetzen sein.

Im Bearbeitungsablauf des Entwurfs ist die Fertigung der Reinschrift noch mit einigen datierten Paraphen versehen worden. Die älteste Paraphe, datiert mit „22/11“, stammt vermutlich von dem Beamten, der mit der Fertigung der Urkunde 2.), der Anweisung 3.) und der zwei Abschriften 4.) betraut war.²⁶ Seine Paraphe signalisierte, dass Textübereinstimmung zwischen Entwurf und Reinschrift gegeben war und somit die nötige Vorarbeit vor der Unterzeichnung der Urkundenreinschrift und der Paraphierung des Entwurfs durch Innenminister Dr. Walter Menzel geleistet war.²⁷ Die übrigen drei Paraphen vom 24. bzw. 25. November lassen sich den nach dem Innenminister ranghöchsten bzw. zuständigen

20 Vgl. Holger Berwinkel, Das zeitgeschichtliche Defizit der Aktenkunde, in: <http://aktenkunde.hypotheses.org/261> vom 19.10.2014 (Aufruf am 24.9.2015); dort findet sich eine Übersicht über die wichtigste aktenkundliche Literatur.

21 Dem Vorwort des Findbuchs 310.24 im LAV R zu den Beständen NW 321 und NW 329, Innenministerium I B/III A [Düsseldorf 1985], ist zu entnehmen, dass die Abteilung III A für „Kommunales Verfassungsrecht“ zuständig war.

22 Hinter der Angabe der Abteilung III A folgt noch die (jahresweise vergebene) Tagebuchnummer „3819/49“; im Tagebuch (Journal) konnte der Registrator zu dem Nachweis aller wesentlichen ein-, aus- und innenlaufenden Schriftstücke der Behörde Inhaltsangaben und vor allem das Aktenzeichen nach dem Registraturplan vermerken. Dies wird unter 5.) auf der Rückseite des Entwurfs aufgegriffen. Vgl. Meisner, Urkunden- und Aktenlehre der Neuzeit, S. 83f.

23 Eingesehen wurden die Akten LAV R, NW 329, Nr. 500 bis 502. Weitere Stadtrechtsverleihungen folgen in den Akten 503 bis 519. Insgesamt umfasst die Serie die Anträge auf Stadtrechtsverleihungen zwischen 1947 und 1971.

24 Vgl. etwa die Verleihungen für Kamp-Lintfort (LAV R, NW 329 Nr. 501, Bl. 86) und Alsdorf (LAV R, NW 329 Nr. 501, Bl. 100) 1950 oder Herbede 1951 (LAV R, NW 329 Nr. 502, Bl. 67).

25 Sitzungsprotokollauszug in StaG, B 3057, Bl. 53.

26 Vgl. Jürgen Kloosterhuis, Amtliche Aktenkunde der Neuzeit. Ein hilfswissenschaftliches Kompendium, in: Archiv für Diplomatik 45 (1999), S. 465–563, hier nach der preprint-pdf: http://www.gsta.spk-berlin.de/uploads/pdf_aktenkunde/aktenkunde_gesamt.pdf (Aufruf am 22.9.2015), S. 12 der pdf-Datei.

27 Vgl. Meisner, Urkunden- und Aktenlehre der Neuzeit, S. 67. Die Anordnung dieser Paraphe rechts unterhalb der Paraphe von Dr. Menzel weist auf die hierar-

Beamten zuordnen: R (Dr. Wilhelm Rombach, Ministerialdirektor im Innenministerium vom 16.9.1949-30.9.1952), J (Hans Bruno Jenner, Ministerialdirektor im Innenministerium vom 1.9.1946-31.12.1949)²⁸, Mi (Ministerialrat Dr. Mittelstaedt)²⁹. Es sind somit Mitzeichnungen hochrangig Beteiligter, die damit Mitverantwortung für die Korrektheit der Urkundenreinschrift (und des Gesamtvorgangs) übernehmen. Der Schluss der Bearbeitung besteht in dem Abgangsvermerk des Schreibens 3.) an den Regierungspräsidenten in Münster mit handschriftlichem „ab“ und Datumsstempel vom 29. November 1949 sowie der Paraphe des Verantwortlichen – wobei der links neben dem Text des Schreibens mit Schreibmaschine angebrachte sog. Anlagestrich mit dem handschriftlichen Vermerk „1 Urk[unde]“ anzeigt, dass die Urkundenreinschrift tatsächlich das Innenministerium mit dem Schreiben verlassen hat.³⁰ Den letzten Schritt bildete die Registrierung, die Zuschreibung des Registrators³¹ unter 5.), der den nun abgearbeiteten Entwurf dem Registraturzeichen 10/103/Spcl³² zuschreibt, wo der Vorgang für spätere Erfordernisse der Verwaltungsarbeit hervorgeholt werden konnte und dort – im Fall der hier gegebenen Archivwürdigkeit – bis zur späteren Übergabe an das zuständige Hauptstaatsarchiv Düsseldorf verblieb.

Diesem Entwurf des nordrhein-westfälischen Innenministeriums in Düsseldorf und seiner aktenkundlichen Entschlüsselung ist also eindeutig zu entnehmen, dass eine Urkunde an den Regierungspräsidenten in Münster gesandt worden ist und welchen Wortlaut sie hatte.

Bedeutungslosigkeit der „Verleihungsurkunde“

Die eingangs zitierte Grevener „Verleihungsurkunde“ weist gegenüber dem Text des Entwurfs aus dem Innenministerium allerdings einige Abweichungen auf: Sie ist betitelt als „Verleihungsurkunde“ statt „Urkunde“, im Text heißt es „Der Innenminister/des Landes Nordrhein-Westfalen“ statt „Im Namen der Landesregierung/des Landes Nordrhein Westfalen/Der Innenminister:“. Es gibt noch weitere Hinweise, dass die „Verleihungsurkunde“ nicht identisch ist mit der Urkunde, die der Innenmi-

nister unterzeichnet haben muss. Denn die „Verleihungsurkunde“ trägt keine Unterschrift, nur den Namen „Dr. Menzel“ in gleicher Schrifttype wie der Text. Und ebenso wichtig: Nach Jürgen Kloosterhuis beglaubigt eine Urkunde einen Sachverhalt gegenüber der Öffentlichkeit, wobei die Beglaubigung durch Besiegelung der Urkunde erfolgt.³³ Die „Verleihungsurkunde“ weist jedoch kein Siegel auf, stattdessen nur eine Darstellung des Grevener Stadtwappens, das vom Heiligen St. Martin, gekennzeichnet durch das Attribut des Mantelteilens mit dem eigenen Schwert, gehalten wird. Eine Besiegelung kann hier aber nur mit einem Zeichen des Rechtausstellers, der Landesregierung, keinesfalls mit einem Zeichen der Gemeinde Greven als Rechtempfänger erfolgen. Hinzuzufügen wäre an dieser Stelle, dass das heutige Grevener Stadtwappen zum Zeitpunkt der Stadtrechteverleihung zwar schon bei der Landesregierung als neues Wappen beantragt war, die offizielle Verleihung durch das Land NRW aber erst vom 25. März 1950 datiert.³⁴ Ein noch nicht gültiges Wappen auf einer Urkunde kann ohnehin in keinem Fall zu einer Beglaubigung beitragen. Diese Details lassen den eindeutigen Schluss zu, dass der „Verleihungsurkunde“ in Bezug auf den rechtsgültigen Vorgang der Stadtrechteverleihung keine Bedeutung zukommen kann! Weil sie in den vergangenen Jahrzehnten aber eine gewisse Bedeutung für die Lokalgeschichte erlangt hat, soll sie hier näher beschrieben werden. Am 7. Dezember 1949 hatte der Grevener Amtsdirektor einen Aktenvermerk über ein Gespräch beim Regierungspräsidenten in Münster vom Vortag geschrieben, bei dem ihm und Amtsbürgermeister Minnebusch mitgeteilt worden war, dass die Stadtrechtsurkunde für die Gemeinde Greven dem Regierungspräsidenten vorliege und er mit ihrer Überreichung beauftragt sei. Bei dieser Gelegenheit wurde auch der Überreichungstermin „spätestens Ende Januar, Anfang Februar nächsten Jahres“ ins Auge gefasst. Gleichzeitig sorgte Drost für eine entsprechende Presseinformation, nachdem der Urkundentext und die Tatsache, dass der Innenminister die entsprechende Urkunde dem Regierungspräsidenten übersandt hatte, schon am 5. Dezember 1949 in den Westfälischen Nachrichten als Nachricht mit dem

chisch niedrigere Stellung gegenüber den darüber angebrachten Paraphen hin. Die übrigen Paraphen stehen neben der von Dr. Menzel, was auf die Mitverantwortlichkeit hindeuten dürfte.

²⁸ Vgl. Romeyk, Kleine Verwaltungsgeschichte Nordrhein-Westfalens, S. 67.

²⁹ LAV R, NW 329 Nr. 501 und StaG, B 3057, Bl. 24.

³⁰ Der handschriftliche Abgangsvermerk mit Datumsstempel bei 3.) gilt ebenso für 4.). Beide Nummern weisen den mit gleichem dunkelblauem Stift gemachten „Mundierungsstrich“ auf, mit dem kenntlich gemacht ist, dass die Reinschrift der entsprechenden Schreiben erfolgt ist. Vgl. Meisner, Urkunden- und Aktenlehre der Neuzeit, S. 64-67.

³¹ Anzunehmen ist, dass der Registrator identisch ist mit dem Beamten, der für den Postversand zuständig war, wie es seit der Büroreform der 1920er Jahre üblich wurde,

vgl. Meisner, Urkunden- und Aktenlehre der Neuzeit, S. 56.

³² „Specialakten“ unter Aktenzeichen 10/103. Spezialakte im Gegensatz zu Generalakte allgemeinen Inhalts, vgl. Meisner, Urkunden- und Aktenlehre der Neuzeit, S. 82.

³³ Vgl. Kloosterhuis, Amtliche Aktenkunde der Neuzeit, preprint-pdf: http://www.gsta.spk-berlin.de/uploads/pdf_aktenskunde/aktenskunde_gesamt.pdf (Aufruf am 22.9.2015), S. 1f.

³⁴ Vgl. dazu StaG, B 3049, Bl. 68 (zur Entstehung des Entwurfsmotivs); LAV R, NW 107, Nr. 253 (zur Genese der Wappenverleihung); Amtsblatt der Regierung in Münster 1950, S. 79 (Stück 12 vom 25.3.1950): Ablauf wie bei der Stadtrechtsverleihung auch hier: Urkunde vom 6.3.1950, Publikationsverfügung des Regierungspräsidenten vom 18.3.1950, Veröffentlichung im Amtsblatt am 25.3.1950.

Titel „Verleihung der Stadtrechte an Greven“ erschienen waren.³⁵ Am gleichen Tag, dem 7. Dezember, sandte Amtsdirektor Dr. Drost ein Schreiben an den Kunstmaler und Heraldiker Waldemar Mallek in Münster:

„Die Feier anlässlich der Stadtwerdung der Gemeinde Greven soll auf Wunsch des Herrn Regierungspräsidenten Mitte Januar nächsten Jahres im Rahmen einer Festsitzung der Gemeinderäte stattfinden. Ich bitte, die Verleihungsurkunde, die sich mit dem Wortlaut des anliegenden Zeitungsausschnittes deckt [,] in feierlicher Form auf einem festen Material auszufertigen und für die Beidrückung des grossen Staatssiegels rechtzeitig zu sorgen, oder die Urkunde rechtzeitig nach hier zu senden, damit von hier aus die Urkunde zur Vollziehung durch das Siegel noch nach Düsseldorf gelangen kann.“³⁶

Waldemar Mallek (1906-1998) war schon bei der zu Ende der 1930er Jahre in Westfalen erfolgten Welle an erstmaligen Wappenverleihungen an zahlreiche Gemeinden beteiligt. Damals gestaltete er auch die Wappen für das Amt Greven und die vier amtsangehörigen Gemeinden Greven-Dorf, Greven rechts der Ems, Greven links der Ems und Gimble, jeweils in Abstimmung mit dem Preußischen Staatsarchiv in Münster. Er war also in Greven kein Unbekannter. Auch bei der Neugestaltung der Wappen für die Gemeinde Greven-Dorf (bzw. dem neuen Stadtwappen) vom März 1950 und für das Amt Greven vom Dezember 1950³⁷ trug er die künstlerische Verantwortung.³⁸ Die „Verleihungsurkunde“ ist von ihm bei genauem Hinsehen sogar signiert: am linken unteren Rand des Mantels von St. Martin ist der Schriftzug „Mallek“ zu erkennen.

Doch das Schreiben von Drost an Mallek zeigt, dass jener – obwohl seine Verwaltungslaufbahn ihm dieses Wissen hätte bieten müssen – mit dem Auftrag, eine „Verleihungsurkunde“ herstellen zu lassen, eigenmächtig und unwissend handelte. Ein Anruf beim Regierungspräsidenten hätte vermutlich genügt um zu erfahren, dass selbstverständlich die vom Innenminister unterzeichnete Urkunde überreicht werden musste und nicht durch eine künstlerisch gestaltete Variante ersetzt werden konnte. Immerhin ist Drost klar gewesen, dass ein „großes Staatssiegel“ für die Beglaubigung nötig gewesen wäre. Dass es

auf der „Verleihungsurkunde“ fehlt, zeigt, dass dieser Wunsch seitens des Regierungspräsidenten oder des Innenministeriums³⁹ entweder abgelehnt wurde oder Drost selbst, als ihm die Peinlichkeit oder Unangebrachtheit seines Vorgehens klar wurde, es dabei offenbar hat bewenden lassen. Immerhin muss aber betont werden, dass der erstmalige Abdruck der „Verleihungsurkunde“ in der Münsterschen Zeitung vom 22. Januar 1960 noch in die Amtszeit Drost als Stadtdirektor (im Amt bis 1961) fiel. Die dort spitzfindig formulierte Bildunterschrift („Diesen **Wortlaut** hatte die Urkunde über die Verleihung der Stadtrechte, die der Gemeinde Greven am 22. Januar 1950 feierlich überreicht wurde.“, Hervorhebung durch den Verf.) zeigt, dass es damals durchaus klar war, dass hier nur der Wortlaut – und selbst das nur in etwa –, nicht jedoch die echte Stadtrechtsurkunde abgedruckt wurde! Das dürfte jedenfalls kein Zufall gewesen sein.⁴⁰ Dem bis heute nicht korrigierten falschen Eindruck, die „Verleihungsurkunde“ sei die Stadtrechtsurkunde, hat diese erste Veröffentlichung eindeutig Vorschub geleistet: „Bilder verfügen auch über die Fähigkeit, Realitäten zuallererst zu erzeugen“, wie es der Historiker Gerhard Paul im Rückgriff auf das „Bildakt“-Konzept von Horst Bredekamp formuliert. „Bildakte schaffen [...] Fakten, indem sie Bilder in die Welt setzen.“⁴¹ Im vorliegenden Fall wurde die Abbildung der falschen „Verleihungsurkunde“ mit dem echten Faktum „Stadtrechtsverleihung“ durch die Zeitungsveröffentlichung so in Bezug gesetzt, dass die „Verleihungsurkunde“ anschließend stellvertretend für das Faktum stehen konnte.

Weitere Verwirrung ist auch dadurch entstanden, dass in den Grevener Akten eine 1961 erstellte beglaubigte Abschrift der „Verleihungsurkunde“ eingefügt ist⁴², jedoch an keiner Stelle eine Kopie oder Abschrift der Urkunde des Innenministers, deren Text über das Konzept aus dem Innenministerium rekonstruiert werden konnte. Bei schneller Aktendurchsicht verstärkt diese beglaubigte Abschrift auch durch ihre Lage in der Akte⁴³ den falschen Eindruck von der großen Bedeutung der „Verleihungsurkunde“. Der Datierung nach ist diese Abschrift nachträglich in den Kontext der mündlichen Mitteilung über die Erlangung der Stadtrechte Anfang Dezember 1949 eingefügt worden und erschwert

35 StaG, B 3056, Bl. 75, Aktenvermerk des Amtsdirektors Dr. Drost, 7.12.1949.

36 StaG, B 3056, Bl. 80, Schreiben des Amtsdirektors Dr. Drost an Mallek, 7.12.1949. Das Schreiben enthält noch einen Wiedervorlagevermerk für den 1.1.1950, aber keine weiteren Bearbeitungsspuren. In einer Kostenaufstellung vom 23.12.1949 waren als Honorar für Mallek ca. 200 DM für den „Stadtbrief in grosser Ausführung“ veranschlagt, ebd., Bl. 98. Ungeachtet des eigenmächtigen Vorgehens ist Drost die nötige Veröffentlichung der Urkunde im Amtsblatt offenbar gänzlich unbekannt.

37 Amtsblatt der Regierung in Münster 1950, S. 358 (Stück 50 vom 16.12.1950).

38 StaG, B 3049. Hinzuweisen ist hier auf Eugen Meyer (Hrsg.), Wappenbuch der westfälischen Gemeinden, Zeichnungen von Waldemar Mallek, Heraldiker in Münster/Westf., Münster 1940, insbesondere die Einleitung S. XX.

39 LAV R, NW 329 Nr. 501 gibt keinen Hinweis darauf.

40 StaG, Z I, Bd. 6, Bl. 16f. Münstersche Zeitung, 22.1.1960: „Das Dorf Greven wurde Stadt“. Einem Interview mit Dr. Drost zum zehnjährigen Stadtrechtsjubiläum war eine Abbildung der „Verleihungsurkunde“ beigelegt.

41 Gerhard Paul, Visual History, Version: 3.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 13.3.2014, URL: http://docupedia.de/zg/Visual_History_Version_3.0_Gerhard_Paul?oldid=106490 (Aufruf am 6.10.2015).

42 StaG, B 3056, Bl. 74.

43 StaG, B 3056, Lage zwischen Bl. 73, Protokollauszug vom 9.9.1949, dass der Antrag auf Verleihung der Bezeichnung Stadt eingereicht wurde, und Bl. 75, Aktenvermerk Drost vom 7.12.1949 über die Rücksprache mit Regierungspräsident Hackethal am 6.12.1949, die bereits oben zitiert wurde.

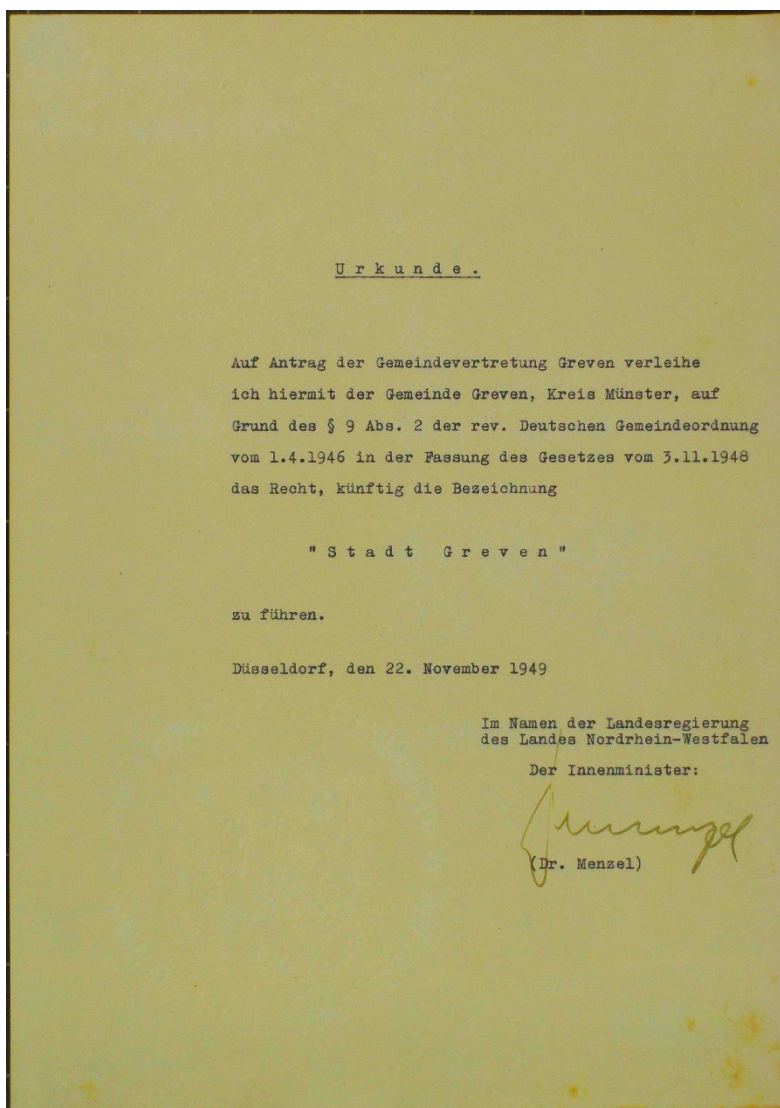
dadurch, die „Verleihungsurkunde“ als bedeutungslos zu erkennen.

Jedenfalls ist die „Verleihungsurkunde“ nicht die gültige, vom Innenminister unterzeichnete Urkunde über die Gewährung des Rechts an die Gemeinde Greven, sich Stadt nennen zu dürfen, da ihr das Siegel und die eigenhändige Unterschrift des Innenministers fehlen und sie nicht aus dem Geschäftsgang des Innenministeriums stammt, sondern nachträglich und im Auftrag der Stadt Greven gefertigt und auf den 22. November 1949 rückdatiert wurde.

Wo ist die echte Stadtrechtsurkunde?

Das führt zu der Frage, wie denn nun die gültige Stadtrechtsurkunde aussieht und wo sie sich heute befindet. Immerhin wissen wir durch das Protokoll der Festsitzung der Gemeinderäte von Greven vom 22. Januar 1950⁴⁴, wie der Text der Urkunde, die von Regierungspräsident Hackethal tatsächlich dem Bürgermeister Minnebusch überreicht worden ist, lauten muss. Das Protokoll weist neben dem Text, der mit dem oben abgebildeten Entwurf des Innenministeriums identisch ist, die zwei textlichen Details auf, die bereits oben als Abweichung zur „Verleihungsurkunde“ genannt worden sind. Als weiteres Detail ist auf ein darauf befindliches Siegel verwiesen und die Unterschrift von Dr. Menzel wird durch den Zusatz „gez.“ für „gezeichnet“ als eigenhändige Unterschrift ausgewiesen.

Einem Aktenvermerk von Amtsdirektor Dr. Drost zufolge wurde die vom Innenminister unterzeichnete Urkunde über die Verleihung der Stadtrechte an die Gemeinde Greven im Tresor der Amtskasse aufbewahrt.⁴⁵ Im Tresor der Amtskasse, heute: Stadtkasse, wird, wie seit längerem bekannt ist, die „Verleihungsurkunde“ aufbewahrt. Aufgrund ihrer Aufbewahrung in einer farbigen Papphülle mit Deckel fällt sie bei Öffnung des Tresors bei der Suche nach der Stadtrechtsurkunde zuerst ins Auge. Angesichts des Einlagerungsvermerks, der mit dem 22. Februar 1950 noch zeitnah zur Festsitzung einen Monat vorher abgefasst wurde, und sich damit eher auf die vom Regierungspräsidenten überreichte Urkunde des Innenministers als auf die „Verleihungsurkunde“ bezog, lag die Vermutung nahe, dass sich auch diese Urkunde noch im Tresor befindet, aber lange Zeit unentdeckt geblieben war. Dies bestätigten Nachforschungen am 16. September 2015: Die Urkunde des Innenministers, im Din A4-Format, war



Urkunde für die Gemeinde Greven-Dorf über die Verleihung des Rechtes, künftig die Bezeichnung "Stadt Greven" zu führen vom 22. November 1949 (StaG Urkundensammlung Nr. 11).

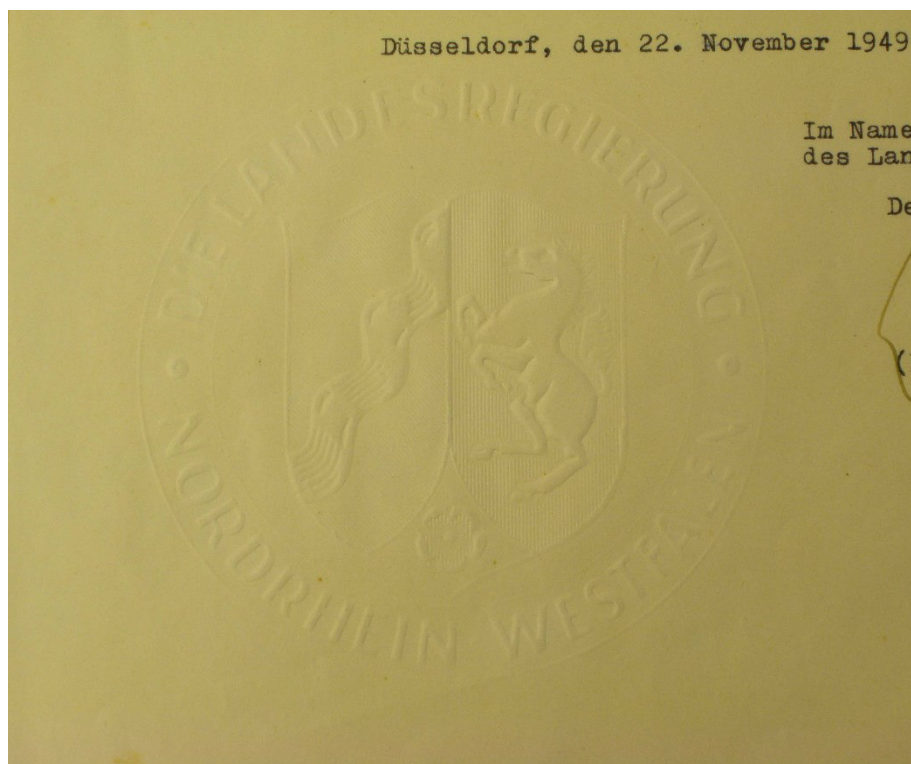
im Tresor im sog. „Wertebuch“, einem Aktenordner, eingeklebt und daher gegenüber der weitaus auffälligeren „Verleihungsurkunde“ für Laien quasi „unsichtbar“. Sie war nie verloren, aber ihr Wert wurde jahrzehntelang nicht erkannt, da man glaubte, mit der „Verleihungsurkunde“ die richtige Urkunde in Händen zu halten.

Die Abbildung der Urkunde lässt das links unten eingeprägte große Landessiegel (Durchmesser ca. 10 cm) nicht erkennen.

⁴⁴ StaG, B 3057, Bl. 53, Protokollauszug (Durchschlag), Gemeinderat Greven, 22.1.1950. Zum Vergleich: B 3095 (Protokollbuch Stadtvertretung Greven 22.1.1950 bis 6.4.1954), digitalisiert unter [http://dfg-](http://dfg-viewer.de/show/?tx_dlf[id]=http%3A%2F%2Fwww.stadtarchiv-greven.de%2FSignaturen%2F3095%2Fmets.xml)

[viewer.de/show/?tx_dlf\[id\]=http%3A%2F%2Fwww.stadtarchiv-greven.de%2FSignaturen%2F3095%2Fmets.xml](http://dfg-viewer.de/show/?tx_dlf[id]=http%3A%2F%2Fwww.stadtarchiv-greven.de%2FSignaturen%2F3095%2Fmets.xml) (Aufruf am 29.9.2015).

⁴⁵ StaG, B 3057, Bl. 57, Vermerk Drost, 22.2.1950.



Ausschnitt aus der Urkunde: Das Große Landessiegel (StaG Urkundensammlung Nr. 11).

Die Verordnung über die Führung des Landeswappens vom 16. Mai 1956 beschreibt das Landessiegel, wie es auch schon in diesem Fall im November 1949 auf der Urkunde angebracht wurde: „Das große Landessiegel zeigt in der Mitte das Landeswappen, umgeben von zwei kreisförmigen Randleisten, zwischen denen die Beschriftung in großen Antiqua-Buchstaben angebracht ist. Es wird nur als Prägiesiegel verwendet“⁴⁶. Die Beschriftung in diesem Fall lautet „DIE LANDESREGIERUNG • NORDRHEIN-WESTFALEN •“

Diese Urkunde weist mit ihrem Text, der mit dem Konzept in LAV R, NW 329 Nr. 501, Bl. 20 identisch ist, mit der eigenhändigen Unterschrift von Innenminister Dr. Menzel und mit dem eingepprägten großen Landessiegel⁴⁷ alle Merkmale auf, die für den Nachweis ihrer Echtheit nötig sind. In diesem Aufsatz wird sie zum ersten Mal präsentiert.

Fazit

Vermutlich lagerten beide Urkunden, die Stadtrechtsurkunde und die „Verleihungsurkunde“, seit 1950 im Tresor der Amtskasse⁴⁸, heute Stadtkasse. Bei der Presseberichterstattung zum zehnjährigen Stadtrechtsjubiläum 1960 wurde die „schönere“ der

beiden für den Abdruck in der Presse ausgewählt. Nicht ausgeschlossen ist, dass Stadtdirektor Dr. Drost zur korrekten, aber irreführenden Bildunterschrift in der Münsterschen Zeitung beigetragen hat. In den Folgejahren ist die „Verleihungsurkunde“ dann fälschlicherweise als das rechtsrelevante Stück angesehen und regelmäßig präsentiert worden.

Bei mittelalterlichen Urkunden steht immer die Frage im Raum, ob es sich bei ihnen um eine Fälschung handelt. Urkundenfälschungen sind in der Neuzeit zwar nicht ausgeschlossen, aber seltener und schwieriger, da der Kontext des Aktenzusammenhangs, aus dem

die Urkunden erwachsen, ebenfalls manipuliert werden müsste.⁴⁹ Dies ist bei der Entstehung der „Verleihungsurkunde“ nicht versucht worden. Der Umstand ihres Entstehens ist hier eindeutig nachzuweisen gewesen und deutet auf mangelnde Sachkenntnis des Geschäftsgangs bei Stadtrechtsverleihungen bei dem damaligen Amtsdirektor Dr. Drost hin. Es wurde auch nicht der Versuch gemacht, sich Rechte zu erschleichen, die der Stadt nicht zustanden. Auch die textlichen Abweichungen sprechen gegen eine Fälschung. Es handelt sich eher um den missglückten Versuch, die Feierlichkeiten bei der Stadtrechtsverleihung in Grevener durch eine optisch ansprechende Urkunde aufzuwerten. Das ist zwar nicht 1950, aber nachträglich 1960 gelungen. Lassen wir uns heute aber nicht mehr vom schönen Schein der „Verleihungsurkunde“ blenden! Die Schlichtheit der echten Stadtrechtsurkunde und ihr Aktenformat Din A4 zeigen nachdrücklich, dass dem Meisner'schen Diktum, der Weg zur Urkunde sei mit Akten gepflastert, zuzustimmen ist. Die Stadtrechtsurkunde mag in Grevener als einzelnes Dokument angekommen sein, ihre Herkunft aus dem aktenmäßigen Geschäftsgang im Düsseldorfer Innenministerium kann sie aber nicht verleugnen. Insofern ist sie ein typisches Stück Verwaltungsgeschichte des 20. Jahrhunderts.

46 § 3 Abs 1. Die Verordnung verweist darauf, dass das Landeswappen u.a. von der Landesregierung benutzt werden darf (§ 2 Abs. 1 Satz a), und im großen Landessiegel „bei feierlichen Beurkundungen“ verwendet wird (§ 3 Abs. 2). Auf S. 3 der Anlage findet sich eine Abbildung des Großen Landessiegels. Die Verordnung ist zu finden im Portal recht.nrw.de unter https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_text_anzeigen?v_id=3020

031009095435670 (Aufruf am 29.9.2015).

47 Vgl. Kloosterhuis, Amtliche Aktenkunde der Neuzeit, preprint-pdf: http://www.gsta.spk-berlin.de/uploads/pdf_aktenkunde/aktenkunde_gesamt.pdf (Aufruf am 22.9.2015), S. 1f.

48 StaG, B 3057, Bl. 57, bezieht sich zumindest auf eine der beiden Urkunden.

49 Vgl. Vogtherr, Urkundenlehre, S. 109.

Neue Erkenntnisse zu den verfolgten
NS-ZwangsarbeiterInnen in Greven –
Die Odyssee des Antoni Bachanek

Von Christoph Leclaire

Im Vorwort der Grevener Geschichtsblätter Nr. 7 wurde bereits darauf hingewiesen, dass es sich bei dem dort veröffentlichten Aufsatz über die verfolgten ZwangsarbeiterInnen in Greven um ein nicht abgeschlossenes Forschungsfeld handelt.¹ In diesem Beitrag werden weitere Ergebnisse präsentiert und insbesondere das Schicksal des polnischen Zwangsarbeiters Antoni Bachanek vorgestellt, der eine beispielhafte Verfolgten-Odyssee erlebte. Auch diesmal war das Archiv des International Tracing Service (ITS) in Bad Arolsen für die Forschungen von zentraler Bedeutung.² Den Schwerpunkt bildeten aber die weiteren umfangreichen Recherchen in polnischen Archiven³ und vor allem in den Herkunftsorten der ZwangsarbeiterInnen in Polen, die nicht nur in sprachlicher Hinsicht eine Herausforderung darstell(t)en und viel Geduld erfordern.⁴ Dadurch gelang es nicht nur, einzelne Schicksale zu klären, sondern einigen dieser Menschen sogar ein ganz „reales Gesicht“ zu geben.

Aber die Nachforschungen sind weiterhin noch nicht abgeschlossen und viele Anfragen – insbesondere auch im Ausland – stehen noch aus bzw. sind in Arbeit. Die Ergebnisse bzw. Geschichten von den verfolgten ZwangsarbeiterInnen aus Greven – inklusive der in den Bockholter Bergen hingerichteten Franciszek Banaś und Waclaw Ceglewski – sollen später in einer angemessenen Publikation gewürdigt werden, auch damit diese als Opfer des Faschismus nicht in Vergessenheit geraten. Letzten Endes sollen all die Bemühungen ferner dazu führen, dass das Erinnern an Franciszek Banaś und Waclaw Ceglewski

sowie an das NS-Verbrechen in den Bockholter Bergen anlässlich des Tages der Hinrichtung am 14. August 1942 im öffentlichen Gedenken der Stadt Greven einen festen Platz bekommt. Dazu gehört auch ein gebührender Gedenkstein – mit Nennung der Namen und der Geschehnisse – am Ort des Verbrechens oder an einem angemessenen öffentlichen Platz in Greven, so wie in anderen Städten geschehen.⁵ Vielleicht wäre der 75. Jahrestag der Hinrichtung am 14. August 2017 hierfür ein geeigneter Anlass.

Neue Erkenntnisse und Schicksalsklärungen

Einige der Biographien von verfolgten ZwangsarbeiterInnen konnten weiter konkretisiert und manche Schicksale sogar endgültig geklärt werden. Das betrifft die beiden wegen „Verbotenen Umgangs“⁶ mit einer deutschen Frau in ein Konzentrationslager (KZ) eingewiesenen Polen Paweł Bylok⁷ (geb.



8.2.1916 in Jarworze) und Roman Kania⁸ (geb. 18.8.1914 in Kaczórki).

Paweł Bylok im Jahre 1937 auf seinem Hochzeitsfoto (Ausschnitt). Seine erste Frau ist während des Krieges oder sogar schon vor Kriegsbeginn gestorben. (Wiesław Bylok)

1 Christoph Leclaire, Die Hinrichtung von Franciszek Banaś und Waclaw Ceglewski in den Bockholter Bergen. Verfolgungsgeschichten von ZwangsarbeiterInnen in Greven, in: Grevener Geschichtsblätter 7 (2012/2013), S. 39-56, im Folgenden zitiert als: Leclaire, Hinrichtung.

2 An dieser Stelle sei Heike Müller vom ITS für Ihre erneute Hilfe ganz herzlich gedankt, aber auch den Stadtarchiven Greven (Stefan Schröder und Angelika Haves), Münster (Anja Gussek) und Telgte (Klaus Schwinger) sowie anderen Archiven und KZ-Gedenkstätten bin ich zu Dank verpflichtet. Besonders hervorzuheben seien hier das Buchenwald Archiv (Sabine Stein) und die Gedenkstätte Breitenau (Gunnar Richter) sowie natürlich der Suchdienst des Roten Kreuzes in Polen (Paweł Owczarek).

3 Die polnische Datenbank unter www.straty.pl der Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“ (www.fnpn.pl) sei in diesem Zusammenhang positiv erwähnt. Diese versucht, alle bekannten Informationen zu polnischen NS-Opfern – nicht nur aus polnischen Archiven – zusammenzutragen und öffentlich zugänglich zu machen.

4 Hier sei das Ehepaar Weiss aus Althengstett (Calw) – KollegInnen in Sachen Erinnerungsarbeit – genannt. Ohne die (nicht nur sprachliche) Unterstützung von Krystyna Janaś-Weiss wären die „polnischen Recherchen“ nicht möglich gewesen. Ihnen und ihrem Engagement gilt mein ganz besonderer Dank! Katarzyna Salski hat

ebenfalls einige Texte übersetzt – danke auch dafür!

5 Manche Städte haben sich nach Jahren (endlich) ihrer Verantwortung gestellt und den in ihrem Ort ermordeten ZwangsarbeiterInnen ein Denkmal gesetzt. Ein Beispiel hierfür ist das erst kürzlich in Althengstett (Calw) aufgestellte Mahnmal für den polnischen Zwangsarbeiter Marian Tomczak und die einheimische Hedwig Zipperer. Wegen „verbotenen Umgangs“ war er vor Ort hingerichtet und sie in das KZ Ravensbrück eingewiesen worden. Schwarzwälder Bote, 24.9.2015, Eine Mahnung zur Menschlichkeit, und Schwarzwälder Bote, 28.9.2015, Ein würdiger Akt zur Versöhnung. Online-Versionen der Artikel: www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.althengstett-eine-mahnung-zur-menschlichkeit.e63f5b8c-c5d0-4e44-bf57-45c13d3a5988.html (1.10.2015) und www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.althengstett-ein-wuerdiger-akt-zur-versoehnung.bf711c3e-d664-4946-9ba4-2476ed40a18a.html (1.10.2015).

6 Zu diesem „Begriff“ siehe: Leclaire, Hinrichtung, S. 48.

7 Vgl. ebd., S. 48f.

8 Vgl. ebd., S. 49f. Mit seiner nun vorliegenden russischsprachigen Geburtsurkunde konnten seine Geburtsdaten genau bestimmt werden. Sein gesamter Name lautet: Roman Wawrzyniec (Laurentius) Kania. Geburtsurkunde des Roman Kania und Schreiben des Standesamtes Krasnóbród an den Verfasser vom 7.3.2014.

2

ANKIETA

dla członków PPR, GL, AL w czasie okupacji


1. Nazwisko i imię Roman Kania

2. Pseudonim Sternik

3. Data i miejsce urodzenia 19.08.1924 r. w Kieronkach pow. Tomasz

ko. Kubelskie

4. Pochodzenie społeczne Robotnik



Erste Seite eines Fragebogens aus der Nachkriegszeit zu Roman Kania's Verfolgungsgeschichte und zu seinem politischen Werdegang, Ausschnitt. (Archiwum Akt Nowych, RG-15.092M, Obozy Koncentracyjne-Zbiór Akt (Syg.1333), 1940-1947, „Ankieta dla szlonek PPR, GL, AL w czasie okupacji“ des Roman Kania vom 15.5.1948)

Durch Recherchen in Polen konnte die Vermutung bestätigt werden, dass Paweł Bylok tatsächlich die Befreiung des KZ Mauthausen (Österreich) am 5. Mai 1945 erlebt und somit eine mehr als dreieinhalb Jahre dauernde Haft in einem der schlimmsten Konzentrationslager („Vernichtung durch Arbeit“) überlebt hat. Er kehrte in seine Heimat zurück und wohnte in dem Dorf Wapienica – heute ein Stadtteil von Bielsko-Biała.⁹ In der Stadt Jaworze war er von 1946-1954 Ratsmitglied.¹⁰ Dort heiratete er erneut am 9. August 1946 die aus Budapest stammende Małgorzata Nalborczyk.¹¹ Ende November 1962 zog er in sein Elternhaus in Jaworze, wo er bis zu seinem Tode lebte. Er verstarb am 26. Juli 1979 im Krankenhaus von Bielsko-Biała.¹²

Auch Roman Kania hat – wie bereits angenommen – die Haft im KZ Buchenwald überlebt. Belege dafür sind zwei von ihm nach Kriegsende ausgefüllte Fragebögen zu seiner Verfolgungsgeschichte und zu seinem politischen Werdegang.¹³ Eine der wichtigsten neuen Erkenntnisse über ihn aus diesen Dokumenten ist, dass er zum illegalen Widerstand der Häftlinge im Konzentrationslager gehörte.¹⁴ Seit Oktober 1945 lebte er in Poznań und war als politischer

⁹ Schreiben des Standesamtes Jaworze an den Verfasser vom 1.4.2014.

¹⁰ Jadwiga Roik, Dzieje Jaworza na przestrzeni wieków, Jaworze 2010, S. 106. Online verfügbar unter: www.jaworze.pl/index.php/content,652,653 (24.9.2015).

¹¹ Verkürzte Abschrift der Heiratsurkunde des Paweł Bylok des Standesamtes Jaworze vom 28.3.2014.

¹² Schreiben des Standesamtes Jaworze an den Verfasser vom 1.4.2014.

¹³ Die beiden Fragebögen konnten im polnischen „Archiv für Neue Akten“ in Warschau ermittelt werden. Es handelte sich dabei um eine „Umfrage für die Mitglieder der PPR [Polnische Arbeiterpartei], GL [Volksgarde], AL [Volksarmee] während der Besetzung“. Roman Kania füllte den identischen Fragebogen innerhalb von sechs Jahren zweimal aus. Eine genauere Auswertung seiner dort gemachten umfangreichen Aussagen wird noch erfolgen. Archiwum Akt Nowych, RG-15.092M, Obozy Koncentracyjne-Zbiór Akt (Syg.1333), 1940-1947, „Ankieta dla szlonek PPR, GL, AL w czasie okupacji“ des Roman Kania vom 15.5.1948 und 15.3.1954.

Funktionär der Polnischen Arbeiterpartei (PAP) tätig. Wo und wann er verstorben ist, war bis jetzt nicht zu ermitteln.

Leider konnte das Schicksal des beim Amt Greven eingesetzten und in das KZ Mauthausen eingewiesenen russischen Zwangsarbeiters Wladimir Spirin¹⁵ (geb. 2.3.1924 in Anachino/Kurskaja) noch nicht geklärt werden.¹⁶ Nach wie vor bleibt offen, ob seine Flucht Ende September 1944 aus dem KZ-Außenlager Wiener Neustadt letztendlich erfolgreich war und er den Krieg überlebt hat. Nicht nur beim Versuch, in sein Heimatland UdSSR zu gelangen, war die Gefahr groß, dass er als KZ-Flüchtling von der Polizei bzw. NS-Schergen direkt

erschossen wurde oder im „normalen“ Kriegsgeschehen – beispielsweise durch Bombardements – zu Tode kam. Hinzu kommt, dass ein solcher Todesfall nicht unbedingt registriert bzw. das Opfer anonym bestattet wurde, besonders da seine Identifizierung – auch auf Grund von fehlenden Papieren – grundsätzlich schwer möglich gewesen wäre.

Aber auch über den mehrmals geflohenen und am 2. Februar 1945 im Arbeitserziehungslager (AEL) Lahde hingerichteten polnischen Zwangsarbeiter Josef Ostafin¹⁷ (geb. 8.3.1912/13 in Budapest) ist Neues zu berichten. Die Vermutung bzw. der Hinweis hat sich bestätigt, dass er vor seinem „Untertauchen“ bzw. illegalen Leben in Greven bereits wegen eines angeblichen sexuellen Vergehens in Haft war.¹⁸

Zu guter Letzt gibt es zur Geschichte der Ermordung von Franciszek Banaś und Waclaw Ceglewski ebenfalls einige neue Informationen und Erkenntnisse durch umfangreiche Recherchen in verschiedenen Archiven, aber auch durch einen Zeit-

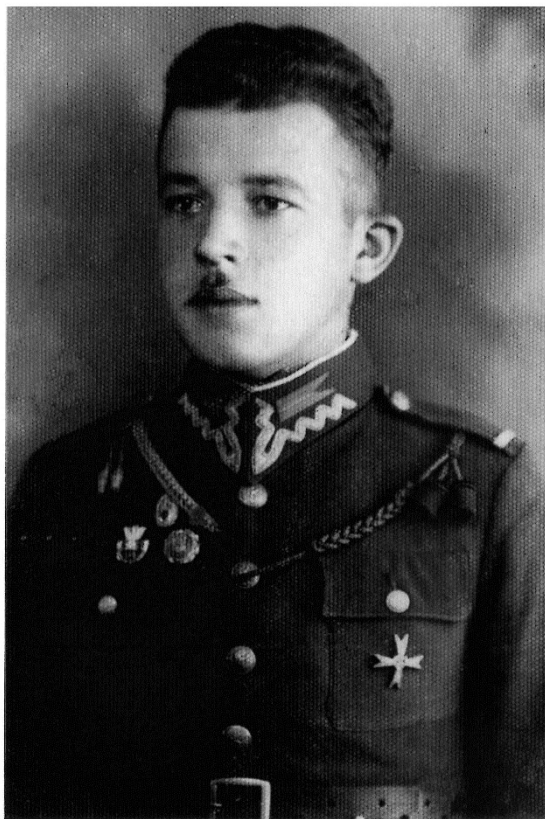
¹⁴ Zum Widerstand der Häftlinge und zu den illegalen Strukturen im KZ Buchenwald siehe: Emil Carlebach/Willy Schmidt/Ulrich Schneider, Buchenwald ein Konzentrationslager: Berichte – Bilder – Dokumente, hrsg. im Auftrag der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora, Bonn 2000, S. 98-132, im Folgenden zitiert als: Carlebach, Buchenwald.

¹⁵ Vgl. Leclair, Hinrichtung, S. 44f.

¹⁶ Weitere Anfragen an diverse Archive in Russland brachten keine neuen Erkenntnisse oder Hinweise auf Wladimir Spirin bzw. seinen Verbleib. Offen sind noch die Recherchen in seinem Geburtsort bzw. in der Stadt Kurskaja. In diesem Zusammenhang sei auch die Unterstützung von Alexey Konopatchenkov von der „Gesellschaft der ehemaligen russischen Gefangenen des Konzentrationslagers Mauthausen“ („OBRUM“) bei den Recherchen erwähnt, für die ich mich hiermit herzlich bedanke.

¹⁷ Vgl. Leclair, Hinrichtung, S. 43, S. 45f.

¹⁸ ITS Digitales Archiv, 1.2.2.1, 11977112, Tagesrapport der Gestapo, Staatspolizeileitstelle Münster vom 4.9.1941, S. 9.



Franciszek Banaś in der Uniform der Ulanen (Lanzenträger) der polnischen Kavallerie, undatiert. (Augustyn Zon)

zeugen.¹⁹ Darüber hinaus konnte Kontakt zu Verwandten von Franciszek Banaś hergestellt werden.²⁰ Letzteres führte dazu, dass zumindest eines der beiden Opfer nun durch ein Foto ein reales Gesicht bekommen hat.

¹⁹ Zum Gedenken an die Hinrichtung erschienen zum 72. Jahrestag in beiden Tageszeitungen in Greven ganzseitige Artikel zum Geschehen – verbunden mit einem Aufruf an die GrevenrInnen, sich mit weiteren Informationen zum Fall zu melden. Mit Bezug auf den am 9.8.2014 in den Westfälischen Nachrichten (WN) veröffentlichten Beitrag „Ermordet in den Bockholter Bergen“ nahm ein ehemaliger Angestellter des Amtes Greven Kontakt zum Verfasser auf, der als damaliger Zeitzeuge einiges zum Fall berichten konnte. Durch diese Informationen ergaben sich weitere Forschungsansätze und in mancher Hinsicht besteht noch Klärungsbedarf. Online-Version des WN-Artikels vom 8.8.2014: www.wn.de/Muensterland/Kreis-Steinfurt/Greven/1679767-Verbrechen-wider-die-Menschlichkeit-Ermordet-in-den-Bockholter-Bergen (24.9.2015).

²⁰ Franciszek Banaś hatte noch eine zwei Jahre jüngere Schwester mit Namen Emilia. Ihr Sohn Augustyn Zon und dessen Familie erfuhren erst im vergangenen Jahr von dem konkreten Schicksal ihres Onkels. Bisher war ihnen nur bekannt, dass Franciszek Banaś während des Krieges in Deutschland umgekommen war. Informationen und Schreiben von Krystyna Janaś-Weiss an den Verfasser vom 5.12.2014.

²¹ Auszug aus dem Geburtseintrag Nr. 60/1914/IV (Franciszek Banaś) der Standesamtsbehörde Ujszoły vom 24.11.2014 und Taufschein des Franciszek Banaś der

Ein weiteres wichtiges Ergebnis der Bemühungen liegt in der Korrektur von persönlichen Daten der beiden. Eine betrifft die Namensschreibung des aus Ujszoły stammenden Franciszek Banaś (geb. 7.6.1914): Der zuvor fehlende Akzent auf dem „s“ führt im Polnischen zu einem gänzlich anderen Nachnamen.²¹ Bei beiden erfolgte eine Berichtigung des Geburtsdatums. Besonders bedeutsam war dies bei Waclaw Ceglewski, der erst am 13. Februar 1921 (nicht 1917) im damaligen Dorf Aleksandrówka (Ciechocinek) geboren wurde und somit bei der Hinrichtung 19 Jahre jung war.²² Außerdem konnten über Waclaw Ceglewski noch einige zusätzliche Informationen ermittelt werden. So hat er in Greven in der Bismarckstraße 9 nicht nur gewohnt, sondern sicherlich auch gearbeitet. Bei dem im „Heimat- und Einwohnerbuch“ unter dieser Adresse stehenden Hubert Döpker handelte es sich nicht einfach um einen „Arbeiter“, wie dort angegeben, sondern dieser besaß ein kleines Fuhrunternehmen.²³ Und Ceglewski war – wie Franciszek Banaś – schon zuvor in Konflikt mit der NS-Gesetzgebung bzw. der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) gekommen und vom 27. Januar bis 24. April 1941 im Gefängnis in Münster in Haft.²⁴

Diese sowie weitere neue Informationen können erst nach Beendigung der Untersuchungen zum „Hinrichtungsfall“ in der angekündigten Gesamtpublikation detailliert und angemessen dargestellt werden.

Die Verfolgungsgeschichte des Antoni Bachanek

Antoni Bachanek wurde am 24. Januar 1921 im polnischen Sarnów (Gniewoszów) geboren.²⁵ Wann und ob er als regulärer sogenannter „Zivilarbeiter“ ins Deutsche Reich gelangte, ist unbekannt – sicher ist nur, dass es sich bei ihm nicht um einen (ehemaligen) Kriegsgefangenen handelte.²⁶

Pfarrgemeinde St. Joseph der Arbeiter in Ujszoły vom 15.10.2014.


²² „Geburtsurkunde“ des Waclaw Ceglewski und Schreiben der Pfarrgemeinde St. Peter und Paul in Ciechocinek vom 14.7.2014.

²³ Heimat- und Einwohnerbuch für den Landkreis Münster. Erste Ausgabe, Münster 1940, im Folgenden zitiert als: Heimat- und Einwohnerbuch; Information von Rudolf A.

²⁴ ITS Digitales Archiv, 1.2.2.1, 12046133, Liste Strafanstalt Münster. In der Liste wird er zwar als Razlaus Ceglewski aufgeführt, aber es ist naheliegend, dass es sich hierbei um Waclaw (= Wazlaus) Ceglewski handelt.

²⁵ Abgekürzte Abschrift der Sterbeurkunde des Antoni Bachanek des Standesamtes der Stadt Wrocław vom 28.4.2015.

²⁶ Weder zusätzliche Anfragen beim Suchdienst des Polnischen Roten Kreuzes in Polen noch beim Zentralen Kriegsgefangenenmuseum in Łambinowice-Opole (www.cmjw.pl) erbrachten Hinweise dafür, dass er sowie der unten erwähnte Bronislaw Bielecki ursprünglich polnische Kriegsgefangene waren. Schreiben des Information and Tracing Service of the Polish Red Cross an den Verfasser vom 8.9.2015 und Schreiben des Central Museum of Prisoners of War in Łambinowice-Opole an den Verfasser vom 16.9.2015. Dafür spricht auch die abschließende Bemerkung des Werkführers der Firma

Zivilarbeiter(in) polnischen Volkstums:		Ausweis-Nr.	
Name: (bei Frauen auch Geburtsname) Bachanek			
Vorname: Anton			
Geburtsdag und -ort: 24.1.1921 in Sambrat			
Beruf: früherer jetziger Landarbeiter			
Familienstand: <i>ledig</i>	Jahl der Kinder:		
Religion: katholisch		Fingerabdrücke (Zeigefinger)	
Heimatort: (Distrikt bezw. Bezirk, Kreis, Ort, Straße, Nr.)		links	rechts
Besondere Kennzeichen:			

Ausländerkarteikarte des Antoni Bachanek. Neben den persönlichen Daten auf der Vorderseite wurden auf der Rückseite die Aufenthaltsorte (Telgte/Greven) bzw. Arbeitgeber (Hubert Lauf) vermerkt. Die „Ausländerkartei“ diente der völligen Überwachung der AusländerInnen im Deutschen Reich und wurde von der Kreispolizeibehörde bzw. dem Landrat (Ausländeramt) geführt. Ein Doppel der Karteikarte befand sich in der „Ausländerzentalkartei“ der Gestapo bzw. des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) in Berlin. PolInnen und OstarbeiterInnen erhielten gemäß der „Sondererlasse“ ein Exemplar mit Foto und Fingerabdrücken. Nicht zuletzt wegen dieser erkennungsdienstlichen Angaben wird die Ausländerkarteikarte heute – auch in der Forschung – häufig mit der „Arbeitskarte“ der ausländischen Arbeitskräfte verwechselt. Diese ist aber ein vom Arbeitsamt ausgestelltes und auch so betitelt Dokument, das die AusländerInnen als „Arbeitsurlaubnis“ bekamen und das ebenfalls mit Foto sowie Fingerabdrücken versehen war. (Stadtarchiv Telgte, Bestand D, Kartei der Zwangsarbeiter/innen)

Im Frühjahr 1940 hielt er sich vermutlich im Arnberger Raum auf und wurde dort von der Polizei ohne die für AusländerInnen notwendige Aufenthaltsgenehmigung aufgegriffen.²⁷ So wurden er und sein polnischer Landsmann Bronislaw Bielecki²⁸ am

1. Mai 1940 vom Gerichtsgefängnis in Arnberg in die Strafanstalt Münster eingeliefert, um dort eine dreimonatige Haftstrafe wegen „Aufenthaltsänderung“ (ohne Genehmigung) zu verbüßen.²⁹ Die Tatsache des gleichen „Vergehens“ und der gleichen

Lauf bei seiner Flucht-Anzeige: „Bachanek ist Zivilpole und nicht ehemaliger Kriegsgefangener.“ Stadtarchiv Greven (StaG) B 3831, Anzeige des Gregor Vennemann bei der Ortspolizeibehörde Greven vom 16.12.1940.

²⁷ In den Zwangsarbeiterlisten und den weiteren Unterlagen zu den ZwangsarbeiterInnen in Arnberg waren er sowie Bronislaw Bielecki nicht zu finden und die „brisanten“ Unterlagen der Ortspolizeibehörde sind 1945 oder später „kassiert“ worden. Schreiben des Stadtarchivs Arnberg an den Verfasser vom 15.4.2015. Kurz nach Kriegsbeginn waren die Aufenthaltsbestimmungen im Deutschen Reich für AusländerInnen – insbesondere für Angehörige aus Feindstaaten – noch verschärft worden. Reichsgesetzblatt 1939 I, S. 1667-1669, Verordnung über die Behandlung von Ausländern vom 5.9.1939.

²⁸ Über Bronislaw Bielecki liegen kaum weitere Informationen vor. Laut ITS war er auch in der Gemeinde Bockum-Hövel (Kreis Lüdinghausen) als Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft eingesetzt. ITS Digitales Archiv, 2.1.2.1, 70686293, Liste Gemeinde Bockum-Hövel. Ob

dies vor seiner Inhaftierung in Arnberg oder nach bzw. zwischen Arbeitseinsätzen in Greven war, ließ sich bis jetzt nicht eindeutig klären. Auf jeden Fall kehrte Bronislaw Bielecki nach Kriegsende vom Displaced Persons-Lager in Greven aus nach Polen zurück. Nachweislich war seine erste Station als Rückkehrer am 29.6.1946 Stettin (Szczecin), von wo aus er einen Tag später nach Lubno aufbrach. Archiwum Państwowe w Szczecinie, Woiwodschaftsamt für Öffentliche Sicherheit, Register für die Heimkehrer aus dem Westen, Sign. 7, S. 22.

²⁹ ITS Digitales Archiv, 1.2.2.1, 11360941, Liste Haftanstalt Münster. In dieser in der Nachkriegszeit angelegten Liste wurde unter der Rubrik „Heimatadresse“ „ohne feste Wohnung“ vermerkt. In einer zweiten Haftliste wurde bei Antoni Bachanek als Straftat „Aufenthalt ohne Genehmigung“ und bei Bronislaw Bielecki „Aufenthaltsänderung ohne Genehmigung“ notiert. Inwieweit diese unterschiedlichen Angaben von Bedeutung sind und vielleicht die Angabe bei Bachanek sogar auf seinen gänzlich

Bestrafung im identischen zeitlichen Rahmen lässt die Vermutung zu, dass Bachanek und Bielecki zusammen aufgegriffen wurden. Bereits am 28. Mai 1940 wurden beide aber vorzeitig entlassen bzw. von der Polizei aus der Strafanstalt abgeholt, um zwangsweise als Arbeitskraft genutzt werden zu können.³⁰ Die Holzhandlung Hubert Lauf in Münster setzte sowohl Antoni Bachanek als auch Bronislaw Bielecki in Saerbeck und Telgte zur Arbeit ein.³¹ Untergebracht waren sie beim Gast- und Landwirt Anton Gerversmann in Telgte (Verth 40).³²

„Da die Firma in Telgte z.Zt. keine Arbeit mehr hatte“ wurden die beiden Arbeiter „mit Genehmigung des Arbeitsamtes und der Gestapo“ zunächst von Telgte aus in Greven eingesetzt. Am 13. Dezember 1940 meldete sie der Werkführer dann schließlich offiziell polizeilich beim Amt Telgte nach Greven ab. Dort wurden sie beim Kötter August Schellhove in der Bauerschaft Westerode einquartiert.³³

Von dort floh Antoni Bachanek bereits zwei Tage später. Er verließ seine Unterkunft am Sonntagnachmittag (15.12.1940) mit der Bemerkung, „daß er nach Telgte wolle.“ Dort kam er aber nie an, wie sein Vorgesetzter am 16. Dezember 1940 erfuhr. Der Werkführer zeigte Antoni Bachanek noch am gleichen Tag bei der Polizeibehörde des Amtes Greven an.³⁴ Das Amt leitete die Anzeige mit einer ausführlichen Personenbeschreibung an die Gestapo Münster weiter.³⁵ Über die genauen Umstände seiner

illegalen Aufenthalt im Deutschen Reich hindeutet, kann nur eine Vermutung bleiben. ITS Digitales Archiv, 1.2.2.1, 12046132, Liste Strafanstalt Münster.

30 ITS Digitales Archiv, 1.2.2.1, 11360941, Liste Haftanstalt Münster. Das Arbeitsamt in Münster ging anscheinend davon aus, dass die beiden in Münster „von der Polizei aufgegriffen [worden] waren.“ StaG B 3831, Schreiben des Arbeitsamtes Münster an den Amtsbürgermeister (AB) Greven vom 21.7.1941.

31 StaG B 3831, Anzeige des Gregor Vennemann bei der Ortspolizeibehörde Greven vom 16.12.1940. Siehe auch: Stadtarchiv Telgte, Bestand D, Kartei der Zwangsarbeiter/innen, Ausländerkarteikarten des Anton Bachanek und Bronislaw Bielecki.

32 Ebd. und Stadtarchiv Telgte, Kartei der Hausstandskarten, ca. 1935-1946, Hausstandskarte Verth Nr. 40. Ob sie im Wohnhaus selbst oder in einem Stall schliefen, ist unklar. Nachweislich wurde zumindest ein Stallgebäude seit dem 3.10.1942 für sowjetische Arbeitskräfte als Lager genutzt. Vgl. Gaby Flemnitz, „Verschleppt, entrechtet, ausgebeutet“ – Zwangsarbeit und Kriegsgefangenschaft im Kreis Warendorf im Zweiten Weltkrieg, Warendorf 2009, S. 160.

33 StaG B 3831, Anzeige des Gregor Vennemann bei der Ortspolizeibehörde Greven vom 16.12.1940. Die polizeiliche Abmeldung in Telgte von Antoni Bachanek befindet sich noch im Stadtarchiv Greven. Auf dieser ist aber die falsche Hausnummer in der Bauerschaft Westerode – nämlich 67 statt 62 – eingetragen worden. StaG B 3831, Abmeldung bei der polizeilichen Meldebehörde in Telgte

Stadt Telgte
Hausstandskarte für Kirchspiel Telgte
Westbevern

Verth Nr. 40

Namen	Vornamen	Stand oder Gewerbe	Familiensstand	Religion	Geburts-			Staatsangehörigkeit	Bemerkungen
					Ort	Tag	Monat		
Gerversmann	Anton	Landw.	am	ev.	9. 4. 40	sonn.	30.11.1905		
Bachanek	Antoni								
Bachanek	Antoni	Holzarb.	am	ev.	23. Mai 40	o.	Sonnenberg	Polen	a. 9. Dez. 1905 in Greven
Bielecki	Bronislaw	"	am	"	"	"	"	Polen	a. 9. Dez. 1905 in Greven
Malaha	Angela	ch. Dienstl.	"	"	14. 4. 11	"	"	"	a. 30. 10. 1885 in Gmünd 1885
"	Stanimir	"	"	"	"	"	"	"	a. 29. 11. 1885 in Tarnobrzeg
Rimpka	Helene	Schlicht.	a.	"	25. 4. 41	o.	Waldemar	Preußen	a. 9. 11. 1874 in Telgte
Gerversmann	Anton	Holzarb.	a.	"	14. 10. 41	o.	Dankberg	Preußen	a. 23. 3. 1922 in Danneberg
Mersch	Pauline	Hausw.	am	"	16. 4. 42	o.	Waldemar	Preußen	a. 4. 10. 1877 in Danneberg
Melach	Frauen	Landw.	am	"	22. 8. 43	o.	Waldemar	Preußen	a. 4. 10. 1877 in Danneberg
Kühn	Margret	Schlicht.	am	"	2. 4. 43	o.	Waldemar	Preußen	a. 4. 10. 1877 in Danneberg

Auf der sogenannten „Hausstandskarte“ des Hauses Verth Nr. 40 sind alle dort wohnenden Personen aufgeführt, so auch Antoni Bachanek und Bronislaw Bielecki, die beide als „Holzarbeiter“ für die Firma Hubert Lauf tätig waren. (Stadtarchiv Telgte, Kartei der Hausstandskarten, ca. 1935-1946)

Flucht bzw. seinen Aufenthalt danach liegen bisher keine Informationen vor.

Der nächste gesicherte Hinweis über den Verbleib von Antoni Bachanek ist, dass er „vom 14. November 1941 bis 22. November 1941 beim 4. Polizeirevier in Kassel gemeldet [sic!]“ war.³⁶ Es ist anzunehmen, dass er dort in polizeilichem Gewahrsam gehalten wurde. Vielleicht war er als Flüchtling in Kassel ohne Papiere aufgegriffen worden und wurde

des Anton Bachanek vom 12.12.1940. Vgl. Heimat- und Einwohnerbuch.

34 StaG B 3831, Anzeige des Gregor Vennemann bei der Ortspolizeibehörde Greven vom 16.12.1940. Zum verbotenen eigenmächtigen Verlassen des Arbeitsplatzes („Arbeitsvertragsbruch“) siehe: Leclair, Hinrichtung, S. 41f.

35 StaG B 3831, Schreiben des AB als Ortspolizeibehörde Greven an die Gestapo, Staatspolizeileitstelle Münster, vom 17.12.1940. Ein halbes Jahr später bekam das Amt Greven vom Arbeitsamt Münster die Aufforderung, dass bei Antoni Bachanek und Bronislaw Bielecki noch die erkennungsdienstliche Behandlung nachgeholt werden müsse. (Siehe auch die fehlenden Fingerabdrücke auf der Ausländerkarteikarte des Antoni Bachanek.) Betreffend Antoni Bachanek konnte der Amtsbürgermeister von Greven nur noch mitteilen, dass dieser „seine Arbeitsstelle widerrechtlich verlassen“ habe und „sein jetziger Aufenthalt nicht [...] bekannt“ sei. StaG B 3831, Schreiben des Arbeitsamtes Münster an den AB Greven vom 21.7.1941 und Schreiben des AB als Ortspolizeibehörde Greven an das Arbeitsamt Münster vom 7.8.1941.

36 ITS Digitales Archiv, 6.3.3.2, 109903448, Schreiben des ITS an Antoni Bachanek vom 29.1.1979. Siehe: ITS Digitales Archiv, 2.1.1.1, 70427604, Liste 4. Polizeirevier Kassel. In den Meldeunterlagen der Stadt Kassel ist Antoni Bachanek nicht aufgeführt und auch darüber hinaus konnte das Stadtarchiv keine Auskunft über ihn erteilen. Schreiben des Stadtarchivs Kassel an den Verfasser vom 5.2.2015, 6.2.2015 und 5.5.2015.

Pole

Häftling Häftl.Nr. *29855*

Zuname *Bachanek* Vorname *Anton* Beruf *Polizist*

Geburtsstag *24.1.21* Geburtsort *Larnow/Kogonice*

Religion *K.* verh./ledig/verw./gesch./Kinder *in* Staatsangehörigkeit *Pole*

Adresse der Angehörigen: *Mutter: Dorotina B. -*
Larnow Pol. Emswosze - Radom

Letzter Wohnort des Häftlings:
Reichsbahn Kr. Kassel

Sozialversicherung

Verhaftet am *26.3.42* durch *Kripo/Stapo* *Kassel*

In Schutzhaft seit Im KLRA. seit *28.1.44*

Entlassen/überführt am nach

Zahl der Vorstrafen..... Art der Vorstrafen

Bei der Registrierung Antoni Bachaneks nach seiner Ankunft im KZ Buchenwald wurden die Angaben zu seiner Person auf dem „Häftlingspersonalbogen“ notiert. (ITS Digitales Archiv, 1.1.5.3, 5458401)

danach wiederum zur Arbeit eingesetzt.³⁷ Als „letzter Wohnort“ wurde später in seinem Häftlingspersonalbogen des KZ Buchenwald „Reichsbahn Kr.[eis] Kassel“ angegeben.³⁸ Damit kann eines der Lager gemeint sein, das die Reichsbahn in Kassel für die bei sich eingesetzten ZwangsarbeiterInnen unterhielt. Ob er für die Reichsbahn regulär gearbeitet oder sich dort nur (illegal) aufgehalten hat, ist letztlich nicht nachweisbar.³⁹

37 Es ist auch möglich, dass Antoni Bachanek schon zuvor anderswo verhaftet wurde und nach einer Bestrafung wieder regulär einem „Arbeitseinsatz“ in Kassel zugeführt wurde. Grundsätzlich kam es – nicht zuletzt wegen des Arbeitskräftemangels – häufig vor, dass in anderen Orten aufgegriffene geflohene ZwangsarbeiterInnen direkt vor Ort wieder regulär zur Arbeit eingesetzt wurden, obwohl es nicht erlaubt war und sie eigentlich zu ihrem alten Arbeitsplatz hätten zurückgeführt werden müssen. Vgl. Ulrich Herbert, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Neuauf., Bonn 1999, S. 363.

38 ITS Digitales Archiv, 1.1.5.3, 5458401, Häftlingspersonalbogen KZ Buchenwald des Anton Bachanek.

39 Die beiden größten Lager befanden sich auf dem Verschiebebahnhof im Stadtteil Rothenditmold (361 Personen) und im Gleisdreieck zwischen Kirchditmold und Rothenditmold (640 bzw. 430 Personen). Siehe Datenbank zur „Topographie des Nationalsozialismus in Hessen“ im Landesgeschichtlichen Informationssystem Hessen: www.lagis-hessen.de/de/subjects/idrec/sn/nstopo/id/2430, www.lagis-hessen.de/de/subjects/idrec/sn/nstopo/id/2427 (beide 12.10.2015).

40 ITS Digitales Archiv, 1.1.5.3, 5458401, Häftlingspersonalbogen KZ Buchenwald des Anton Bachanek.

41 ITS Digitales Archiv, 1.2.2.1, 11634503, Liste Landgericht Marburg-Lahn.

42 Im zuständigen Staatsarchiv Marburg liegen – insbesondere bedingt durch die Kriegseinwirkungen – keine (Gerichts-)Akten bzw. Informationen über den Fall vor und die Gestapo in Kassel hatte – wie anderorts auch – ihre

Bereits ein paar Monate später – am 26. März 1942 – wurde Antoni Bachanek durch die Gestapo Kassel erneut verhaftet⁴⁰ und am 9. Juni 1942 durch ein Gericht in Kassel zu einem Jahr und sechs Monaten Straflager verurteilt.⁴¹ Über die Gründe der Verhaftung bzw. Verurteilung liegen keine Erkenntnisse vor.⁴² Die Strafe musste er in der Strafanstalt Ziegenhain absitzen.⁴³ Nach seiner Haftverbüßung wurde er in „Schutzhaft“ genommen und kam zunächst am 21. Dezember 1943 in das berüchtigte AEL Breitenau, das sich in einem ehemaligen Kloster befand und von der Gestapo Kassel geleitet wurde.⁴⁴

Die Haftbedingungen in einem AEL waren vergleichbar mit denen in einem „regulären“ Konzentrationslager.⁴⁵ Am 28.

Januar 1944 wurde er schließlich von dort in das KZ Buchenwald eingewiesen.⁴⁶

Über diese Zeit liegen viele Unterlagen vor, so dass sein dortiger Aufenthalt relativ gut zu rekonstruieren ist. Antoni Bachanek wurde als polnischer Häftling („politischer Pole“) mit der Nummer 29855 registriert⁴⁷ und zunächst in die Baracke bzw. den Block 63 des „Kleinen Lagers“ (Quarantänelager)

nach der Bombardierung im Oktober 1943 „neu“ angelegten Akten vor dem Einmarsch der Alliierten vernichtet. Schreiben des Hessischen Staatsarchivs Marburg an den Verfasser vom 4.3.2015 und 18.3.2015; Schreiben der Gedenkstätte Breitenau an den Verfasser vom 26.6.2015.

43 ITS Digitales Archiv, 1.2.2.1, 11550412, Liste Strafanstalt Ziegenhain Männer.

44 Archiv des Landeswohlfahrtsverbands Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 7633, Hauptaufnahmebuch, Eintrag von Anton Bachanek. Zum AEL Breitenau siehe die umfassende Studie von Gunnar Richter, Das Arbeitererziehungslager Breitenau (1940-1945). Ein Beitrag zum nationalsozialistischen Lagersystem. Straflager, Haftstätte und KZ-Durchgangslager der Gestapo Kassel für Gefangene aus Hessen und Thüringen, Kassel 2009. Online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:hebis:34-2011120539885> (4.11.2015).

45 Vgl. Mark Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939-1945, Stuttgart/München 2001, S. 178f. Siehe auch das Buch von Gabriele Lotfi mit dem bezeichnenden Titel „KZ der Gestapo. Arbeitererziehungslager im Dritten Reich“ (Stuttgart/München 2000).

46 ITS Digitales Archiv, 1.1.5.3, 5458401, Häftlingspersonalbogen KZ Buchenwald des Anton Bachanek.

47 Polish Red Cross Tracing Service, L. Strat PCK – 8379, Häftlings-Personal-Karte des Antoni Bachanek. Siehe auch: Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Konzentrationslager Buchenwald, Häftlingsnummernkarte 29855.

3124	[redacted]	Meezianau	Lereubiane	1912	15.12.43	5.5.44
3139	[redacted]	Prain-Gäno	Marburg	1912	20.12.43	17.2.44
3142	Bachanek	Kutur	Sarawo (Poleu)	1911	21.12.43	28.1.44
3143	[redacted]	Stuban	Kieprzig	1912	21.12.43	28.1.44
3147	[redacted]	Loau	Zolkiew	1907	21.12.43	28.1.44
3169	[redacted]	Mrianis	Lepewlungu	1913	22.12.43	15.1.44
3184	[redacted]	Bobelau	Zromuor	1912	22.12.43	18.4.44

In das Aufnahmebuch des AEL Breitenau wurde auch Antoni Bachanek eingetragen. In der sechsten Spalte steht die Abkürzung „Schtz.“ – er war nach Verbüßung seiner Haftstrafe von der Gestapo Kassel in sogenannte „Schutzhaft“ genommen worden, Ausschnitt. (Archiv des Landeswohlfahrtsverbands Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 7633, Hauptaufnahmebuch)

eingewiesen, später wechselte er in den Block 28 des Stammlagers.⁴⁸

Bei seiner Eingangsuntersuchung wurde vermerkt, dass er „nie ernstl.[ich] krank gewesen“ sei, aber nun an „allgem.[einer] Körperschw.[äche] u.[nd] Brustschmerzen“ leide. Zu diesem Zeitpunkt hatte er bereits ein Körpergewicht von nur 57 kg bei einer Größe von 1,83 m.⁴⁹ Die wenigen persönlichen Dinge, die er bei der Einlieferung in das Konzentrationslager getragen bzw. bei sich hatte, wurden ihm abgenommen und kamen in die Effektenkammer.⁵⁰

Antoni Bachanek musste im Lager im „Entwässerungskommando“ arbeiten – mit Ausnahme von zwei Tagen, die er im Steinbruch verbringen musste.⁵¹ Beide Arbeitskommandos waren mit sehr harter körperlicher Arbeit verbunden und die Häftlinge waren dem Wetter schutzlos ausgesetzt. Aber insbesondere der Steinbruch war ein gefürchtetes „Todeskommando“, nicht zuletzt da die Häftlinge hier der völligen Willkür der SS-Männer ausgeliefert waren und dort auch viele (inoffizielle) Exekutionen bzw. Morde stattfanden („auf der Flucht erschossen“).⁵² Während seiner Lagerzeit wurde Antoni Bachanek mehrmals im Krankenrevier des Häftlingslagers vorstellig – zu Beginn litt er anscheinend stark an einer Halsdrüsenkrankung, so dass er immer wieder „Schonung“ (sic!) verordnet bekam.⁵³

Am 27. Juli 1944 ging er auf Transport nach Magdeburg in das für die „Brabag“ (Braunkohle-Benzin-AG) eingerichtete KZ-Außenlager („Magda“).⁵⁴ Die reichsweit agierende Brabag stellte aus

Braunkohle synthetischen Treibstoff für die Kriegswirtschaft her. Das KZ-Außenlager „Magda“ befand sich im Stadtteil Rothensee – direkt neben einer Wohnsiedlung. Die Häftlinge wurden von der Brabag an verschiedenen Orten in der Stadt – für die Bevölkerung unübersehbar – zum Bunkerbau sowie für Reparaturmaßnahmen nach Bombenangriffen eingesetzt. Antoni Bachanek war dort als Vorarbeiter tätig. Am 16. Februar 1945 kam er mit einem großen Teil des Außenkommandos nach Buchenwald zurück. Die Häftlinge wurden im Block 49 des Stammlagers untergebracht.

Noch kurz vor Kriegsende verließ am 17. März 1945 ein Transport von insgesamt 100 Häftlingen – darunter Antoni Bachanek – das KZ Buchenwald zur 11. SS-Eisenbahnbaubrigade nach Soest.⁵⁵ Die Eisenbahnbaubrigaden waren

29855	
Name	Bachanek 49
Beruf	L. Arb. centoni
Bem.	
FA No	
Kdo.	14.11.44 53.11.44 14.11.44
Übertrag:	
Gr.	
Jr.	

Antoni Bachanek musste im KZ Buchenwald im „Kommando Entwässerung“ (Nr. 14) und „Kommando Steinbruch“ (Nr. 53) arbeiten, aber auch im Außenkommando in Magdeburg sowie bei der 11. SS-Eisenbahnbaubrigade. Die Arbeitseinsätze wurden auf einer sogenannten „Arbeitskarte“ von der Lagerverwaltung eingetragen. (ITS Digitales Archiv, 1.1.5.3, 5458397)

48 Schreiben des Archivs der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora an den Verfasser vom 24.1.2015.

49 ITS Digitales Archiv, 1.1.5.3, 5458399, Krankenrevierkarte KZ Buchenwald des Antoni Bachanek.

50 Polish Red Cross Tracing Service, L. Strat PCK – 8379, Effektenkarte KZ Buchenwald des Anton Bachanek.

51 Schreiben des Archivs der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora an den Verfasser vom 24.1.2015. Siehe: ITS Digitales Archiv, 1.1.5.3, 5458397, Arbeitskarte KZ Buchenwald des Antoni Bachanek.

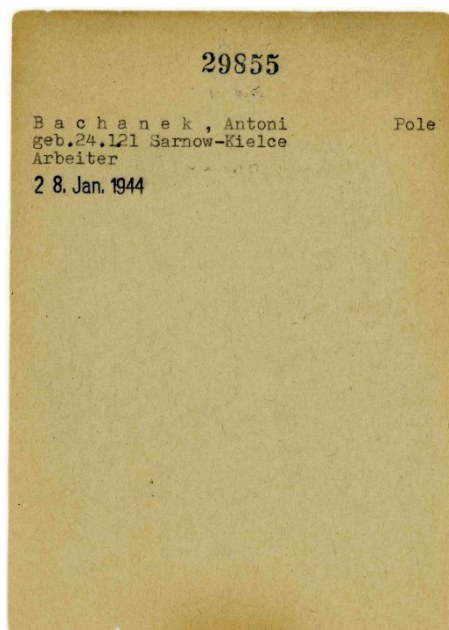
52 Vgl. Carlebach, Buchenwald, S. 56, S. 87.

53 ITS Digitales Archiv, 1.1.5.3, 5458399, Krankenrevierkarte KZ Buchenwald des Antoni Bachanek.

54 Schreiben des Archivs der Stiftung Gedenkstätten

Buchenwald und Mittelbau-Dora an den Verfasser vom 24.1.2015. Zum KZ-Außenlager „Magda“ siehe: Franka Bindernagel/Tobias Bütow, Ein KZ in der Nachbarschaft. Das Magdeburger Außenlager der Brabag und der „Freundeskreis Himmler“, Köln 2003.

55 Schreiben des Archivs der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora an den Verfasser vom 24.1.2015. Siehe: ITS Digitales Archiv, 1.1.5.1, 5288757, Transportliste des KZ Buchenwald vom 13./17.3.1945. Zur 11. SS-Eisenbahnbaubrigade siehe: Gerhard Köhn, Das Außenlager des Konzentrationslagers Neuengamme bei Hamburg in Soest und Bad Sassendorf (11. SS-Baubrigade) 1945, in: Soester Zeitschrift 98 (1986), S. 101-124.



Antoni Bachanek bekam im KZ Buchenwald die Nummer 29855 zugewiesen. (Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Konzentrationslager Buchenwald, Häftlingsnummernkarte 29855)

eine Art mobiles „Konzentrationslager auf Schienen“. Die Häftlinge der 11. SS-Baubrigade wurden im Auftrag der Reichsbahn zur Reparatur der Gleisanlagen des zerstörten Soester Bahnhofs eingesetzt. Untergebracht waren sie in Güterwaggons, die zwischen Soest und Bad Sassendorf auf den Gleisen standen. Nach der Bombardierung der Waggons Ende Februar 1945 wurden sie auf einem nahe gelegenen Bauernhof einquartiert.

Am 4. oder 5. April 1945 erfolgte, vor den näher rückenden Alliierten, die „Evakuierung“ der Häftlinge in Richtung Süden.⁵⁶ Antoni Bachanek gelangte aber anscheinend noch vor diesem „Todesmarsch“ wieder zurück in das KZ Buchenwald, wo er laut seiner Aussage durch die US-Armee befreit wurde.⁵⁷ Nach Kriegsende kam er zurück nach Polen und lebte in Wrocław.⁵⁸

Ende November 1970 nahm Antoni Bachanek Kontakt zum ITS auf, um eine Bestätigung über seinen „Aufenthalt in den Konzentrationslagern“ zu bekommen.⁵⁹ Wahrscheinlich benötigte er diese Nachweise für die Inanspruchnahme von staatlichen Zuwendungen in Polen für NS-Verfolgte. Er bekam

vom ITS am 11. August 1971 einen „Dokumenten-Auszug“ mit Angaben zu seiner Verfolgung ausgestellt.⁶⁰ Im Januar 1979 reichte der ITS dazu „ergänzende Angaben“ nach, die sich aus neuen Dokumenten ergeben hatten. Das Schreiben an ihn endete mit den Worten: „Wir hoffen, Ihnen mit unseren zusätzlichen Informationen noch etwas geholfen zu haben, und verbleiben mit freundlichen Grüßen A. Opitz Leiter der Archive“.⁶¹ Doch Antoni Bachanek war bereits am 3. September 1971 im Alter von 50 Jahren in Wrocław verstorben, die Auskünfte des ITS haben ihm nicht mehr helfen können.⁶²

P.S.: Der Autor wäre nach wie vor dankbar für weitere Informationen bzw. Dokumente und Fotos zu den (verfolgten) ZwangsarbeiterInnen in Greven und insbesondere zur Hinrichtung in den Bockholter Bergen.

Kontakt: leclair@gm.de

Weitere Abbildungen finden sich auf den folgenden Seiten.

⁵⁶ Bedingt durch Selektionstransporte, Erschießungen und Fluchten erreichten insgesamt nur 206 Häftlinge der ursprünglich 504 Mann starken SS-Baubrigade das Außenlager Ebensee des KZ Mauthausen in Österreich. Zur „Evakuierung“ der Baubrigaden siehe: Karola Fings, *Krieg, Gesellschaft und KZ: Himmlers SS-Baubrigaden*, Paderborn 2005, S. 270-282, hier S. 279f.

⁵⁷ ITS Digitales Archiv, 6.3.3.2, 109903445, Schreiben von Antoni Bachanek an den ITS vom 30.11.1970; 109903444, Schreiben von Antoni Bachanek an den ITS vom 26.1.1971 und 109903443, Fragebogen des Antoni Bachanek vom 1.2.1971.

⁵⁸ Abgekürzte Abschrift der Sterbeurkunde des Antoni Bachanek des Standesamtes der Stadt Wrocław vom

28.4.2015. Einen ersten Hinweis auf sein Überleben bzw. seinen Verbleib hatte ein Eintrag auf einer „Erinnerungsseite“ („Enzyklopädie der Personen und Friedhöfe“) gegeben: <http://nekropole.info/de/person/view?id=4169203>.

⁵⁹ ITS Digitales Archiv, 6.3.3.2, 109903445, Schreiben von Antoni Bachanek an den ITS vom 30.11.1970.

⁶⁰ ITS Digitales Archiv, 6.3.3.2, 109903451, „Dokumenten-Auszug“ des Antoni Bachanek vom 11.8.1971.

⁶¹ ITS Digitales Archiv, 6.3.3.2, 109903448, Schreiben des ITS an Antoni Bachanek vom 29.1.1979.

⁶² Abgekürzte Abschrift der Sterbeurkunde des Antoni Bachanek des Standesamtes der Stadt Wrocław vom 28.4.2015.

Otrzymano z
Ob. Konc. Buchenwald

KL.: Memar Buchenwald Lagerstufe: II Häfl.-Nr.: 29855 ✓

Häftlings-Personal-Karte

Bachanek Antoni

Fam.-Name: Bachanek Überstellt Personen-Beschreibung
 Vorname: Antoni am: an KL. Grösse: 182 cm
 Geb. am: 24.1.21 in: Sarnow am: an KL. Gestalt: schlank
 Stand: ledig Kinder: keine am: an KL. Gesicht: oval
 Wohnort: Sarnow, Post Gniwoszw, Kr.Kozienice, Diestr.Radom am: an KL. Augen: braun
 Strasse: am: an KL. Nase: gerade
 Religion: r.kath. Staatsang.: Pole Mund: wulst.l.
 Wohnort d. Angehörigen: Mutter: klein am: an KL. Ohren:
Florentyna B.,: Zähne: vollst. am: an KL. Haare: schwarz
w.o. am: an KL. Sprache: polnisch
 Eingewiesen am: 28.1.1944 am: an KL. Bes. Kennzeichen: keine
 durch: Stapo.-Kassel am: an KL. Charakt.-Eigenschaften:
 in KL.: Buchenwald am: an KL. Sicherheit b. Einsatz:
 Grund: Polit.Pole Entlassung:
 Vorstrafen: 1 mal kriminell am: durch KL.:
 mit Verfügung v.:
 Strafen im Lager:
 Grund: Art: Bemerkung:
 Körperliche Verfassung:

Häftlings-Personal-Karte des im KZ Buchenwald inhaftierten polnischen Zwangsarbeiters Antoni Bachanek (Vorderseite). Auf der Rückseite befinden sich Angaben zum Beruf und eine Rubrik für die Arbeitseinsätze. Dort ist als zuletzt ausgeübter Beruf „Landarbeiter“ angegeben. (Polish Red Cross Tracing Service, L. Strat PCK – 8379, Häftlings-Personal-Karte des Antoni Bachanek)

Pole

Vor- und Zuname: Anton Bachanek Haft-Nr. 29855

Beruf: Landarbeiter geboren am: 24.1.1926 in: Sarno/Kosgenice

Anschrifts-Ort: Mutter: Florentina B., Sarno, Post Kniewcsza, Radom Straße Nr.

Eingel. am: 28.1.1944 Uhr von Sta. Kassel Entf. am: Uhr nach

Bei Einlieferung abgegeben:			Koffer	Altentafche	Palet
<input checked="" type="checkbox"/> Hut/Mütze	<input type="checkbox"/> Paar Schuhe/Stiefel	<input type="checkbox"/> Kragenhülle	<input type="checkbox"/> Feuerzeug	<input type="checkbox"/> Wehrpaß	
<input type="checkbox"/> Mantel	<input type="checkbox"/> Paar Strümpfe	<input type="checkbox"/> Schuh	<input type="checkbox"/> Tabak	<input type="checkbox"/> Pfeife	<input type="checkbox"/> Fremdenpaß
<input type="checkbox"/> Rod	<input type="checkbox"/> Paar Damastchen ^{Sub} _{Calen}	<input type="checkbox"/> Colchenfuch	<input type="checkbox"/> Zigarren/Zigaretten	<input type="checkbox"/> Arbeitsbuch	
<input type="checkbox"/> Weste/Kleiderweste	<input type="checkbox"/> Kragen	<input type="checkbox"/> Paar Handschuhe ^{Sub} _{Calen}	<input type="checkbox"/> Sig.-Blättchen	<input type="checkbox"/> Anwaldbenarte	
<input type="checkbox"/> Hose	<input type="checkbox"/> Vorhemd	<input type="checkbox"/> Brieftasche mit	<input type="checkbox"/> Stierfuch		
<input type="checkbox"/> Pullover	<input type="checkbox"/> Winder/Fliege	<input type="checkbox"/> Papiere	<input type="checkbox"/> Messer	<input type="checkbox"/> Säbere	
<input type="checkbox"/> Oberhemden	<input type="checkbox"/> Paar Armbelhalter	<input type="checkbox"/> Sporthemd/Hosen	<input type="checkbox"/> Meißel/Drehblei		
<input type="checkbox"/> Unterhemden	<input type="checkbox"/> Paar Sockenhalter	<input type="checkbox"/> Abzeichen	<input type="checkbox"/> Geldbörse		
<input type="checkbox"/> Unterhosen	<input type="checkbox"/> Paar Mansch.-Endpfe	<input type="checkbox"/> Schlüssel a. Ring	<input type="checkbox"/> Kamm		Wertfachen: ja – nein

Abgabe bestätigt: Bachanek Antoni Effektenverwalter:

In der sogenannten „Effektenkammer“ des KZ Buchenwald wurden auch die persönlichen Dinge von Antoni Bachanek aufbewahrt, die er bei seiner Einlieferung abgeben musste. Notiert wurden diese auf der Effektenkarte, Vorderseite. (Polish Red Cross Tracing Service, L. Strat PCK – 8379, Effektenkarte KZ Buchenwald des Anton Bachanek)

Tagestempel der Meldebehörde
 StaG/B/3831/17

Ihre amtliche Nummer
Grevener Amt
* 12. DEZ. 1940 *
Einwohnermeldeamt
des Amtes Telgte i.W.

Abmeldung
 bei der polizeilichen Meldebehörde

Um *12. Dezember 1940* verzieht — verziehen
 Straße Nr. *67*
 Platz *40*
 Straße Nr. *40*
 Platz

oder zum Reichsarbeitsdienst
 als Mieter bei
 Untermieter

nach *Westerode* (Stadt) }
 Wohnort *Westerode* (Stadt) }
 (falls Ausland auch Staat)

Gebiete *Westerode* (Stadt) }
 Wohnort *Westerode* (Stadt) }
 (falls Ausland auch Staat)

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Ehe- Nr.	Familienname (bei Frauen auch Geburtsname und gegebenenfalls Name aus der letzten früheren Ehe)	Vorname (sämtliche; Rufname unterstreichen)	Familien- stand (ledig, verb., gesch.)	Beruf (genaue Bezeichnung der Berufstätigkeit und Angabe, ob selbständig oder Angestellter, Arbeiter usw.)	Geburts- Monat Jahr	a) Geburtsort b) Kreis c) Staat (wenn Ausland)	Staats- angehörigkeit ²⁾	Wohnung des religiösen Gemeindefürsors (ob Angehöriger einer anderen Religionsgemeinschaft oder sonstiger Glaubensart)	Wehrdienst- verhältnis (z. B. Wehrtausch- Nummer? Besteht zukünftige Wehrdienstver- hältnisse?)
	<i>Bachanek</i>	<i>Antoni</i>	<i>ledig</i>	<i>Wegarbeit</i>	<i>24 1 21</i>	<i>Sorowitz Pöten</i>	<i>Polen</i>	<i>nd</i>	

Für Angehörige des dritten Reiches
 Welche Verwendung haben Sie?
 1. Sicherheits- und Hilfsdienst:
 2. Wehrdienst:
 3. Erweiterter Selbstschutz:
 4. Selbstschutz:
 5. Luftschutzdienst:
 (Im Einzelfall verwenden mit ungenügender Erklärung oder Minder sind ebenfalls in
 der für sie in Frage kommenden Zeit anzugeben.)

Für Kraftfahrzeugführer
 Ist ein Besitzer des/der
 Kraftfahrzeugens Nr.
 Personenkraftwagens Nr.
 Kraftwagens Nr.
 (Meiner persönlichen Kraftfahrzeug zur Teilnahme der Wohnungsveränderung
 bei der Zulassungsfähigkeit für Kraftfahrzeug werde ich unterjährig nachkommen.)

¹⁾ Es ist die politische Gemeinde anzugeben, nicht ein Wohnplatz, ein Amtsbezirk oder ein Distrikt.
²⁾ Bei mehrfacher Staatsangehörigkeit sämtliche angeben, bei Staatslosigkeit: Staatenlos und frühere Staatsangehörigkeit.

L.-Nr. 611 4 40 50000

Antoni Bachanek wurde offiziell beim Einwohnermeldeamt des Amtes Telgte nach Grevener bzw. Westerde abgemeldet. Auf der polizeilichen Abmeldung ist aber die falsche Hausnummer in Westerde – nämlich 67 statt 62 – eingetragen worden, Vorderseite. (StaG B 3831, Abmeldung bei der polizeilichen Meldebehörde in Telgte vom 12.12.1940)

Aktenz. II.Ve/Po.

Greven, den 17. Dezember 1940.

S

1. An

die Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Münster.

M ü n s t e r i/Westf.,

Gutenbergstr. 17

Betrifft: Verlassen der Arbeitsstelle des
Zivilpolen Anton Bachaneck, geb. am 24.1.21, zu Sarnow in Polen.

Hierneben übersende ich eine Abschrift der am 16. ds. Mts. durch den Werkführer Georg Vennemann, hier, Emsdettenerstr. 47 wohnhaft, erstatteten Anzeige über das Verlassen der Arbeitsstelle des Zivilpolen Bachaneck. Georg Vennemann hat den Bachaneck am 12.12.1940 beim Einwohnermeldeamt des Amtes Telgte zur Abmeldung gebracht und als künftiger Wohnort Greven i/W., Westeroode 67, angegeben. Nach dem Bachaneck die Arbeitsstelle verlassen hatte, wurde der Abmeldebeschein durch Vennemann bei Erstattung der Anzeige hier vorgelegt. Die Aufnahme einer Aufenthaltsanzeige konnte aus diesem Grunde nicht erfolgen. Der letzte Wohnsitz des Bachaneck im Generalgouvernement ist hier nicht bekannt. Durch Vennemann wurde Bachaneck wie folgt beschrieben:

1,80 - 1,85 m gross, schlank, dunkelschwarzes
Haar, glattschmales Gesicht, frisches Aussehen.

Bachaneck trug folgende Kleidungsstücke:

dunkelbraune Hose, dunkelbraune Jacke, rötlichen Schal
bläulichen Hut, schwarze Schnürschuhe mit Gamaschen.

Genannter war beim Fortgang im Besitze einer
braunen Aktentasche.

Abschrift der Anzeige des Vennemann und eine
Abschrift dieses Schreibens habe ich dem Herrn Landrat in
Münster zur Kenntnisnahme überreicht.

Die Ortspolizeibehörde Greven leitete die Anzeige über die Flucht von Antoni Bachaneck mit einer ausführlichen Personenbeschreibung an die Gestapo Münster weiter, Vorderseite. (StaG B 3831, Schreiben des AB als Ortspolizeibehörde Greven an die Gestapo, Staatspolizeileitstelle Münster, vom 17.12.1940)

